

# Ost|Journal

für Politik, Kultur & Gesellschaft 2019 | 05

## Die Wende der Anderen

**Aufbruch Ost.**  
Wer sind sie und was wollen sie?

**Critical Westness.**  
Die Zeit ist reif!

**1989.**  
Wie erinnert Tschechien?



## Unsere Illustratorin des Titelcovers

Nастя Maklakova

Geboren und aufgewachsen im fernen Irkutsk am Baikalsee, bestieg sie nach ihrem Schulabschluss zunächst einen Waggon der Transsibirischen Eisenbahn nach Moskau, nur um anschließend umgehend weiter nach St. Petersburg zu fahren, um dort ihre Wahlheimat und ein Atelier zu finden. Der nächste Schritt ist der große Durchbruch!

**Ost|Journal**

**für Politik, Kultur & Gesellschaft**

Heft 5, 3. Jahrgang 2019  
ISSN 2625-1574 (Print)  
ISSN 2625-5839 (Online)



- 07 **Vorwort**  
*Stefan Kunath*
- 08 **Anders erinnern**  
Für eine ost-migrantische Erinnerungspolitik  
*Elisa Gutsche & Pablo Dominguez Andersen*
- 16 **Der lange Schatten des Runden Tisches**  
Erinnerungskonflikte in Polen  
*Leo Mausbach*
- 20 **Im Interview: Aufbruch Ost**  
Wer sind sie und was wollen sie?  
*Jette Helberg & Elisabeth Rosenthal – Fragen von Thomas Stange*
- 26 **Der Krieg ist gegangen, der Sieg ist geblieben –**  
Wie Minsk den Tag des Sieges feiert  
*Charlotte Gneuß mit einem Fotoband von David Pinzer*
- 34 **Vertreter:innen aus der DDR trotz Einladung nicht anwesend**  
Eine Ost-West-Geschichte der Antifa-Bewegung  
*Yves Müller*
- 38 **Critical Westness**  
Unsichtbare Normen und (west)deutsche Perspektiven  
*Heiner Schulze*
- 44 **Ostdeutschlandforschung als Eingeborenenforschung?**  
Zwei Wissenschaftler:innen im Gespräch  
*Hanna Haag & Daniel Kubiak – Fragen von Friedemann Wiese*



**Siegertypen** | Fotografien vom Tag des Sieges in Minsk | David Pinzer

- 52 **Privet Germania**  
Theater trifft auf Atelierfotografie  
*Ira Thiessen*
- 62 **Das neue Leben**  
Ein Roman über die Entwurzelung in den neunziger Jahren  
*Annika Grützner*
- 64 **Republik Armenien**  
Im postsowjetischen Vakuum  
*Ani Menua*
- 69 **Diener des Volkes?**  
Zur Wahl von Wolodymyr Selenskyj zum ukrainischen Präsidenten  
*Jakob Reuster & Paul Rehfeld*
- 74 **Zäsur, Umbruch, Kontinuität?**  
Die Bedeutung von 1989 im tschechischen Gedächtnis  
*Klaas Anders*
- 80 **Zonenkinder begehren auf**  
Für unteilbare Solidarität!  
*Anna Stiede*



**Privet Germania** | Theater trifft auf Atelierfotografie | Ira Thiessen



## Vorwort

Wir schreiben über die Wende der Anderen, weil wir das Journal der Anderen sein wollen. Wir sind anders, weil wir das Journal aus reiner Experimentierfreude und Lust am Abenteuer gegründet haben. Wir wollten Texte im Eigenverlag veröffentlichen, ohne vorher bei einer Redaktion anzuklopfen. Wir sind ein *Do It Yourself* Journal im wahrsten Sinne des Wortes. Wir studieren, schreiben unsere Abschlussarbeiten, arbeiten Vollzeit, manche von uns gründen Familien. Für so ein Journal ist eigentlich gar keine Zeit. Irgendwie kriegen wir es trotzdem hin und zwar aus Liebe und aus Überzeugung (aber dafür sicherlich mit ein paar eingeschlichenen Rechtschreibfehlern? Wir danken unseren Leser:innen für die Nachsicht!).

Die Nachwendegeneration des realexistierenden Post-Sozialismus ist 30 Jahre nach 1989 erwachsen. Wir im Ost Journal geben ihr – geben uns – hier eine Bühne. Die weitverbreitete Erinnerungspolitik an 1989 verkürzt die Wendeereignisse um das Epochenjahr zu einer Erfolgsstory von Marktwirtschaft und Demokratie. Dabei sehen, hören und wissen wir alle, dass es im Osten rumort. Vieles hat mit den ungehörten und unverarbeiteten Erfahrungen der Wende- und Nachwendezeit zu tun. Deshalb weiten wir in dieser Ausgabe den Blick auf die vergessenen Akteur:innen und die übersehenen Entwicklungen.

Wir blicken darauf, wie der Osten durch den Westen als anders und defizitär wahrgenommen wird. *Heiner Schulze* bringt hierfür in seinem Beitrag den Begriff von *Critical Westness* ins Spiel. Ebenso brechen wir mit dem deutsch-deutschen Gedächtnistheater, wie *Elisa Gutsche & Pablo Dominguez* in Anlehnung an Max Czollek und Michal Y. Bodemann ausführen. In ihrem Beitrag *Anders erinnern* begeben sie

sich auf die Suche nach gemeinsamen Anknüpfungspunkten einer ost-migrantischen Erinnerung an 1989ff. Damit führen sie die Debatte über ost-migrantische Allianzen fort, die wir in Ausgabe #4 bereits begonnen hatten.

Gleichwohl bleibt der Westen ein mentaler Fixpunkt, zumal die Transformation in vielen post-sozialistischen Regionen Europas ein zivilgesellschaftliches Vakuum hinterlassen hat, wie etwa in Armenien (*Ani Menua*). Auf die mittelosteuropäischen Länder bezogen fragen wir uns, wer das politische Erbe von 1989 für sich reklamiert und wie die Gesellschaften dieser Länder an das Epochenjahr heute erinnern (*Klaas Anders/Leo Mausbach*).

Beim Blick in die Zukunft graben wir die übersehenen Potenziale der Wende- und „Zonenkinder“ aus, die in Zeiten des heutigen gesellschaftlichen Umbruchs Anknüpfungspunkte für die Selbstemanzipation des Ostens sein können (*Anna Stiede/Jette Helberg/Elisabeth Rosenthal/Thomas Stange*).

Sicherlich hätten wir noch etwas mehr anders sein können. Weniger ostdeutsch, mehr osteuropäisch. Mit dieser Eigenkritik schließt sich der Rahmen des Vorworts, denn wir wollen unsere Leser:innen bitten, allen euren/ihreren Freund:innen in den post-sozialistischen Regionen Europas vom Ost Journal zu erzählen. Wir leben von den Beiträgen und Ideen unserer Leser:innen. Wir wachsen mit unseren Aufgaben, Netzwerken, unserer Erfahrung und unserer Bekanntheit. Heute haltet ihr und halten Sie unsere bisher beste Ausgabe in der Hand. Mit euch und mit Ihnen wird die nächste Ausgabe dann nochmals ein Stück besser.

Stefan Kunath



## Anders erinnern:

### Für eine ost-migrantische Erinnerungspolitik

Von Elisa Gutsche & Pablo Dominguez Andersen, Berlin

**Das deutsch-deutsche Gedächtnistheater zu 30 Jahren Mauerfall schließt kritische ostdeutsche und migrantische Perspektiven gleichermaßen aus. Höchste Zeit, andere Formen des Erinnerns zu erproben.**

Anfang 1991 läuft *Go Trabi Go*: Die Sachsen kommen in den gesamtdeutschen Kinos. Er wird der zweitfolgreichste Film des Jahres. Mit seinem Dauerfeuer an flachen Gags und plumpen Klischees ist *Go Trabi Go* zwar kein besonderes Sehvergnügen, liefert dafür aber ungefilterte Einblicke in die zur Wendezeit kursierenden gesellschaftlichen Stereotype. Als die ostdeutsche Verwandtschaft kurz nach dem Mauerfall zum ersten Mal bei Familie Amberger in Regensburg auf der Matte steht, befiehlt Familienvater Bernd (Ottfried Fischer) seinem Sohn, den Kuchen zu verstecken und giftet: „*Ich hab's gewusst, irgendwann stehen sie bei uns vor die Tür, die Sachsen. Schaut aus wie a Türkenkarawane!*“

Die Ostdeutschen und die Migrant:innen, zwei Gruppen, die wir für gewöhnlich als Gegensatzpaare denken, werden eins im abwertenden Blick des westdeutschen Patriarchen. Der Verweis auf die seit Jahrzehnten ausgegrenzte Gruppe der türkischen Migrant:innen dient Familienvater Bernd dazu, die Sachsen – stellvertretend für die Ostdeutschen – als minderwertig und fremd zu markieren, sie auszugrenzen und zu orientalisieren, um so ihren sozialen Ausschluss zu rechtfertigen: *Von unserem Kuchen bekommen die nichts.*

Die Analogien in der symbolischen Abwertung von Ostdeutschen und Migrant:innen, die eine viel diskutierte Studie jüngst zutage gefördert hat, sie existieren also scheinbar mindestens seit der Wende selbst. Erst jetzt aber, etwa 30 Jahre später, lassen sich diese Analogien öffentlich diskutieren. Die vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung veröffentlichte Studie (Foroutan et al. 2019) hat große Aufmerksamkeit, viel Unverständnis und einige Kritik hervorgerufen. Der Vergleich relativiere Rassismus, heißt es unter anderem.

Nun ist Rassismus in der Tat etwas anderes als die Diskriminierung von Ostdeutschen. 193 Todesopfer rassistischer Gewalt zählt die Amadeu-Antonio-Stiftung seit 1990. Niemand muss fürchten, ermordet zu werden, weil er oder sie als ostdeutsch gelesen wird.

Die Kritik betont damit zwar einen wichtigen Unterschied, läuft aber inhaltlich ins Leere. Denn ein Vergleich ist keine Gleichsetzung. Ein Vergleich macht Ähnlichkeiten und Unterschiede sichtbar, um verschiedene Phänomene im Verhältnis zueinander besser zu verstehen. Das tut die Studie in Bezug auf die Erfahrungen von Migrant:innen und Ostdeutschen. Der reflexhafte Vorwurf der Relativierung von Rassismus dagegen verstellt den Blick auf das politische Potenzial, das in der Studie steckt. Denn die Artikulation und Anerkennung einer gemeinsamen Abwertung von Ostdeutschen und Migrant:innen lässt heute erstmals die Möglichkeit einer politischen Allianz aufscheinen, wo vorher ein trennender Antagonismus verlief.

Wie lässt sich eine solche Allianz erinnerungspolitisch wenden? Oder anders gefragt: Wenn die ähnliche Erfahrung der Abwertung von Ostdeutschen und Migrant:innen bereits eine Geschichte hat, gibt es dann auch eine gemeinsame oder zumindest parallele migrantisch-ostdeutsche Erinnerung an die Friedliche Revolution und die Nachwendezeit? Oder müsste sie erst geschrieben werden?

### Anders Erinnern

Am 9. November 2019 feiert Deutschland 30 Jahre Mauerfall. Gedenkstunden, Reden, Feierstunden mit Streichquartett, klassische Konzerte in Theatersälen, Politiker:innen treffen auf Zeitzeug:innen. Die Nation feiert sich selbst, die Überwindung des sozialistischen Unrechtsstaates und den Sieg des liberalen Kapitalismus. Diese ritualisierte Erinnerung an den Mauerfall lässt sich als eine Fortsetzung dessen beschreiben, was Max Czollek kürzlich im Anschluss an Y. Michal Bodemann als das deutsche Gedächtnistheater benannt hat (Czollek 2018, Bodemann 2001). Als letzteres bezeichnet Bodemann die deutsche Erinnerung an die Shoa, welche seit den 1980er Jahren im Kern die Funktion übernommen

habe, die Läuterung des deutschen Volkes nach 1945 zu inszenieren und zu dokumentieren. Während Jüdinnen und Juden in dieser Inszenierung vor allem die Rolle des passiven und stummen Opfers zukomme, diene die Aufführung vor allem dazu, eine neue deutsche Identität als geläuterte Nation zu stiften.

Die Erinnerung an die Friedliche Revolution fügt dieser Geschichte ein weiteres Kapitel hinzu. Auf die Läuterung nach 1945 folgt mit der Friedlichen Revolution 1989 die Überwindung der zweiten Diktatur, vor deren Hintergrund die Erinnerung an die erste verblasst. Mit der Mauer verschwindet gleichzeitig die sichtbare Manifestation der deutschen Teilung, einer materiellen Folge der Verbrechen des deutschen Faschismus. Das Gedächtnistheater um das Mauerfall-Jubiläum erlaubt es den Deutschen also, sich als doppelt geläutertes Volk zu inszenieren, das mit der deutschen Teilung seine letzte Strafe überwunden hat und als Aufarbeitungsweltmeister nun stolz und unverkrampft auf die eigene Geschichte blicken kann.

*Um andere Formen des Erinnerns zu etablieren, brauchen wir auch eine neue Sprache. Beim Schreiben dieses Textes ringen wir um die passenden Begriffe für historische Ereignisse. Friedliche Revolution betont die historische Leistung der Bürger:innen der DDR im Gegensatz zum Mauerfall, der passiv klingt und subjektiv ist, oder der Wende, einem Begriff, der wegen seines Gebrauchs durch Egon Krenz mit der DDR-Obrigkeit assoziiert wird und den Christa Wolf schon in November 1989 als Segler-Latein verspottet hat. Gleichzeitig klingt Friedliche Revolution nach einer abgeschlossenen Geschichte mit Happy End und verdrängt, wir kommen darauf zurück, die gewaltvollen Ereignisse der Transformationszeit. Den richtigen Begriff gibt es bisher nicht.*

Die Wiedervereinigung dieser Tage öffentlich als etwas anderes als eine Erfolgsgeschichte zu erzählen, ist möglich, aber schwierig. Dabei gibt es eine auffällige Kluft zwischen der öffentlichen, der offiziellen, der staatlich und institutionell verankerten Gedenkkultur auf der einen Seite und der privaten, in persönlichen Gesprächen geäußerten Erinnerung an die Wende auf der anderen. Fragt man nach sol-



Schwarz-Rot-Gold trifft Schwarz-Weiß-Rot vor dem Reichstag am 3. Oktober 1990.



Juni 1990. Vietnamesische Näherin in Rostock.

chen persönlichen Perspektiven, wird schnell deutlich, dass das offizielle Gedenken an die Friedliche Revolution als Erfolgsstory auf dem Ausschluss einer Vielzahl von gegenläufigen Geschichten und Erinnerungen basiert.

*Vor einigen Wochen komme ich mit einem Taxifahrer ins Gespräch – über das Wetter, den Verkehr, die Stadt, darüber, wie Berlin sich verändert hat. Er, in der Türkei geboren, kam als Kind nach Deutschland und lebt seit über 50 Jahren in Berlin, erzählt er mir. Wie er den Mauerfall erlebt habe, frage ich. Erst mit Freude – aber schon wenig später hätten er und seine Familie gedacht: Die Mauer hätte man lieber ein paar Meter höher ziehen sollen, statt sie einzureißen. Vor ein paar Tagen sei bei ihm in Tegel ein junger Mann eingestiegen. Der fragte ihn, kaum dass er Platz genommen hatte, woher er komme. „Von zu Hause“, habe er geantwortet. Er wusste, worauf das immer*

*gleich verlaufende Gespräch zusteuerte. Der Gast sei sofort aggressiv und laut geworden, habe erklärt, das meine er nicht, aus welchem Land er käme, „Aha, Türkei!“, er wolle gefälligst einen deutschen Taxifahrer. Wegen Erlebnissen wie diesen fährt er bis heute nicht gerne in Ost-Berlin, dort bekäme er als Ausländer ständig genau solche Probleme. Dabei seien viele Ostdeutsche total anständig, er habe viele gute Freunde aus dem Osten. Auch für sie sei die Wiedervereinigung nicht immer gut gelaufen.*

*Ich war vier Jahre alt, als die Mauer fiel. An die DDR erinnere ich mich kaum, auch an keine Demonstrationen oder ähnliches. Meine Eltern waren keine Bürgerrechtler:innen, sondern eine Arbeiterin und ein Arbeiter, in einem kleinen Dorf in der sächsischen Provinz. Ich erinnere mich an Schichtdienste meiner Eltern, daran, dass ich oft von meinem Onkel in den Kindergarten gebracht wurde oder frühmorgens,*

*bevor der Kindergarten geöffnet hatte, meinen Vater an seinen Arbeitsplatz begleitet habe. Parallel dazu schlichen sich immer mehr Angst und Unsicherheit in unser Leben, 1992 und 1993 verloren beide Eltern ihre Jobs. Die Fabrik im Ort schloss ihre Pforten und wurde abgewickelt. Die Leunawerke und die MINOL Mineralölhandel AG wurden privatisiert und an den französischen Mineralölkonzern Elf Aquitaine verkauft, meinem Vater wird, wie unzähligen anderen Vätern, einige Monate später gekündigt. Jahre der finanziellen Unsicherheit, voller Angst und Scham beginnen. In vielen Familien meiner Freundinnen und Freunde herrschte eine ähnliche Situation.*

*Eine Zeit, die mich bis heute prägt und auch bei vielen meiner ostdeutschen Altersgenossinnen und -genossen tiefe Spuren hinterlassen hat. Wir können kaum mit unseren Eltern über diese Zeit sprechen, gehen lieber immer auf Nummer sicher. Wir haben weder finanzkräftige Familien noch erwartbare Erbschaften im Rücken. Wenn es gut gelaufen ist, haben unsere Eltern es geschafft, sich völlig neu zu erfinden, neue Jobs gefunden und einen bescheidenen Wohlstand aufgebaut. Es ist eine Zeit und ein Teil unserer Identität, über die wir erst heute anfangen, nachzudenken und zu sprechen, für die wir erst heute Worte finden.*

Wie finden private, persönliche Erinnerungen Eingang in ein kollektives Gedächtnis? Welche Erinnerungen zählen, welche gelten als repräsentativ? Welche werden als wichtig erachtet, als zentral, als typisch, stehen für eine ganze Generation – und welche bleiben am Rand, bleiben stumm, weil sie nicht in ein Narrativ passen, sie den Fluss der Erzählung stören, Dinge verkomplizieren, oder weil ihre Träger:innen einfach nicht dazu gehören, nicht zählen?

## Gewaltvolle Geschichten der Transformation

Der Film *Duvarlar-Mauern-Walls* von Can Candan, 1991 gedreht, betrachtet den Fall der Mauer aus der Sicht türkischer Migrant:innen in Berlin. In Kreuzberg und anderen Bezirken hatten sie jahrzehntelang buchstäblich im Schatten der Mauer gelebt. Als die Mauer fällt, gehören sie zu den ersten, die

sie überklettern. Der Einfluss der Maueröffnung auf ihre Lebensorte und -umstände macht sich schnell bemerkbar. Stadtteile verändern sich rasant.

Von den Deutschen bekommen türkische Migrant:innen schnell vermittelt, dass die Wiedervereinigung nicht ihre Party sei. Noch im ersten Rausch der Grenzöffnung ereignen sich die ersten rassistischen Beleidigungen und Übergriffe. Kinder werden wenig später in der Schule als „dreckige Türken“ beschimpft. Die politischen Rechte von Migrant:innen, welche diese durch jahrzehntelange Kämpfe erfolgreich auf die Tagesordnung gesetzt hatten, Fragen nach Staatsbürgerschaft, Wahlrecht, Einbürgerung, das alles ist mit der Wiedervereinigung vom Tisch. Stattdessen diskutiert man im Schatten der rassistischen Stimmung – die Dreharbeiten finden während des Pogroms von Hoyerswerda und vor denen in Rostock-Lichtenhagen und Mölln statt – die Verschärfung des Asylrechts.

Viele Menschen im Osten begegnen Migrant:innen mit Feindseligkeit. „Wenn wir nach drüben gehen, gucken die Menschen anders. Als ob sie Menschen wie uns noch nie gesehen hätten“, sagt ein junger Mann, der am Brandenburger Tor Überreste der Mauer als Souvenir an Tourist:innen verkauft. Den ihnen jenseits der Mauer entgegen schlagenden Rassismus analysieren die Interviewten hellsichtig als die Kehrseite ostdeutscher Erfahrungen von Deklassierung und sozialem Abstieg. Die deutsche Einheit habe die Ostdeutschen zu Bürger:innen zweiter Klasse gemacht, Arbeitslosigkeit und Armut seien rasant gestiegen. Ostdeutsche, die in den Westen gingen, konkurrieren nun mit türkischen Migrant:innen und Polen um Jobs bei Firmen wie Siemens, in der Baubranche und im Reinigungsgewerbe ebenso wie um den nun plötzlich knapper werdenden städtischen Wohnraum.

Diese Konkurrenz, die Abwertung, beständige Ausgrenzung, der neu aufflammende Rassismus und das Zurückdrängen der eigenen Rechte trifft die migrantischen Communities besonders hart. Viele Arbeiter:innen der ersten Generation, so berichtet eine Interviewpartnerin im Film, gehen in Frührente, weil sie sich körperlich kaputt gearbeitet haben und psychisch am Ende sind.

Psychisch am Ende sind durch die Transformationszeit auch weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung. Im Zuge der durch die Treuhandpolitik ausgelösten neoliberalen Transformation Ostdeutschlands verloren Millionen Menschen ihre Arbeitsplätze. In der ehemaligen DDR hing an einem Arbeitsplatz nicht nur das Einkommen und damit die ökonomische Sicherheit. Auch das soziale Leben kreiste um den Arbeitsplatz. Die Menschen waren in Brigaden organisiert und trafen sich mit ihren Kolleg:innen in der Freizeit. Kinderkrippen- und Kindergartenplätze waren über die Betriebe organisiert, ebenso wie die ärztliche Versorgung. All diese sozialen Verbindungen mitsamt der Versorgungsinfrastruktur löste die Treuhand in Luft auf.

Alkoholismus, Drogenabhängigkeit und Suizid greifen als Folge um sich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung untersuchte jüngst das Phänomen der sogenannten Deaths of Despair in Anlehnung an eine amerikanische Studie zum selben Thema von Angus Deaton und Anne Case (Fratzschner 2019). Während die Gesamtzahl der Todesfälle durch Suizid, Drogen- und Alkoholmissbrauch in Deutschland im Gegensatz zu den USA rückläufig ist, wird die Statistik hierzulande auch heute noch deutlich von ostdeutschen Männern angeführt. 1991 starben laut der Studie fast 200 Männer und 65 Frauen in der Altersgruppe von 50 bis 54 Jahren pro 100.000 Einwohner:innen in Ostdeutschland den buchstäblichen Tod aus Verzweiflung.

*Viele Ostdeutsche meiner Generation kennen aus dieser Zeit Geschichten von Ausweglosigkeit, Scham, Angst, Alkoholismus und Suizid in ihren Familien. Hinter den Zahlen verbirgt sich auch der Tod drei meiner Onkel. Einer ist am Alkohol zugrunde gegangen. Die beiden anderen durch Suizid. Nach Jahren der Arbeitslosigkeit, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, einem zerstückelten Privatleben. In meiner Familie wird bis heute nicht darüber gesprochen.*

Welche Todesfälle werden als persönliche Tragödien begriffen und welche als ein gesellschaftliches Phänomen? An welche Toten erinnern wir uns, um welche trauern wir kollektiv? Die Bundesrepublik gedenkt heute der Mauertoten, die wir einem politischen System zuschreiben können, das nicht mehr

das unsere ist. Wer aber erinnert an die Hunderten ostdeutschen und migrantischen Toten, die als Folge der Wiedervereinigung in der Transformationszeit ums Leben kamen? Verschleiert die Rede von der Friedlichen Revolution nicht die strukturelle und manifeste Gewalt, welche auf die deutsche Einheit folgten und der so viele zum Opfer fielen?

Ohne kollektive Erinnerung sind auch die Vorschläge des Dritten Weges einer demokratisch erneuerten DDR geblieben. Im Rahmen der Friedlichen Revolution gab es immer auch die Vision eines demokratischen Sozialismus zwischen Markt- und Planwirtschaft, die aber von der nationalen Einheits- und Freiheitsbewegung überschrieben und verdrängt wurde (Sabrow 2010).

Die politischen Entscheidungen von damals haben Konsequenzen in der Gegenwart: Noch heute besitzen Ostdeutsche nur fünf Prozent des produktiven Vermögens in Ostdeutschland und unter einem Prozent in ganz Deutschland. Die Schieflage bei den Eliten ist ebenso eklatant: Nur drei Prozent der Eliten in Sachsen stammen aus dem Osten, der Rest aus den alten Bundesländern. 2016 wurden rund 60 Prozent aller Neubauten und 94 Prozent der sanierten Altbauten an Menschen aus den westdeutschen Bundesländern verkauft (Engler / Hensel 2018). Den materiellen Ausverkauf, der mit der Transformation einherging, hat die Band *Silly* bereits 1993 besungen:

*Der Osten is ne Reise wert  
den sollten sie besuchen  
hier gibts noch n Stück  
vom neuen deutschen Kuchen  
die Rosinen sind schon weg  
das macht ihn etwas trocken  
doch in mancher Treu-hinter-hand  
klebt noch ein fetter Brocken  
...  
Die Ossid, die sind lall und mall  
vom Plunder und vom Fusel  
wenn die mal aus dem Koma sind  
kommt das kalte Gruseln  
Sie schlagen sich die Köpfe ein  
mit ihren Stasi-Akten  
derweil wir mitten auf dem Platz  
die letzten Ferkel schlachten*

Die offizielle Erinnerungskultur an 89/90, so könnte man folgern, basiert auf einem doppelten Abschluss: Migrant:innen, für welche die 1990er Jahre zum Symbol eines ausschließenden Nationalismus und mörderischen Rassismus geworden sind, kommen darin ebenso wenig vor, wie all jene Ostdeutsche, welche die Wende vor allem als den Auftakt eines heftigen sozialen, ökonomischen und kulturellen Abstiegs erinnern. Die Geschichte des rassistischen Terrors der 1990er Jahre, der Pogrome von Rostock, Hoyerswerda und Mölln, die Mordserie des NSU in den 2000er Jahren, sie haben sich der nationalen Erfolgsgeschichte genauso unterzuordnen wie die Erinnerung an die millionenfache Zerstörung von Existenzen, die soziale Deprivation ganzer Landstriche und das Gefühl kollektiver Kränkung im Osten angesichts andauernder kultureller Verächtlichmachung durch westdeutsche Eliten.

## Multidirektionale Erinnerung an 89/90?

Wie aber ist es möglich, über eine Geschichte der Ausgrenzung zu sprechen, ohne eine andere zu relativieren oder zu de-thematisieren? Der Literaturwissenschaftler Michael Rothberg hat im Kontext der Erinnerung an den Holocaust und den europäischen Kolonialismus das Konzept der multidirektionalen Erinnerung entwickelt (Rothberg 2009). Es dient dazu, die Geschichten von Gewalt und Ausgrenzung gegenüber unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen nicht als Wettbewerb um knappe Ressourcen, als Opferkonkurrenz, sondern als produktives Spiel wechselseitiger Verweise, Zitate und Bezugnahmen zu verstehen.

Mit seinem Konzept wendet sich Rothberg gegen die verbreitete Vorstellung von Erinnerung als Nullsummenspiel, bei dem es nur Sieger:innen und

Verlierer:innen geben kann. Er weist die Idee zurück, die öffentliche Erinnerung sei ein limitierter, feststehender Raum. Vielmehr entstehe die dehnbare Sphäre der Erinnerung erst im Dialog unterschiedlicher Akteur:innen. Um sein Konzept zu illustrieren, bringt Rothberg nicht nur eine literarische, theoretische und künstlerische Tradition zum Vorschein, in welcher der Verweis auf den Holocaust andere Formen von Gewalt zum Sprechen bringt. Er zeigt auch, wie die Erinnerung an den Holocaust sich in der Zeit der Dekolonialisierung erst im Dialog mit anderen Erinnerungen an Ausschluss und Gewalt als globales Paradigma etablieren konnte.

So zeigt Rothberg beispielsweise, wie der afro-amerikanische Historiker und Aktivist W.E.B. Du Bois beim Anblick des zerstörten Warschauer Ghettos betont, nicht etwa den Holocaust besser verstehen zu können, sondern den anti-schwarzen Rassismus in den USA. Der Rassismus, so folgert Du Bois angesichts der Ruinen in Warschau, sei kein partikulares, sondern ein universelles Problem. Ohne die Geschichte von Sklaverei und Ausgrenzung in den USA mit dem Holocaust gleichzusetzen, bringt das vergleichende, multidirektionale Schreiben von Du Bois beide Phänomene in einen fruchtbaren Dialog miteinander und macht beide so besser verständlich.

Im Februar 1990 berichtet der Spiegel unter der Überschrift „*Wieso kommen die noch?*“ vom wachsenden Hass Westdeutscher auf Übersiedler:innen aus der DDR. Der Artikel erzählt von Menschen, die in zu Notunterkünften umgewandelten maroden Turnhallen hausen, in denen Schlägereien und psychische Probleme an der Tagesordnung sind.

Er erzählt von Protesten gegen die Unterbringung von Übersiedler:innen in Kommunen, von Angriffen auf Heime, von Brandstiftung und Beschimpfungen, von Kindern, die angefeindet werden, von Politiker:innen, die einen Zuzugsstopp fordern und von sozialer Konkurrenz sowie berechtigten Sorgen (Der Spiegel: 1990).





Ehemaliges Büro des Neuen Forums in Brandenburg an der Havel.

## Geschichte der Kämpfe statt Opferkonkurrenz

Die Parallelen zu heutigen Debatten um Geflüchtete sind unübersehbar. Die historische und öffentliche Artikulation dieser Geschichte der Ausgrenzung steht 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution noch in ihren Anfängen. Was steht ihr im Wege? Selbst das vorsichtige, tastende Thematisieren von Parallelen ruft heute vielerorts heftige Abwehr hervor, so wie es auch die Studie des DeZIM zu ost-migrantischen Analogien der Abwertung getan hat. Die Gefahr, eine Erinnerung oder Erfahrung durch die Gleichsetzung mit einer anderen zu relativieren, ist nicht aus der Luft gegriffen. Aber ein vergleichendes, ein multidirektionales Erinnern hat im Gegensatz zu einer relativierenden Gleichsetzung das Potenzial, einen produktiven Raum gegenseitiger Anerkennung zu schaffen, von dem aus die Konkurrenz von Opfergeschichten überwunden werden könnte und neue Formen politischer Solidarität entstehen könnten.

Um der Gefahr einer Opferkonkurrenz zu entgehen, lohnt es sich auch, neben der Untersuchung gemeinsamer oder ähnlicher Abwertungen den suchenden Blick auf parallel stattfindende oder verwandte politische Kämpfe zu richten. *Duvarlar-Mauern-Walls* etwa ist beileibe keine Opfergeschichte, sondern erzählt von migrantischen Kämpfen und antirassistischem Widerstand, der sich in den 1990er Jahren neu formiert und organisiert. Die Menschen haben Angst, sie quält die Ungewissheit, sie sitzen buchstäblich auf gepackten Koffern – aber sie wehren sich. Der Film zeigt den Protest gegen die Hetzkampagnen der Bild-Zeitung, erzählt von gewerkschaftlicher Organisation, von Demonstrationen gegen Rassismus, Formen von Solidarität – und von migrantischen Jugendgangs wie den 36 Boys, den Phantoms oder Tegler Boys, die sich organisieren, um den sich häufenden Angriffen von Skinhead-Gruppen etwas entgegenzusetzen.

Diese inspirierenden und mutigen Geschichten haben ebenso wenig Platz in der kollektiven Erzählung zur Friedlichen Revolution und Transformation, wie die heftigen sozialen Kämpfe ostdeutscher Arbeitnehmer:innen gegen Entlassungen, Privatisierung und Sozialabbau, die sich zur gleichen Zeit ereigneten. Die 1990er Jahre sahen eine nach wie vor kaum bekannte Welle wilder politischer Streiks, von Fabrik-Besetzungen, Straßenblockaden, Demonstrationen, unerhörten und kreativen Formen von politischer Militanz und Dissidenz (Plener 2011). Tatsächlich ereigneten sich in den Jahren von 1991 bis 1993 jeweils mehr Proteste als 1989 selbst. Der bekannteste unter diesen Aufständen war der Hungerstreik der Kalikumpel in Bischofferode in Thüringen, mit dem sich die Belegschaft gegen die drohende Schließung ihres Kaliwerkes wehrte.

In den Protesten, Streiks und Blockaden jener Jahre hallen auch Formen des politischen Kampfes nach, die migrantische Arbeiter:innen schon in den 1970er Jahren angewandt hatten, etwa bei den Streiks der Frauen in Pierburg bei Neuss oder dem Fordstreik 1973 (Bojadzijeve 2012). Für beide Protestwellen gelten die Fragen, die Jana Hensel jüngst in ihrem Buch mit Wolfgang Engler formuliert hat: „*Haben wir uns je daran erinnert? Ist diese Erfahrung je in irgendeinem Geschichtsbuch erwähnt worden? (...) Diese Aufstände blieben ohne Erfolg und andererseits ohne Gedächtnis.*“ (Engler, Hensel 2018, 100-101)

Mit der Marginalisierung der ostdeutschen Erfahrung haben große Teile der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft nicht das geringste Problem, so Jana Hensel. Genau so verhält es sich mit der Marginalisierung migrantischer Erfahrung. Wie also umgehen mit dem Ausschluss minorisierter Erinnerungen aus dem Gedenken an 30 Jahre Friedliche Revolution? Sollten wir uns, wie es Max Czollek vorgeschlagen hat, aus dem deutsch-deutschen Gedächtnistheater (und Einheitsnarrativ) desintegrieren? Oder ist es möglich, abweichende Geschichten und Erfahrungen als gleichberechtigten Teil der Erinnerungskultur zu etablieren?

Wir sehen in der Artikulation ost-migrantischer Erinnerungen des Ausschlusses, der Abwertung, aber auch des Widerstandes und des Kampfes nach 89/90 eine politische Chance. Im Sinne einer multidirektionalen Erinnerung plädieren wir dafür, das produktive Potenzial von Verweisen, Bezügen, Parallelen und Analogien in den Blick zu nehmen, statt wie gebannt auf die vorhandenen Differenzen zu schauen und Vergleiche grundsätzlich der relativierenden Gleichsetzung zu bezichtigen. Die gemeinsame Geschichte minorisierter Erinnerungen, deren Artikulation der erste Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen politischen Praxis sein könnte, steckt noch in den Anfängen. Heute, 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution, ist es an der Zeit, andere Geschichten ins Zentrum zu rücken.

### Literaturverzeichnis:

Bojadzijeve, Manuela (2012): *Die windige Internationale: Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bodemann, Michal Y. (2001): *Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung*. Berlin: BEBUG.

Czollek, Max (2018): *Desintegriert Euch!* München: Hanser Verlag.  
Engler Wolfgang; Hensel, Jana (2018). *Wer wir sind: Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein*. Berlin: Aufbau Verlag.

Foroutan, Naika; Kalter, Frank; Canan, Coşkun; Simon, Mara (2019): *Ost-Migrantische Analogien I: Konkurrenz um Anerkennung*. Unter Mitarbeit von Daniel Kubiak und Sabrina Zajak. Berlin: DeZIM-Institut.

Fratzcher, Marcel (2019): „Man nennt es Tod aus Verzweiflung“. In: *Die Zeit*, 1. März 2019. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-02/suizid-ostdeutschland-verzweiflung-sterberate-maenner-integration>

Plener, Ulla (2011): *Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990–1994)*. Tagung vom 2. April 2011 in Berlin. Beiträge und Dokumente. Berlin: NORA.

Rothberg, Michael (2019): *Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization*. Stanford: Stanford University Press.  
Sabrow, Martin (2010): „Der vergessene ‚Dritte Weg‘“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Band 11, 15. März 2010, 6-13.

Der Spiegel (1990): „Wieso kommen die noch?“ In: *Der Spiegel*, 19.02.1990, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507374.html>.



Lech Wałęsa bei den Wahlen am 4. Juni 1989.

## Der lange Schatten des Runden Tisches

### Erinnerungskonflikte in Polen

Von Leo Mausbach, Warschau

**Im Juni dieses Jahres haben die Bürgermeister der größten Städte Polens an einem neuen Runden Tisch eine „Erklärung für Freiheit und Solidarität“ unterzeichnet und den friedlichen Übergang vom Kommunismus zur Demokratie vor dreißig Jahren gefeiert. Die polnische Regierung hat versucht, diese Pläne zu torpedieren. Worum geht es beim Streit um den Runden Tisch?**

Vor dreißig Jahren, am 6. Februar 1989, begannen in Polen die Gespräche zwischen der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność und den kommunistischen Machthabern am Runden Tisch. Man einigte sich auf halbfreie Wahlen am 4. Juni 1989, welche die Tür aufstießen für eine friedliche Revolution zunächst in Polen und schließlich in anderen Ländern des sozialistischen Ostblocks. Runde Tische nach polnischem Vorbild gab es in der DDR, in Ungarn und Bulgarien.

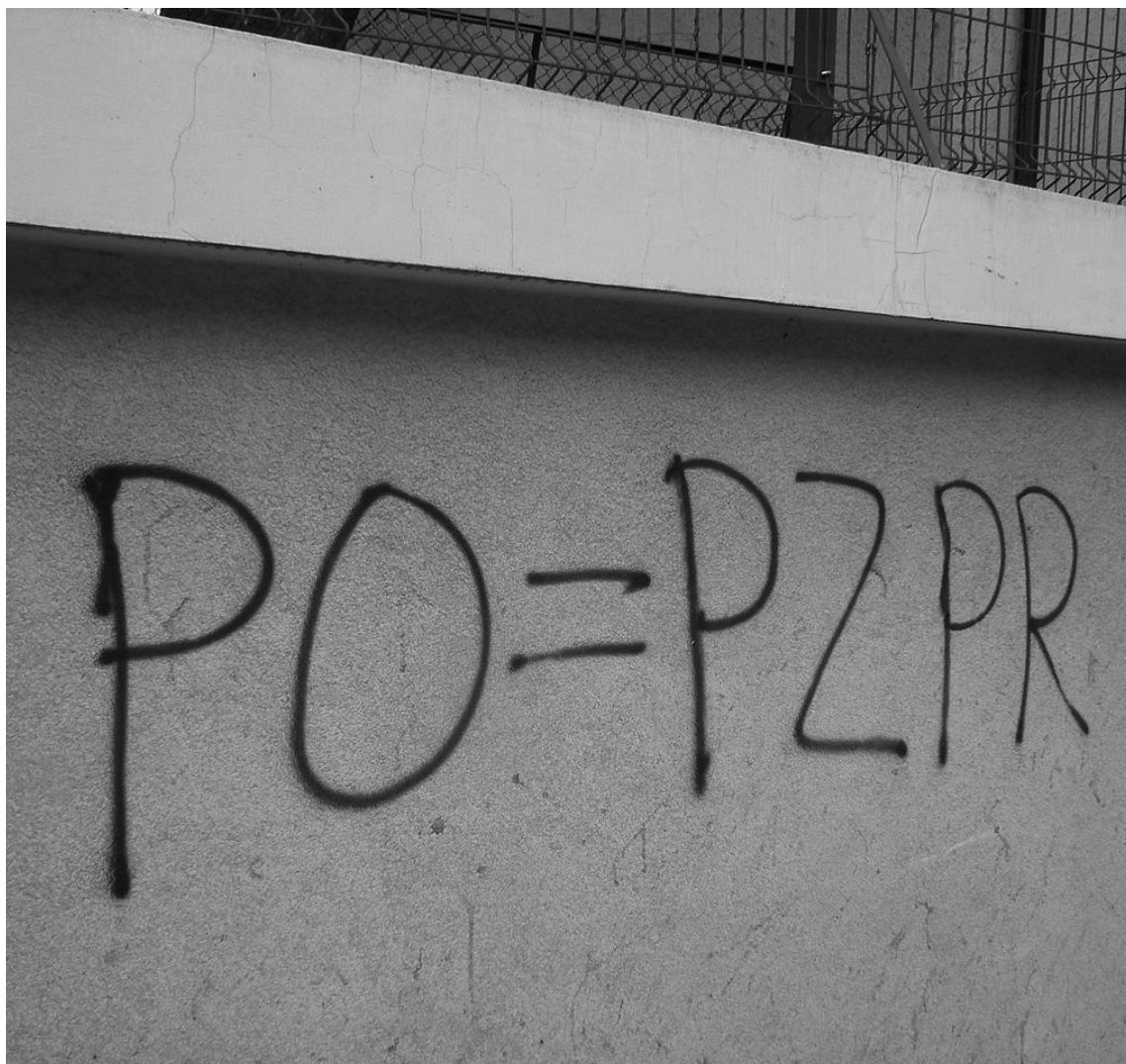
Während der polnische Runde Tisch in Deutschland als historischer Erfolg gilt, wird in Polen selbst über seine historische Bewertung noch immer gestritten. Am Runden Tisch nahm die anhaltende tiefe Spaltung Polens ihren Anfang: Sowohl die nationalkonservative PiS als auch die wirtschaftsliberale Bürgerplattform entstammen der Solidarność-Generation, die gemeinsam angetreten war, um den Kommunismus zu überwinden. Am Runden Tisch saßen neben der Solidarność-Ikone Lech Wałęsa beispielsweise auch Adam Michnik, der Chefredakteur der liberalen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*. An Vorbereitungssitzungen nahm PiS-Chef Jarosław Kaczyński teil sowie sein Zwillingsbruder Lech, welcher 2010 beim Flugzeugunglück bei Smoleńsk ums Leben kam.

### Die „schwarze“ und die „weiße“ Legende

Für die eine Seite ist der Runde Tisch Geburtsstunde und Symbol des geglückten friedlichen Übergangs vom Kommunismus zu Demokratie und Marktwirtschaft, einer makellosen Erfolgsgeschichte, die nun von der regierenden PiS-Partei aufs Spiel gesetzt werde. Für die andere Seite ist der „faule Kompromiss“ mit den Kommunisten die Ursünde der Dritten Polnischen Republik. Ihre umstrittenen Justizreformen begründete die aktuelle PiS-Regierung damit, dass es in Polen, anders als zum Beispiel in Ostdeutschland, keine Lustration gegeben habe, weshalb man die Rechtsprechung nun von den Profiteuren befreien müsse.

Die Kontroverse, die bisher nur unter den Vorzeichen von Verklärung oder Verteufelung geführt wurde, beginnt langsam abzukühlen. Historiker und Politikwissenschaftler bemühen sich um eine sachlich-kritische Betrachtung. So auch der Historiker Dr. Łukasz Kamiński, der von 2011 bis 2016 das Institut für Nationales Gedenken (IPN) leitete, eine Einrichtung vergleichbar mit der deutschen Stasi-Unterlagenbehörde. In der katholisch-liberalen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* führt Kamiński zahlreiche Streitfragen auf, die bereits zu Zeiten des Runden Tisches für Dissens innerhalb der Solidarność sorgten. So warfen und werfen Kritiker den damaligen Verhandlungsführern, insbesondere Lech Wałęsa, vor, zu weitgehende Zugeständnisse an die Kommunisten gemacht zu haben. Der Vorwurf: Schon während der Verhandlungen sei die Schwäche der kommunistischen Partei offensichtlich geworden, was kaum ein Jahr später, im Januar 1990, zu deren Selbstaflösung führte. Der Runde Tisch habe zu falschen Kompromissen geführt.

Obwohl das Wahlergebnis dies nicht erforderlich machte, wurden die Kommunisten nach dem Wahlsieg der Solidarność an der Regierung unter Tadeusz Mazowiecki beteiligt. Mit knapper Mehrheit wurde Wojciech Jaruzelski, der 1981 in Polen das Kriegsrecht ausgerufen und Tausende Mitglieder der Solidarność interniert hatte, von beiden Kammern des Parlaments zum Präsidenten gewählt. Gleichzeitig habe Wałęsa während der Verhandlungen am Runden Tisch sowie später bei der Aufstellung der Wahllisten radikalere und konservativere Teile der antikommunistischen Opposition marginalisiert. Dazu gehörte beispielsweise die Solidarność *Walcząca* („Kämpfende Solidarność“), gegründet von Kornel Morawiecki, dem Vater des heute amtierenden polnischen Premierministers. Zu den Kritikern dieses Vorgehens Wałęsas zählte auch der dann erste Ministerpräsident des freien Polens, Tadeusz Mazowiecki.



Nationalkonservative Sichtweise: Die Bürgerplattform PO als Handlangerin der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

## Kompromisse ermöglichten den friedlichen Übergang

Dennoch: Der erfolgreiche Übergang zur Demokratie gibt Wałęsa recht. Es liegt auf der Hand, dass die Einbeziehung der kommunistischen Nomenklatura durch die bedächtige Politik der Solidarność dazu beigetragen hat, ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion zu verhindern. Deren Truppen waren ja noch im Land stationiert. Am 4. Juni 1989 fand die Diktatur in Polen bei Wahlen ihr friedliches

Ende, während am selben Tag in China auf dem Tian'anmen die Hoffnungen auf Wandel blutig niedergeschlagen wurden. Die auch in der Folge ausbleibende Abrechnung mit den Kommunisten – Mazowieckis „dicker Strich“ (poln. „gruba kreska“) – bewahrte wohl den gesellschaftlichen Frieden in harten Umbruchzeiten.

Für viele Polen bleibt es dennoch eine schmerzliche Ungerechtigkeit, dass diese Politik es ehemaligen Kadern und Geheimdienstlern ermöglichte, sich im Laufe der Transformation zu bereichern und von ihrem Wissen und ihren Beziehungen zu profitieren. Teile der Solidarność fühlten sich um den gemeinsam errungenen Sieg über den Kommunismus betrogen. Die Kränkung wirkt bis heute nach und prägt das Zerrbild einer machtgierigen Clique um Wałęsa, die sich gemeinsam mit Ex-Kommunisten den Staat unter den Nagel gerissen habe. Wałęsas „Verrat“ wird damit erklärt, dass er von den Kommunisten mit einer früheren Tätigkeit als Informant der Staatssicherheit erpresst worden sei. Wałęsa bestreitet dies, doch tatsächlich deutet einiges darauf hin, dass es zwischenzeitlich eine solche Zusammenarbeit gab. Diese würde aber nur einen bestimmten Zeitraum in den 70er Jahren betreffen, lange bevor Wałęsa zum Anführer der Solidarność aufgestiegen war.

## Die polnische Rechte muss ihren Frieden mit dem Staat machen

Der Vorwurf, Wałęsa habe alles daran gesetzt, seine IM-Vergangenheit zu vertuschen, wird auch im Zusammenhang mit dem von ihm initiierten Sturz der konservativen Regierung Olszewski 1992 erhoben. Diese Beschuldigung verarbeitete Jacek Kurski, der heutige Chef des staatlichen Senders TVP, 1994 im Film „Nocna Zmiana“ („Nachtschicht“, wörtlich „nächtlicher Wechsel“). Viele Jahre später, während der Regierungszeit der liberalen Bürgerplattform von 2007 bis 2014, hatte der Film auf Youtube bei einem von

der Politik enttäuschten jungen Publikum großen Erfolg, mit Hunderttausenden Aufrufen. Die von der Regierung vertretene sogenannte „weiße Legende“ des Runden Tisches war nämlich vor allem für die Polen attraktiv, die im freien und demokratischen Polen gesellschaftlichen Aufstieg erfahren hatten. Sie erklärte diesen Erfolg zur Norm und verklärte seine Bedingungen. Denen, die sich nicht als Gewinner der Transformation sahen, sowie jungen Menschen in oft prekären Beschäftigungsverhältnissen bot die „schwarze Legende“ das tröstliche Gefühl, nicht selbst an ihrer Lage Schuld zu sein, etwa durch Faul- oder Dummheit, wie ihnen gelegentlich in erschreckender Selbstgerechtigkeit von der Gegenseite vorgeworfen wurde. Die sozialstaatliche Politik der PiS entspringt auch der Überzeugung, dass man nun die „Anständigen“ am Wohlstand beteiligen müsse, die sich im „korrupten“ Polen nicht „bereichert“ hätten, das aus dem „Verrat am Runden Tisch“ hervorgegangen sei.

Mittlerweile ist die junge Generation der endlosen Diskussion überdrüssig. In dem liberalen Magazin Kultura Liberalna beklagt Jakub Bodziony, dass für Menschen, die im freien Polen geboren wurden, der Runde Tisch keine große Rolle mehr spiele. Schuld daran seien beide Seiten der Solidarność-Generation, die den Gründungsmythos der Dritten Polnischen Republik mit ihrem Streit zerstört hätten. Der Vorsitzende des konservativen Think Tanks Klub Jagielloński, Dr. Krzysztof Mazur, Jahrgang 1982, fordert von der polnischen Rechten, dass diese sich endlich mit dem Staat, den sie regiere, und seinen Institutionen identifizieren müsse. Der Weg dorthin sei, seinen Frieden mit dem Runden Tisch zu machen.



Aufbruch Ost beim Lichtfest in Leipzig im Oktober 2018.

## „Wir wollen ostdeutsche Systemkritik nach links verschieben.“

### Aufbruch Ost im Interview

Fragen von Thomas Stange

**Sie fordern die Aufarbeitung der Treuhand und die Emanzipation der Ostdeutschen vom bundesrepublikanischen Mainstream. Sie knüpfen an die linke DDR-Opposition an und sehen sich als Gegenpol zur ostdeutschen AfD und Pegida. Einst in Leipzig als Graswurzelbewegung gestartet, organisieren sie sich in immer weiteren ostdeutschen Städten. Wer sind diese jungen Menschen, die dem Osten eine neue Stimme verleihen? Wir haben mit Jette Helberg und Elisabeth Rosenthal von „Aufbruch Ost“ über den Aufbruch im Osten gesprochen.**

**Ost Journal: Die junge Generation kann reisen, hat eine andere Haltung als noch die Elterngeneration. Warum engagiert ihr Euch als junge Menschen für den Osten des Landes? Oftmals heißt es schließlich, die Einheit sei in Eurer Generation zuerst abgeschlossen.**

**Elisabeth:** Ich bin im Osten aufgewachsen. In meiner Familie gibt es kein Kaffeetrinken, bei dem die Abwicklungsprozesse nach der Wende kein Thema

sind. Das Bild der Westdeutschen, die damals mit den schwarzen Aktenkoffern kamen und die Fabriken geschlossen haben, hat sich eingebraunt und wird an die folgende Generation weitergegeben. Das ist bei Weitem nicht nur bei uns so. Die Haltung der Nachwendegeneration in Ostdeutschland ist von den Erlebnissen der Nachwendezeit geprägt. Auch der Rassismus und die rechten Kontinuitäten im Osten, die teils älter als 30 Jahre sind, erscheinen anders als im Westen nicht selten als Ausdruck von Systemkritik. Diese Systemkritik wollen wir von links aufgreifen, um sie nicht den reaktionären Kräften der AfD zu überlassen. Und nein, die Möglichkeit zwischen Ost und West zu reisen, ist aufgrund der strukturellen Bedingungen in Ostdeutschland häufig eher ein Mobilitätszwang. Das trägt dazu bei, dass das Thema Einheit längst nicht abgeschlossen ist.

**Jette:** Solange die strukturellen Ungleichheiten so gravierend sind, kann man nicht von der Einheit sprechen. 65 % der Ostdeutschen zwischen 20 und 30 Jahren identifizieren sich immer noch als ost-

deutsch, obwohl sie alle der ersten Generation der vereinigten Bundesrepublik angehören. Ostdeutschland und die Ostdeutschen sind statistisch gesehen in vielen Bereichen weniger vertreten. Im bundesweiten Vergleich der durchschnittlichen Vollzeitlöhne bilden Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen das Schlusstrio. Bundesweit gibt es nicht eine:n ostdeutsche:n Unidirektor:in. Führungspositionen sind fast nie in ostdeutscher Hand. Diese Liste könnte man lange weiterführen. Solange dieser Unterschied vorhanden ist, muss für den Osten eingestanden werden. Wir streiten für eine größere ostdeutsche Repräsentanz in Gesellschaft, Politik und den Medien.

**Elisabeth:** Wir wollen den Rechten und Konservativen nicht die Deutungshoheit über die Geschichte überlassen. Im 30. Jubiläumsjahr von 1989 wird es darauf ankommen, die Geschichtserzählung nicht zu akzeptieren, dass uns „der große Helmut Kohl“ die Wiedervereinigung gebracht hat und Joachim Gauck stellvertretend für die DDR-Opposition steht. Es wird darauf ankommen, dieser hegemonialen Geschichtserzählung eine eigene linke Gegenerzählung entgegenzusetzen. Zudem wollen wir die emanzipatorischen Ideen aus dem Herbst 1989 in das Jahr 2019 übertragen, um auch heute für eine solidarische Gesellschaft streiten zu können.

**Hat es für Euch ein ausschlaggebendes Ereignis gegeben, das zur Gründung eurer Initiative geführt hat?**

**Elisabeth:** Auf Deutschlandkarten, die die AfD-Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2017 nach Bundesländern mit blauen Schattierungen darstellen, wurde Ostdeutschland plötzlich wieder sichtbar. In den neuen Bundesländern erzielte die AfD 21,9 %, in den alten hingegen „nur“ 10,7 % der Stimmen. Dieser Aspekt sowie der Ausblick auf das Jahr 2019 waren die Auslöser für unsere Gründung. In diesem Jahr wird es neben dem 30. Jubiläum von 1989 auch drei ostdeutsche Landtagswahlen geben. Besonders in Sachsen ist die Situation brenzlich. Eine Regierungsbeteiligung der AfD scheint möglich.

**Ende 2018 seid ihr beim Spaziergang anlässlich des „Lichtfestes“ auf dem Leipziger Stadtring mit**

**einem Transparent erstmals in die Schlagzeilen gekommen. Die Aufschrift: „Friede, Freude, Einheit – Treuhand-Aufarbeitung jetzt!“ Wie kommt es dazu, dass ihr als junge Generation die Aufarbeitung der Treuhand fordert?**

**Jette:** Die Treuhand ist ein krasses Symbol für die Ungerechtigkeiten der Nachwendezeit. Ganze Regionen wurden deindustrialisiert. Betriebe wurden an zumeist westdeutsche Investor:innen verhöckert. Die möglichst schnelle Privatisierung galt als das Allheilmittel. Es gab zahlreiche Skandale. Hierfür verantwortlich sind insbesondere die Treuhand sowie die dahinterstehende marktradikale Politik. Durch diese Abwicklungen verloren drei Millionen Menschen ihre Arbeit, ihre Kollektive, ihr bisheriges Dasein. Die damit einhergehenden biografischen Brüche und der Verlust an sozialem Vertrauen sind zu wenig thematisiert worden. Stattdessen sollten die Lebensleistungen viel stärker gewürdigt werden. Nach 30 Jahren Sperrfrist werden jetzt die Treuhand-Akten nach und nach offengelegt. Es braucht die Aufarbeitung durch eine unabhängige Untersuchungskommission.

Außerdem ist es uns wichtig zu sagen, dass diese neoliberale Politik nicht Mitte der 90er Jahre ein Ende hatte. Der Osten nach 1989 diente als Experimentierfeld für die weitere neoliberale Ausrichtung der Wirtschafts- und Außenpolitik der Bundesregierung. Auch in Griechenland fand infolge der Finanzkrise 2008 ein materieller Ausverkauf statt. Wieder waren es Schäuble und Co, die dafür die Verantwortung tragen. Beispielsweise übernahm der deutsche Flughafenbetreiber Fraport 14 griechische Flughäfen. Dabei stehen nicht die Menschen in Griechenland im Fokus, sondern der Profit von Fraport!

**Es wird nicht nur über die Treuhand neu diskutiert. Wo seht ihr Gründe dafür, dass 30 Jahre nach 1989 ost-spezifische Themen insgesamt wieder eine derartige Brisanz entwickeln?**

**Jette:** Der Mauerfall und die letzten 30 Jahre waren ereignisreich! Ostdeutsche stürzten ihren eigenen Staat. Ein paar Monate lang war alles offen. Es gab basisdemokratisch organisierte Formate wie



Auch in Frankfurt (Oder) präsent: Aufbruch Ost beim Brückenfest am 1. Mai.

Demokratie Jetzt, den Demokratischen Aufbruch oder das Neue Forum, die das Ziel hatten, das kommende System mitzugestalten. Neben dieser wichtigen Erfahrung zum Mauerfall stehen aber auch die negativen Seiten der sogenannten Wende. Die Allianz für Deutschland, die ostdeutsche CDU, erreichte bei den Wahlen knapp 50 % der Stimmen. Stimmen, die eine Reform des Systems der DDR gefordert hatten, wurden spätestens ab Kohls Eintritt in den Wahlkampf für die Volkskammerwahlen 1990 nicht mehr gehört. Im gleichen Jahr wurde die Treuhandanstalt gegründet und wickelte innerhalb von vier Jahren das Volkseigentum der gerade abgeschafften DDR ab. Die Tatsache, dass jetzt darüber gesprochen wird, hat maßgeblich mit dem Erfolg von Pegida und der AfD sowie den drei anstehenden Landtagswahlen zu tun.

**Elisabeth:** Es geht um einen Kampf um Anerkennung auf kultureller, ökonomischer, sozialer, medialer und politischer Ebene. Wessen und welche Geschichten wurden bisher erzählt? Wer hat über wen gesprochen? Die Deutungshoheit lag klar auf westdeutscher Seite. Das hat Befremden erzeugt und

die Desintegrationsdynamiken in Ostdeutschland befeuert. Aktuelle Studien zeigen, dass sich 2019 mehr als ein Drittel der Ostdeutschen als Bürger:innen zweiter Klasse behandelt sieht. Pegida und AfD haben das Befremden und Ungerechtigkeitsempfinden rechts kanalisiert und damit auf die gesamtdeutsche Agenda gesetzt. Nun geht es darum, die Kraft, die darin steckt, auf linke Positionen zu lenken, damit es 30 Jahre nach dem Fall der Mauer einen neuen Aufbruch geben kann – solidarisch und emanzipatorisch.

**Findet ihr nicht dennoch, dass „Aufbruch Ost“ etwas identitätspolitisch oder gar ausschließend klingt? Was verspricht ihr euch durch die Betonung des „Ostdeutschen“?**

**Jette:** Es klingt identitätspolitisch, geht aber weit darüber hinaus und nein, es klingt nicht ausschließend. Mit der Benennung des „Ostdeutschen“ machen wir den Fokus unserer Initiative deutlich. Die fehlende Thematisierung der ostdeutschen Nachwendezeit in all ihren Facetten gilt es in den Blick zu nehmen. Genau dieser Blick auf das ostdeutsche Selbst kann dazu

beitragen, Ungerechtigkeiten sichtbar zu machen. Ähnlich ist es bei der Frauen-, Arbeiter- oder Schwulenbewegung. Der Weg zur Emanzipation trotz fehlender Machtressourcen ließ sich nur beschreiten, indem sie sich selbst in den Mittelpunkt ihrer Politik stellten. Somit konnten sie fremden Zuschreibungen mit einer eigenen Erzählung begegnen und sich selbst ermächtigen, um für ihre ökonomische und politische Gleichstellung sowie für ihre soziale und kulturelle Anerkennung einzutreten. Unser Ansatz orientiert sich daran: emanzipatorisch, inklusiv und solidarisch.

**Elisabeth:** Das eint uns als Initiative „Aufbruch Ost“. Wir streiten gemeinsam für einen gesellschaftlich-emanzipatorischen Aufbruch in Ostdeutschland, egal ob ost- oder westsozialisiert. Wir versuchen auf Geschlechterparität zu achten, was nicht immer klappt. Einige von uns haben 1989 live erlebt, andere sind erst danach geboren. Einige studieren, andere machen eine Ausbildung oder befinden sich bereits im Arbeitsleben. Einige kommen aus der Stadt, andere sind auf dem Dorf groß geworden. In der Unterschiedlichkeit verschiedener Sozialisierungen sehen wir ein großes Potenzial, um auch kontroverse Debatten führen zu können und gesellschaftlich breit anschlussfähig zu sein.

**Ihr sagt, ihr steht für einen emanzipatorischen Aufbruch im Osten. Gleichzeitig sagt ihr, dass erst AfD und Pegida dem Osten wieder bundespolitische Relevanz verliehen haben.**

**Elisabeth:** Der Rechtsextremismus-Experte David Begrich hat darauf verwiesen, dass die AfD dort erfolgreich ist, wo Die Linke aufgrund von mangelnden Personalressourcen als Partei der Kümmerer Ende der 90er Jahre losließ. Ostdeutsche, anders als ihre Westdeutschen Mitbürger:innen, haben nicht nur die Endlichkeit ihres politischen Systems erlebt, sondern auch ein im Osten hegemoniales westdeutsches Establishment. Hinzu kamen die mannigfaltigen politischen Enttäuschungen, parteiübergreifend. Die bereits in den 90er Jahren durch die PDS bespielten Ressentiments gegen das Establishment und dessen politische Rituale versucht die AfD zu nutzen. Sie verbindet diese mit

rassistischen, national-völkischen, homophoben und antifeministischen Inhalten. Hinzu kommen die rassistischen und rechtsradikalen Kontinuitäten in Ostdeutschland. Damit vermag die AfD überraschend viele Nichtwähler:innen zu aktivieren.

**Jette:** Der Gesprächsbedarf im Osten ist groß. Zugleich mangelt es aber an ostdeutschen Sprechräumen. Das stellen wir immer wieder fest, egal ob wir mit unserem Bürger:innen-Café auf der Straße unterwegs sind oder Veranstaltungen durchführen. Um das zu erfahren, muss man sich im Grunde nur mit einem passenden Format auf die Straße stellen und nach den Unterschieden zwischen Ost und West fragen oder den Begriff Treuhand in den Mund nehmen. Es dauert nicht lange und die Menschen fangen an zu erzählen.

**Elisabeth:** In Ostdeutschland lohnt es, sich die soziale Frage genauer anzuschauen. Leider treten die Gewerkschaften nicht immer kämpferisch genug auf und die gewerkschaftliche Organisation ist im Osten deutlich schwächer ausgeprägt. Nichtsdestotrotz gab es in der letzten Zeit auch etliche Erfolge. Den Beschäftigten von Helios und BMW gelang es mithilfe von Arbeitskämpfen, eine Angleichung der Löhne zu erstreiten.

**Jette:** Der Osten birgt ein großes Potenzial, obwohl es hier viele Probleme gibt. Wir möchten beispielsweise die Ost-Frauen und die emanzipatorischen Potenziale wieder stark machen, die bereits existiert haben, um dem reaktionären Frauenbild der AfD etwas entgegenzuhalten. Der „Emanzipationsvorsprung Ost“ war eine gelebte Realität und die Menschen im Osten wissen, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein muss.

Wichtig ist, dass wir keine westdeutschen Messlaten anlegen, sondern uns an den ostdeutschen Potenzialen orientieren, um der verbreiteten Politik- und Parteiverdrossenheit, aber auch den Wahlerfolgen der AfD entgegenzuwirken.



**Allerdings war schon 89/90 die progressive Opposition in der DDR recht klein. Gerade in Zeiten der Einheitspolitik wurde sie von der Mehrheit angefeindet. Viele ihrer Mitglieder sind heute in jüngeren zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv. Was können wir heute von der DDR-Opposition lernen?**

**Elisabeth:** Mehr als 2.500 Menschen sollen in der DDR trotz staatlicher Repressionen politisch organisiert gewesen sein. Die DDR-Opposition hatte einen wichtigen Anteil an der Frauenemanzipation, der ökologischen Bewegung, der Friedensbewegung. Diese Kämpfe sind weiterhin aktuell. Basisdemokratische Organisationen und Beteiligungsmöglichkeiten wie der Runde Tisch und Demokratie Jetzt, die Konstitution der Vereinigten Linken, der *Telegraph*, der Unabhängige Frauenverband, all das sind Elemente selbstbestimmter kollektiver Willensbildungsprozesse, an die wir erinnern und anschließen wollen. Die Zeit des „kurzen Herbstes der Utopie“ 1989 und was möglich gewesen wäre, daraus wollen wir lernen und gleichzeitig diese verschütt' geglaubte Hoffnung auf eine freie, solidarische und wohlmeinende Gesellschaft reaktivieren, für die die Menschen in Ostdeutschland damals kämpften.

**In welcher Form wollt ihr den „Aufbruch von unten“ im Osten beflügeln? Habt ihr ein konkretes strategisches Modell?**

**Jette:** Es geht uns viel darum, zuzuhören und zu versuchen, Frustration zu kanalisieren. Dabei geht es darum, zu verdeutlichen, dass rechte Parteien und Organisationen, die Menschen aufgrund willkürlicher Gesichtspunkte ausschließen, nicht diejenigen sein werden, die die Situation in Ostdeutschland wirklich verbessern. Parallel wollen wir über einen kritischen Diskurs über die arbeitsmarkt-, sozial-, familien- und frauenpolitischen Unterstützungsformen in der DDR sowie über den Rückblick auf den „kurzen Herbst der Utopie“ eine solidarische und emanzipatorische Zukunftserzählung stark machen. Kurzum, wir wollen die Menschen erinnern, dass für eine kurze Zeit eine bessere Gesellschaft möglich schien und dazu beitragen, hierin wieder Hoffnung zu haben und sich dafür einzusetzen.

**Elisabeth:** Wir wollen „Aufbruch Ost“ in diesem Jahr zu einem ostdeutschlandweiten Phänomen machen. Wir streben eine Regionalisierung an und wollen durch gemeinsame Aktionen in verschiedenen Städten Druck von unten erzeugen. Dafür bewegen wir uns gezielt aus der linken „Szene“-Blase heraus, sprechen mit Jung und Alt, Frau\* und Mann\* und versuchen so, den „Aufbruch Ost“ von unten zu etablieren.

**Ihr habt Forderungen an die Bundespolitik und wollt zugleich den Osten von unten her organisieren. Wie kann ein solcher Spagat gelingen?**

**Jette:** Politik sollte für und von den Menschen und dementsprechend nicht nur auf parteipolitischer Bundes- oder Landesebene gemacht werden. Das ist einer unserer Kritikpunkte am politischen System der repräsentativen Demokratie, wie es sich derzeit ausgestaltet. Langfristig streiten wir für mehr kollektive Selbstbestimmung und Selbstorganisation. Gleichzeitig müssen wir kurz- und mittelfristig Forderungen an die Bundes- und Landespolitik stellen. Die Angleichung von Löhnen, die Anrechnung von Rentenleistungen oder die ostdeutsche Repräsentanz in Politik und Wirtschaft gehören dazu. Auch bei der Eigentumsfrage hat es viele Verwerfungen gegeben. Es sollte zum Beispiel darüber nachgedacht werden, wie der Wohnungsmarkt in den Städten zum Wohle der Menschen verändert werden kann oder wie leer stehende Objekte in Ostdeutschland unbürokratischer und barrierearm für junge Initiativen nutzbar gemacht werden können, die für ein soziales und solidarisches Miteinander vor Ort arbeiten wollen.

**Elisabeth:** Nur wenn es uns gelingt, Druck von unten aufzubauen, wird es politische Veränderungen geben. Das hat die Geschichte gezeigt. Ansonsten werden sich die meisten Wahlversprechen, wie in der Vergangenheit auch schon, im Sande verlaufen. Wir wollen aber, dass der solidarische Osten eine Zukunft hat. Hierfür streiten wir.



## Der Krieg ist gegangen, der Sieg ist geblieben

Von Charlotte Gneuß, Minsk

Fotos von David Pinzer

**Wehende Stalinflaggen, Sowjetuniformen und Leninbüsten rufen nostalgische Gefühle an die große Union hervor. In Belarus wird der Tag des Sieges am neunten Mai offiziell mit einer Militärparade begangen. Nur wenige kritisieren das Fest, unterstellen ihm Kriegsverherrlichung und Siegeswahn.**

Minsk wird geschmückt. An jeder Straßenlaterne wehen rot-grüne Nationalflaggen mit Ornament, Babuschkas verkaufen rote Nelken, auf dem Siegesplatz montieren Handwerker einen roten Stern.

Morgen, am 9. Mai, wird der Tag des Sieges gefeiert. Eine Militärparade wie in Moskau findet hier nur zu den Jubiläen statt, aber es soll ein großes, feierliches Treffen geben, mit Präsident Lukaschenko und Militär, erklärt uns eine Passantin und freut sich, dass wir extra aus Deutschland angereist sind, um den großen russischen Tag zu feiern.

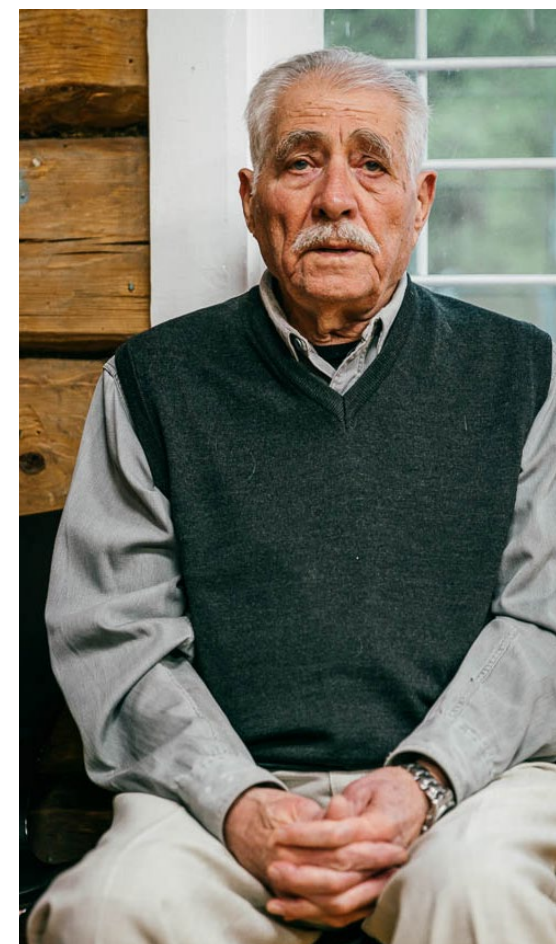
Als wir ankommen, wollen uns Straßenverkäufer eine Pilotka verkaufen, eine sowjetische Seitenkappe. Oder wenigstens eine kleine Plastikflagge mit Hammer und Sichel, Lenin und Stalin. Wir aber haben es eilig. Die Stimme des Präsidenten

schallt über den Platz. Auf der Leinwand können wir beobachten, wie der ältere Herr mit dem schwarzen Schnauzervon der Selbstlosigkeit der weißrussischen Partisanen spricht, von der Größe der weißrussischen Nation, von Helden und Vaterland. Alte Männer mit schweren, goldenen Abzeichen auf der Brust haben Tränen in den Augen. Sie gehen vornübergebeugt. Das sind die letzten Partisanen, lebende Legenden.

Die weißrussischen Partisanen wurden zum Gründungsmythos der weißrussischen Geschichtsschreibung. In dem historisch gesehen beinahe ständig besetzten Land erfüllt die 1965 von Breschnew eingeführte Erinnerungszeremonie an das Ende des Zweiten Weltkrieges mehrere Funktionen. Einerseits soll den Opfern gedacht werden: Wehrmacht und SS ermordeten in Belarus zweieinhalb Millionen Menschen, etwa ein Drittel der Bevölkerung. Belarussische Anhänger:innen des „*unsterblichen Regiments*“ tragen Schilder, auf denen Fotos von verstorbenen Verwandten zu sehen sind. Sie erzählen ihre Geschichten, wo sie gelebt haben und wenn man es weiß, auch, wie sie gestorben sind. In den Wäldern erschossen, in den Dörfern verbrannt, auf den Straßen erfroren.

## Wehrmacht und SS ermordeten ein Drittel der belarussischen Bevölkerung

Vor allem aber wird am 9. Mai die Größe der Belarussischen Nation heraufbeschworen, der Heroismus, die Heimat. Der Sieg über den Faschismus beweist bis heute wie kein anderes historisches Ereignis die Standfestigkeit der Nation. Dabei kommt in Belarus eine Besonderheit hinzu: durch den erfolgreichen bewaffneten Partisanenkampf wurde die weißrussische Sowjetrepublik Gründungsmitglied bei den Vereinten Nationen: Sie fand dadurch überraschend wie selten internationale Anerkennung. Durch den Partisanenmythos schafft es die nationale Geschichtsschreibung, Belarus als ein Volk von Widerstandskämpfern zu darzustellen, schreibt Valentin Anukowitsch in seinem Buch über den Versuch, Weißrussland zu verstehen.



Jakov Kravtshinski

Doch ganz so einfach ist es doch nicht, erklärt Andrej, ein junger Mann, Mitte zwanzig, langes Haar, ausgeleierte Jeans. Er steht am Rande der Menschenmenge, die jetzt russische Lieder singt, tanzt und zwischendurch „Hurra“ brüllt. Er sagt: „*Den Krieg gegen die Nazis haben nicht die Weißrussen gewonnen, sondern wir, die Sowjetmenschen. Heute geht es nicht um Weißrussland, sondern um unsere alte, gute Sowjetrepublik.*“

Wenn es nach ihm ginge, würde er gern in einer Sowjetunion 2.0 leben. Natürlich sei damals nicht alles gut gewesen. Aber es hätte Sicherheiten gegeben, soziale Garantien, Altersvorsorge, Krankenversicherung und bessere Kultureinrichtungen. Heute gäbe es nur Chaos und Arbeitslosigkeit. In Europa lebe man für die europäischen Werte, in den USA für den Kapitalismus, erklärt er. Aber in der Sowjetunion habe man für eine bessere, gerechtere Welt gelebt, man habe vom idealen Staat geträumt. Heute wisse keiner mehr, für was er hier eigentlich lebe. „Wenn ein Weißrusse heute noch träumt, dann davon, ins Ausland zu gehen“, sagt Andrej und fährt sich durch das dünne Haar.

Er selbst hat auch im Ausland gelebt, hat in Norwegen und Kanada Physik studiert. Aber er ist zurückgekehrt, weil er ohne familiäre und kulturelle Wurzeln nicht leben könne. Der 9. Mai mache ihn traurig, denn er erinnere ihn daran, wie stark und mächtig der Sowjetstaat gewesen sei. Vor uns legt ein Mädchen mit Soldatenrock eine rote Nelke auf den Stein vor dem ewigen Siegesfeuer nieder, ein junger Mann in Sportjacke hält ein Schild hoch auf dem Stalin zu sehen ist. Ob das nicht seltsam sei, Stalin zu verehren, wo der doch so viele Menschen umgebracht hat, frage ich Andrej.

Tatsächlich gibt es Schätzungen, denen zufolge Stalin allein in Weißrussland eine Viertelmillion Menschen ermorden lassen hat. Andrej schüttelt den Kopf: „Ohne Stalin hätten wir den Großen Vaterländischen Krieg nie gewonnen“, erklärt er. Und außerdem sei der angeordnete Massenmord durch Stalin eine Lüge, die erfunden worden sei, um der Sowjetunion zu schaden. Sicher sei Stalin nicht nur gut gewesen. Aber er habe eben in schweren Zeiten gelebt, da müsse man manchmal eben auch schwierige Entscheidungen treffen.

Irina Kashtalian von der Geschichtswerkstatt in Minsk sieht das anders. Sie hat ihre Dissertation über den Einfluss der stalinistischen Repressionen im Alltagsleben der belarussischen Gesellschaft während des Krieges geschrieben. „Ich hatte wirklich Probleme, meine Dissertation hier anerkennen zu lassen und zu arbeiten, ich habe deshalb in Berlin promoviert“, sagt die junge Frau.



Irina Kashtalian

Vielerlei Schwierigkeiten gäbe es. Dass der Geheimdienst KGB noch immer denselben Namen trägt wie zu Sowjetzeiten, sei das kleinste Problem. „Wir haben keine Erlaubnis in die Archive zu schauen, wir dürfen keine Promotion zum Repressionsthema schreiben, es ist unglaublich schwer, zu veröffentlichen. Es gibt in Belarus kein Museum zum Holocaust, kein Museum zu den Verbrechen Stalins. Früher gab es mal ein privates, aber das gibt es heute nicht mehr. Einfach so, weg. Das ist ein weiteres Trauma für unsere Gesellschaft, dass die Opfer nicht reden dürfen. Viele Menschen in Belarus haben zwei Traumata: einmal das Leben nach dem Holocaust, nach dem Krieg. Und das andere durch die Repressionen.“ Sie schweigt einen Augenblick, senkt den Kopf und erklärt dann: „Wir haben keine einfache Geschichte und unsere Regierung versucht, unsere Geschichte zu vereinfachen. Sie sagt: wir waren Helden.“

Das ist einfach. Aber Krieg hat so viele unbequeme, unschöne Seiten. Das Wort Holocaust können wir in unseren Geschichtsbüchern nicht finden, Stalins Repressionen sind nicht erwähnt. Ich frage mich: Wer sind diese Helden, von denen sie uns erzählen?“

## Die Regierung sagt: wir waren Helden. Aber Krieg hat viele unschöne Seiten

Seit 2003 leitet sie die Minsker Geschichtswerkstatt, um gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde von Minsk die Erinnerung an das Minsker Ghetto wiederzuerwecken und wachzuhalten. Weil die Einrichtung nicht staatlich anerkannt ist, wird sie von unterschiedlichen europäischen Institutionen gefördert. Dazu besuchen die Mitarbeiter:innen der Geschichtswerkstatt Schulen, fördern Forschungen, organisieren Zeitzeugengespräche, Gedenkfeiern und Stadtführungen durch das Gebiet des ehemaligen Minsker Ghettos. Als wir die Geschichtswerkstatt besuchen, findet gerade ein Zeitzeugengespräch mit Historiker:innen statt. Jakov Kravtschinski erzählt von seiner Kindheit im Ghetto, von den Erschießungskommandos und davon, dass sie sich kleine Erdlöcher gegraben hätten, um sich zu verstecken. Malina, Himbeere, hätten die geheißt.

Und dann versucht er gemeinsam mit den Historiker:innen zu entschlüsseln, wo die Ausgänge des Ghettos gewesen sein könnten. Denn zu Sowjetzeiten ist die Erinnerung an das Getto verdrängt worden. So fehlt noch heute grundsätzliches Wissen zur Anordnung der Gebäude, der Ausgänge und der Lager.

Als wir gehen, frage ich ihn nach seinem schönsten Kindheitserlebnis. Da erzählt er vom 9. Mai 1945. Erst habe es Schüsse gegeben und sie hätten erst wieder Angst gehabt, dann aber seien Menschen auf die Straße gelaufen, hätten gerufen, gejubelt. Einer hätte sein Grammophon heruntergetragen, sowjetische Musik, russische Volkslieder.

Die Fenster wurden geöffnet, die Menschen haben gelacht. Jakov Katvtschinski strahlt.

Am Tag des Sieges geht er nicht auf die Parade zu den Soldaten und zu den Stalinflaggen, sondern zur Jama Grube, wo den Opfern der Nationalsozialisten gedacht wird, den Menschen im Minsker Ghetto, den 60.000 Toten von Maly Trostinez, einem Ort, der sich anders als viele westlicher gelegene Orte nicht eingespeist hat in das kollektive Erinnern an den Holocaust. Einfach, weil möglicherweise keiner überlebt hat und zu Sowjetzeiten nicht darüber geredet wurde.

## Am Tag des Sieges geht er nicht zur Parade, sondern zur Jama-Grube

Auch Irina geht lieber dorthin. Sie möchte am Tag der Befreiung nicht das Militär, nicht die Sowjetunion feiern, sondern sich am Frieden freuen, sagt sie. Dass der Stolz und die Größe der Nation mit dem Krieg assoziiert sei, würde dazu führen, dass die Nachgeborenen den Krieg nicht mehr als Schrecken kennenlernen würden, sondern als einen Grund, stolz zu sein.

Und tatsächlich sagt Andrej, der junge Mann, der in Kanada studiert hat, dass er gern bei der Sowjetarmee gekämpft hätte. Zum Abschied schenkt er mir ein Sankt-Georgs-Band. Das Band wurde 1769 von der Zarin Katharina der Großen eingeführt und ist nach dem in Russland als Großmartyrer verehrten Heiligen Georg benannt.

Die Farben symbolisieren die Farben Feuer und Asche, erklärt mir Andrej. Dass das Band im Krimkrieg und im ukrainischen Donbass von prorussische Separatisten benutzt wird, um ihre Zugehörigkeit zu Russland und ihren Kampf gegen die „Kiewer Faschisten“ zum Ausdruck zu bringen und die Verwendung des Bandes in der Ukraine verboten ist, erklärt er mir nicht. Als wir uns verabschieden, entschuldigt er sich, dass er kein Deutsch kann. Den einzigen deutschen Satz, den er beherrscht, ruft er dann laut. „Bitte nicht schießen.“









Konfrontation zwischen Polizei und Demonstrant:innen am 3. Oktober in Berlin während der „Aktionstage für den Wiederausbruch“

## Vertreter:innen aus der DDR trotz Einladung nicht anwesend Eine Ost-West-Geschichte der Antifa-Bewegung

Von Yves Müller, Hamburg/Berlin<sup>1</sup>

**Als der linke Antirepressionsverein Rote Hilfe e.V. einen Themenschwerpunkt zur westdeutschen „Siegerjustiz“ gegen ehemalige SED- und Stasi-Funktionäre herausbrachte, wandten sich ostdeutsche Basis-Gruppen der bundesweit agierenden Interventionistischen Linken (IL) gegen die einseitige historische Betrachtung. Die Geschichte linker Opposition sei nicht nur als „Geschichte von Westlinken zu begreifen. Wer die oppositionelle Ostlinke vor '89 systematisch ausblendet, macht das aber.“ Das war im Jahr 2016. Dass es in der späten DDR auch Antifa-Gruppen gab, ist heute – selbst in der Linken – fast vergessen. Grund genug, auf die verschüttete deutsch-deutsche Geschichte linker Bewegung zu schauen.**

Zwei Antifabewegungen existierten im vereinigten Deutschland nach 1990. Entstehung, Alltagspraxis, Symbole und Themen hätten unterschiedlicher kaum sein können. In den Nachwendejahren waren die Differenzen mitunter so groß, dass Kontakte abbrachen und Vernetzungsstrukturen parallel existierten. Während die westdeutschen Antifas ihre Ursprünge einerseits bei den Autonomen der 1980er Jahre, andererseits in den K-Gruppen hatten, sah man sich in den Gruppen hinter dem „Antifaschistischen Schutzwall“ als Teil der DDR-Opposition. Zu welchen Widersprüchen hat das zwischen den beiden Antifa-Bewegungen geführt?

### „Antifaschismus von unten“

Um diese Frage zu beantworten, ist zunächst ein Blick auf die Ursprünge auf einen heute weitgehend vergessenen Teil der DDR-Opposition nötig. Spätestens seit 1987 engagierten sich junge Menschen in Potsdam, Halle, Leipzig, Dresden und Ostberlin gegen die erstarkende Neonaziszene im antifaschistischen Staat. Nachdem extrem rechte Skinheads aus der DDR und Westberlin am 17. Oktober 1987 die Besucher:innen eines Punkkonzerts der Band Element of Crime in der Ostberliner Zionskirche angegriffen hatten, wuchs die antifaschistische Gegenwehr. In Samisdat-Zeitschriften wie den Umweltblättern wurde nun auch über rechte Gewalt informiert. Punks in Halle an der Saale zogen in losen Zusammenhängen als „Skinhead-Vernichtungskommando“ durch die Straßen. Weil es in Potsdam ab 1987 immer häufiger zu gewaltsamen Übergriffen auf Punks durch Skinheads kam, schlossen sich einige Linksalternative zu einer der ersten Antifa-Gruppen der DDR zusammen. Der Zirkel avancierte zu einer der bedeutendsten Oppositionsgruppen der „roten“ Bezirksstadt.<sup>2</sup> In der innerkirchlichen Basisgruppe „Kirche von Unten“ (KvU) gründete sich im April 1989 die „Autonome Antifa Berlin (Ost)“. Die jungen Menschen wollten etwas gegen die von Neonazis geplanten Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers unternehmen.

Doch Stasi und FDJ argwöhnten gegen die unabhängigen Zirkel und sahen das eigene Monopol auf den „Antifaschismus“ bedroht. Eberhard Aurich, letzter Vorsitzender der Jugendorganisation, ließ verlauten, dass die FDJ bereits „von Grund auf antifaschistisch“ sei und „alle antifaschistischen Jugendlichen der DDR vertreten“ würde.<sup>3</sup> Tatsächlich basierte der Gründungsmythos der DDR auf dem Gedanken, mit dem Nationalsozialismus endgültig und unwiderruflich gebrochen zu haben, als „Sieger der Geschichte“ aus den Schrecken des Krieges hervorgegangen zu sein und nun ein sozialistisches, eben ein „besseres Deutschland“ aufbauen zu wollen. Das „antifaschistische Narrativ“ habe, so erklärt der Historiker Anson Rabinbach, das kollektive Gedächtnis dirigiert und

zensiert.<sup>4</sup> Ein heroischer Antifaschismus mit seinen Ritualen und Gedenktagen wurde zur Staatsdoktrin. Einen „Antifaschismus von unten“ durfte es nicht geben. So setzten im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) umfangreiche Überwachungsmaßnahmen ein. Antifas wurden bespitzelt, bedroht und erpresst. Dietmar Wolf, selbst Gründungsmitglied der Ostberliner Antifa, schildert den Fall eines Mitglieds, das ins Visier des Geheimdienstes geriet. Nachdem der Jugendliche im Juli 1989 in seinem Betrieb auf neonazistische Umtriebe aufmerksam gemacht hatte, wurden gleich mehrere Informant:innen, im Stasi-Jargon „Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit“, auf ihn angesetzt.<sup>5</sup>

Das Jahr 1990 veränderte auch für die kleine Szene aus Anarchist:innen und Punks alles. Das von ihnen verhasste System brach schneller zusammen, als ihnen lieb sein konnte. Und die Bundesrepublik mit D-Mark und Marlboro-Zigaretten stand schon in den Startlöchern. Die Ostberliner Antifa beteiligte sich immer wieder an linksradikalen Demonstrationen „Gegen großdeutsche Träume“ und den Vater der deutschen Einheit Helmut Kohl. An dem „Wiedervereinigung“ genannten Beitritt der DDR war jedoch nicht mehr zu rütteln. Zugleich wurde die Neonaziszene in der untergehenden DDR immer selbstbewusster. Mit westdeutscher Unterstützung organisierten sich die rechten Skinheads und gründeten noch im Februar 1990 ihre erste Partei, die Nationale Alternative (NA). Als diese in Ostberlin von der Lichtenberger Bezirksverwaltung in der Weitlingstraße ein Gebäude zugewiesen bekam und von hieraus immer häufiger Migrant:innen und alternative Jugendliche angegriffen wurden, sahen sich die Ostberliner Antifas zum Handeln gezwungen. Am 23. Juni 1990 demonstrierten mehrere Tausend Menschen gegen die Neonazis. Dabei kam es zu massiven Ausschreitungen zwischen den zahlreich aus dem Westteil der Stadt angereisten Autonomen und der Ostberliner Volkspolizei. „Kreuzberg in Lichtenberg“, resümierte die Kommentatorin der DDR-Nachrichtensendung Aktuelle Kamera.<sup>7</sup>

## Eine verschränkte Ost-West-Geschichte

Die Lebensrealität in der Spätphase des Realsozialismus und in der Transformationszeit unterschied sich vollkommen von dem Alltag in der autonomen Szene. Die unabhängige Antifabewegung im Osten war anders. Trotzdem ging man in der Antifabewegung im Westen davon aus, dass die ostdeutschen Gruppen Teil derselben „Bewegung“ seien. Wie selbstverständlich betrachteten die Mitgliedsgruppen der 1992 gegründeten Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) die Neuen Bundesländer als ihr Aktionsterrain. Sie nutzten bestehende Kontakte zu Aktivist:innen im „Osten“ und mobilisierten zu Antifademonstrationen in der „Zone“. So befanden sich unter den Teilnehmer:innen einer Demonstration 1992 in Ilmenau auch Vertreter:innen aus Göttingen: *„Für uns war klar, daß wir die Leute in Ilmenau auf ihrer Demo unterstützen werden und fahren hin.“* Man nutzte die Nachbereitung, um in einem Flugblatt zu resümieren: *„Die Demo hat uns Spaß gemacht, wir haben [...] die Aufbruchstimmung in der Ex-DDR genossen.“* Auf dem Faltblatt war auch ein Bild von einem Trabant 601 zu sehen, der zum „Lauti“ umfunktioniert wurde. Bald aber opponierten die ostdeutschen Antifas gegen die Vereinnahmungsversuche, so dass die AA/BO beschloss, *„keine VertreterInnen“* mehr gen „Osten“ zu entsenden, *„zumal dies auch nicht gewünscht ist“*, wie es 1993 in einem AA/BO-Protokoll hieß.

Das Fehlen ostdeutscher Antifa-Gruppen wurde von Beginn an immer wieder bemängelt. Bei einem Antifa-Treffen, das ein Jahr nach der „Wende“ in Frankfurt am Main stattfand, bemerkte man fast vorwurfsvoll, dass *„VertreterInnen aus der DDR [...] trotz Einladung nicht anwesend“* gewesen seien. Als sich im Juli 1992 in Wuppertal maßgeblich auf Betreiben der Göttinger Autonomen Antifa M (AAM) die AA/BO gründete, war nur eine ostdeutsche Gruppe beteiligt. Immer wieder kamen ostdeutsche Antifas zu den bundesweiten Treffen, doch blieb keine ostdeutsche Gruppe der AA/BO länger erhalten.

Dabei verfolgte die AA/BO das Ziel, die Bewegung in den neuen Bundesländern auszubauen, und rief westdeutsche Gruppen auf, *„Patenschaften“* für ostdeutsche Gruppen zu übernehmen. Diese sollten die Entwicklung der westdeutschen Antifabewegung schnell aufholen und sich den inhaltlichen Prämissen anschließen. Für die spezifische Situation der ostdeutschen Gruppen hatte man im Westen wenig Gespür. Die Norm wurde von der westdeutschen Antifabewegung vorgegeben. Durch eine *„Strukturhilfe Ost-West“* sollten die ostdeutschen Gruppen auf Westniveau getrimmt werden. Der so verstandene antifaschistische *„Aufbau Ost“* sollte die junge Bewegung fit machen. Für den politischen Eigensinn von Antifas im Osten hatte man kein Verständnis. Der von der AA/BO propagierte, antiimperialistische *„revolutionäre Antifaschismus“* sprach die oft eher anarchistisch orientierten Ost-Antifas nicht an. Das zeigte sich bereits in der Symbolpolitik: Schon beim Wuppertaler Gründungstreffen wurde darüber diskutiert, ob das heute unwidersprochen mit der *„Szene“* assoziierte Antifalogo für die AA/BO übernommen werden dürfe, könne das Symbol doch aufgrund der *„Vorbelastung im Osten Deutschlands durch die jüngere Geschichte der DDR“* auf Ablehnung stoßen. Rote Fahnen kannten die Kinder des real existierenden Sozialismus nur allzu gut. Aus Gründen konnten sie damit wenig anfangen. Dabei einte die Ost-Antifas ein antistalinistischer Grundkonsens, den es im Westen nicht gab, wo sich so einige trotzkistische, maoistische und gar stalinistische Gruppen in der linksradikalen Szene tummelten.

Waren die Gruppen aus dem Osten den *„Wessis“* etwa nicht wohlgesonnen? Man hatte einfach andere Probleme, die Realität für die West-Antifas sah anders aus. Die mörderische Neonazigewalt im Zuge der Wendezeit forderte immer mehr Opfer. Am 21. November 1992 wurde Silvio Meier von einem Naziskin erstochen. Der junge Antifaschist hatte 1987 das von Neonazis überfallene Konzert in der Zionskirche mitorganisiert und war später in der Hausbesetzer:innenszene aktiv. *„[D]ie Erfahrungen der Menschen in Nazi-Hochburgen oder östlich*

*der Elbe sind andere als die, die man in der Innenstadt Göttingens zu sehen kriegt“*, hatte das Redaktionskollektiv des Westberliner Szenemagazins Antifaschistisches Infoblatt in einer Streitschrift nur Wochen vor Meiers Tod erklärt.

Tatsächlich hatten die ostdeutschen Aktivist:innen eigene Netzwerke aufgebaut, wie beispielsweise ein regelmäßiges *„Osttreffen“*. So organisierten sich ostdeutsche Gruppen lieber autonom. Bei einem dieser *„Osttreffen“*, an dem 1993 unter anderem Gruppen aus Halle, Stendal, Dessau, Weimar, Jena, Ostberlin und Magdeburg teilnahmen, mussten die wenigen anwesenden Antifas aus dem Westen feststellen, *„daß fast alle Gruppen das Wort ‚Organisation‘ wie auch die AA/BO ablehnen, aber an einer Vernetzung interessiert sind. Die anwesenden Ostgruppen wollen sich erstmal selbst vernetzen, ihr eigenes Vokabular bestimmen und sich nicht von Westgruppen diktieren lassen.“*<sup>6</sup>

## Nachwirkungen bis in die Gegenwart

Das *„Osttreffen“* existierte bis 1995. Die AA/BO löste sich 2001 auf. Damit endet die Geschichte. Das ist alles lange her, möchte man meinen. Über das Antifa-Logo mit der roten Fahne regt sich heute auf Demonstrationen niemand mehr auf. Das ist gut so. Doch die Antifabewegung hat ihre sehr unterschiedlichen Ursprünge in Ost und West bis heute kaum aufgearbeitet. Immerhin: Mehr als zwei Jahre später erschien ein Schwerpunktheft der Rote-Hilfe-Zeitung, das sich mit der Repression gegen die linke DDR-Opposition befasste und dabei auch auf die Situation der Ost-Antifas einging.<sup>9</sup>

30 Jahre nach der *„Wende“* kann von zwei Antifabewegungen keine Rede mehr sein. IL und andere Bündnisse werden von Gruppen in Leipzig, Dresden oder Rostock mitgetragen. Besonders in den Universitätsstädten gibt es schon biografisch keine aus *„Ossis“* bestehenden Gruppen. Viele würden sich auch nicht als solche verstehen. Das Stadt-Land-Gefälle hat die Ost-West-Trennung abgelöst, so scheint es. Und trotzdem mag eine Zeitreise zurück zu den Ursprüngen der Ost-Antifa lohnen – für Aktivist:innen ebenso wie für die zeit-historische Forschung. Tatsächlich können wir dieser verschütteten deutsch-deutschen Geschichte linker Bewegung einiges entnehmen über differente Erfahrungshaushalte, verschiedene Sozialisationsbedingungen und unterschiedliche Alltagswelten in Ost und West. Der Blick zurück kann helfen, bis heute bestehende Unterschiede zu verstehen

### Endnoten:

1 Der Text basiert in Teilen auf dem von dem Autor verfassten Aufsatz: Müller, Yves: „VertreterInnen aus der DDR trotz Einladung nicht anwesend“. Über das ambivalente Verhältnis west- und ostdeutscher Antifa-Gruppen am Beispiel der AA/BO 1992 bis 1994, in: Jänicke, Christin/Paul-Siewert, Benjamin (Hg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung, Münster: Westfälisches Dampfboot 2017, S. 61-78.

2 Weiß, Peter Ulrich: Außenseiter der Opposition. Alternative Antifa-Szene und ostdeutsche Demokratiebewegung, in: ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrum für Zeithistorische Forschung 2016, hg. von Frank Bösch und Martin Sabrow, Göttingen: Wallstein Verlag 2016, S. 111-126.

3 Bemühungen der Antifa-Gruppe Berlin in den Räumen der KVV um eine Teilnahme am antifaschistischen Jugendmarsch der FDJ, in: Antifa Infoblatt [Ost], September 1989, S. 17.

4 Rabinbach, Anson: Begriffe aus dem Kalten Krieg. Totalitarismus, Antifaschismus, Genozid, Göttingen: Wallstein Verlag 2009, S. 38.

5 Wolf, Dietmar: Feindlich-negative Antifa? Oder: Vom Missverständnis des staatsoffiziellen Antifaschismus der DDR zum unabhängigen Antifaschismus ihrer letzten Generation, in: Jänicke/Paul-Siewert: 30 Jahre Antifa, S. 22-47, hier: 40 f.

6 telegraph 10, 1989, 20.12.1989; telegraph 6, 1990, 30.3.1990.  
7 Aktuelle Kamera, ausgestrahlt am 23.6.1990, 19.30 Uhr, 3:20 Min., einsehbar unter <https://www.mdr.de/heute-im-osten/projekte/rechtsextremismus/video87684.html>

8 Zitate nach Müller: „VertreterInnen aus der DDR trotz Einladung nicht anwesend“, in: Jänicke/Paul-Siewert: 30 Jahre Antifa.

9 Die Rote Hilfe 42 (4), 2016; Die Rote Hilfe 45 (1), 2019. Zitat nach „Unsere Geschichte nicht bloß als eine Geschichte von Westlinken begreifen“, in: Die Rote Hilfe 43 (1), 2017, S. 9. Einsehbar unter <https://www.rote-hilfe.de/rote-hilfe-zeitung>.



## Critical Westness

### Unsichtbare Normen und (west)deutsche Perspektiven

Von Heiner Schulze, Berlin/Nordhausen

Ostdeutschland ist 30 Jahre nach dem Mauerfall in aller Munde. Nach Jahren weitgehender Unsichtbarkeit ist eine Renaissance des wissenschaftlichen, journalistischen und politischen Blicks auf Ostdeutschland zu verzeichnen. Während dies auf den ersten Blick positiv erscheint und einen Anstoß liefert, um die gesamtdeutsche Vergangenheit in den Blick zu nehmen, bleibt doch ein bitterer Nachgeschmack. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass es hierbei oftmals eher um einen bestimmten Blick auf Ostdeutschland geht: westdeutsch geprägt, aber gleichzeitig allgemein-deutsch erscheinend. Höchste Zeit, die Normsetzung des Westens sichtbar(er) zu machen.

### Critical Westness: ein Scherz?

Anlass für diese Betrachtung bot ein dahin geworfener Scherz: Ich saß mit einer Bekannten in einem schwäbischen Restaurant in Berlin. Wir überlegten, wie eine Ausstellung über queeres Leben in der DDR aussehen könnte. Mir kamen vorherige Gesprächsfetzen über die Jugend meiner Gesprächspartnerin in Süddeutschland in Erinnerung und ich fragte sie, was eigentlich die Motivation für ein solches Projekt wäre, zu dem sie selbst keinerlei biographischen Zugang hätte. Ein persönlicher Zugang ist nicht automatisch auch notwendige Voraussetzung, um sich mit einem Thema beschäftigen zu dürfen oder zu

wollen, aber er stellt dennoch eine gute ‚Erfahrungsressource‘ und potenzielle Quelle von Interesse dar. Im Gespräch fiel auf einmal, ironisch hingeworfen, der Begriff ‚Critical Westness‘ als Motivation, um auch über die Erfahrungen von Menschen anderer Hintergründe zu lernen - in diesem Fall eben über die Erfahrungen von queeren Menschen in der DDR.

Der Begriff blieb hängen. Im Kern thematisiert er die unreflektierte und meist unsichtbare Normsetzung westdeutscher Perspektiven. Gelenkt wird hierdurch der Blick auf die unhinterfragte, westdeutsche Norm im medialen und politischen Diskurs der Bundesrepublik, die als solche aber nie benannt wird. Statt dem Fokus einer (meist) defizitären Perspektive auf den Osten zu folgen, soll der Blick zurück auf den Westen gelenkt werden. Die Wende und der Postsozialismus sind nicht nur eine Sache des Ostens: die Wende, deren Folgen und der Diskurs darüber sind immer auch eine Wende des Westens. Ohne Einbeziehung und Reflexion von Westdeutschland als nicht hinterfragte Norm ist eine ganzheitliche Debatte über Wende und Postsozialismus, ‚den Osten‘ oder Gesamtdeutschland kaum möglich.

### Norm-Kritische Ansätze

Situiert ist das Begriffspaar vor allem in norm-kritischen Ansätzen der letzten Jahrzehnte. Die sprachliche Anlehnung an Critical Whiteness ist augenfällig. Critical Whiteness beschreibt die Auseinandersetzung und Sichtbarmachung der Erfahrungen von Personen, die gesamtgesellschaftlich nicht Gefahr laufen, rassistische Diskriminierung erleben zu müssen. Critical Whiteness lenkt den Blick auf die Normsetzung, in der ‚weiße‘ Erfahrungen und Personen die unsichtbare Norm darstellen, gegen die alles ‚Anderes‘ immer eine Abweichung darstellt.<sup>1</sup> Benannt wird nie die Norm, sondern immer nur das vermeintlich Andere. Bereits seit Jahrzehnten fordern People of Colour auch kritische Selbsthinterfragungen, so beispielsweise die Aktivistinnen von ADEFRA e.V. (Schwarze Frauen in Deutschland). Ebenso knüpft Critical Westness an andere aktivistische und akademische Infragestellungen an, wie etwa die ‚kritische Männlichkeitsforschung‘. In dieser werden Formen von Männlichkeiten hin-

terfragt und ihrer traditionellen Naturalisierung enthoben. Gleichzeitig wird durch die Begutachtung ‚männlicher‘ Geschlechterrollen das meist darin innelegende Ideal thematisiert, welches oftmals nicht einmal für alle Männer\* erreichbar ist.<sup>2</sup> In eine ähnliche Kerbe schlagen die Debatten um Heteronormativität. Hierbei wird die gesellschaftliche Norm von Heterosexualität in den Blick genommen und als eben diese sichtbar gemacht. Auch diese Debatten sind nicht neu – lesbische und schwule Aktivist:innen kämpfen seit Jahrzehnten gegen den Druck heterosexueller Normierung.<sup>3</sup>

### Defizit und Devianz

Schaut man sich den konkreten Fall des Ostens an, wird im Moment der Diskurs um ‚Ostdeutschland‘ oder ‚ostdeutsche Identität‘ bis heute durch zwei Aspekte geprägt. Häufig steht ostdeutsch für ein Defizit: Am sichtbarsten ist das in der pauschalen Verdächtigung als grundlegend rechtsextrem (oder mindestens anfälliger für solche Politik), geradezu als Gegenfolie zum demokratisch gedachten (bzw. gewünschten) Westdeutschland. Auf einer alltäglichen Ebene deutlich wurde das auch in einem 2010 weit diskutierten Fall, als eine Bewerberin auf zurückgesendeten Bewerbungsunterlagen feststellen musste, dass dort handschriftlich ‚Ossi‘ und ein Minus vermerkt waren und die Vermutung nahe lag, dass hier ein pauschalisiertes und defizitäres Ostdeutschenbild zumindest Mitanteil am Misserfolg der Bewerbung hatte (Pfohl 2010).

Auf der anderen Seite werden Ostdeutschland und die Ostdeutschen häufig schlichtweg als ‚deviant‘ gekennzeichnet. Diese Devianz kann dabei sowohl positiv als auch negativ aufgeladen sein. Eine positive Aufladung erfolgt beispielsweise in rechtspopulistischen und rechtsextremen Kreisen. Liest man die Kommentare auf einschlägigen Internetportalen, wird der ‚widerständige‘ Osten heraufbeschworen, der noch die einzige Rettung zur schon verloren geglaubten ‚Mainstreamgesellschaft‘ darstellt. Aber auch andere Medien spielen das Spiel mit und beschreiben die Normabweichung der ostdeutschen Erfahrung. So schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung Anfang 2019 über die fortbestehende

Westdominanz der Eliten und führte den Soziologen Raj Kollmorgen an, der unter anderem „*kulturelle Benachteiligungen*“ (FAZ 2019) als Ursache nannte, bei der sich die Ostdeutschen schwer tun, den Habitus-erwartungen der bestehenden (westdeutschen) Eliten zu entsprechen. Nur wenige Absätze später werden dann die „*zum Teil seltsam klingende[n] Berufe*“ (FAZ 2019) einiger Ostdeutscher beschrieben, beispielsweise der „*Facharbeiter für Plast- und Elastverarbeitung*“. Es stellt sich die Frage: Für wen klingen sie eigentlich seltsam? Die Menschen, die sie in der Vergangenheit selbst gelernt haben und für die das Alltag war, wundern sich vermutlich, wenn ihre Berufsabschlüsse mal so nebenbei für „*seltsam klingend*“ erklärt werden.

## Unterkomplexe Konstruktion und unsichtbare Stabilisierung

In beiden Fällen, in der Konstruktion als Defizit und als Devianz, werden zwei Sachen imaginiert. Zum einen eine ostdeutsche Identität und ein bestimmtes Ostdeutschlandbild, wobei die reale Komplexität des Lebens vor Ort weitgehend negiert und Ambivalenzen ignoriert werden. Zum anderen wird eine unsichtbare (westdeutsche) Norm stabilisiert, die im Vergleich weniger defizitär und schlichtweg als ‚normal‘ gilt. Dort gibt es keine „*seltsam klingenden*“, sondern nur ganz normale Berufe. Wenn ‚Ossi‘ – ähnlich wie ‚*Migrationshintergrund*‘ oder Frau – im Bewerbungsprozess negativ ausgelegt wird, ist gleichzeitig das Bild der Nicht-Ossi (und des Mannes ohne ‚*Migrationshintergrund*‘) im Hinterkopf, das nicht negativ ausgelegt wird. Wenn man stundenlang auf allen Kanälen über den rechtsextremen Osten referieren kann, kann man sich indirekt auch der eigenen Zugehörigkeit zum vermutlich demokratischen Nicht-Osten erfreuen.

## Westdeutsche Inhalte

Gesellschaftliche Debatten sind selbst bei einem (vermeintlichen) Fokus auf Ostdeutschland westdeutsch geprägt. Das ist erkennbar auf verschiedenen Ebenen. Inhaltlich ist die mediale und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Osten oft

auf bestimmte Themen konzentriert. Augenfällig ist die ständige Thematisierung von rechter Ideologie und Rechtsextremismus, von Stasi und Diktatur, welche ohne Frage zentrale Themen darstellen, aber nicht pauschal den Osten beschreiben können.<sup>4</sup> In der kulturellen Auseinandersetzung ist es ähnlich. Welcher der wenigen Filme der letzten Jahre, die sich mit der (Ex-)DDR auseinandergesetzt haben, kommen ohne expliziten Bezug zu Gewalt, Stasi, Diktatur oder Flucht aus? Ein großer Teil der medial geführten Diskussionen über Ostdeutschland beschäftigen sich vor allem mit Themen, die Westdeutsche für entweder typisch ostdeutsch halten oder zumindest mit Ostdeutschland und Ostdeutschen in Verbindung bringen. Erst seit vergleichsweise kurzer Zeit scheint sich langsam ein Gegendiskurs durchzusetzen, der vielfältigeren Erfahrungen Platz einräumt. Diese Gegenbewegung ist dabei stark von einer jüngeren Generation geprägt, die sich mit ihrer eigenen Erfahrung und dem Umbruch im Leben ihrer Eltern auseinandersetzt.<sup>5</sup>

## Nicht ohne uns über uns?

Die Auseinandersetzung mit und über den Osten findet dabei häufig statt, ohne Ostdeutsche selbst einzubeziehen. Die Art und Weise, wie und wer über den Osten redet, fallen stark zusammen. Geredet wird in erster Linie über den Osten aus einer Fremdperspektive. Es gibt einen Zeitungsartikel, ein Radiofeature, einen Fernsehbeitrag über den Osten, aber selten mit ihm. Partizipative Formate finden vergleichsweise selten ihren Raum.

Gleichzeitig spielt eine Rolle, wer redet oder wer potenziell die Möglichkeit dazu hat. Vier Fünftel der Führungspositionen in Ostdeutschland sind bis heute von Westdeutschen besetzt. Die deutsche Medienbranche ist sowohl personell als auch in der Ortsansässigkeit fest in westdeutscher Hand (Kubiak/Fourotan 2018: 96). Auch vermeintlich stark ostdeutsch geprägte und prägende Strukturen sind nicht per se ostdeutsch geleitet. Die *Super Illu*, einst in der Zeit das „*Zentralorgan des Ostens*“ genannt (Staud 2000), wurde 20 Jahre lang von einem Westdeutschen aufgebaut und geleitet. Die Alternative für Deutschland (AfD), welche relativ gesehen

besonders hohen Zuspruch in Ostdeutschland erhält, bildet die politische Stärke im Osten ebenfalls nur bedingt ab. So stammen unter anderem Gründer Bernd Lucke, Frontfrau Alice Weidel sowie die Mehrheit der Landesvorsitzenden in den ostdeutschen Bundesländern aus Westdeutschland. Selbst Björn Höcke als bekanntester AfD-Politiker eines ostdeutschen Bundeslandes ist im Grunde ein ‚*Westimport*‘.

Die Repräsentationslücke macht sich mitunter in der Berichterstattung deutlich und beeinflusst, wer spricht, wie und über was gesprochen wird. Prägnantes Beispiel ist eine Diskussion im Deutschlandfunk Ende August 2018 (DLF 2018a). Angesichts der Ausschreitungen im sächsischen Chemnitz kurz zuvor redeten dort fünf Westdeutsche über (fehlende) Demokratie und Rechtsextremismus. Aus westdeutscher Perspektive wurde hier in einem nicht-partizipativen Format über Sachsen und Rechtsextremismus geredet. Die fehlende Repräsentation fiel noch während der Sendung auf. Es folgten kritische Zuschriften von Hörer:innen. Es schien dem Deutschlandfunk sichtlich peinlich. Knapp eine Woche später wurde eine Folgesendung ausgestrahlt. Thema diesmal: Pauschalisierungen über ‚*die Sachsen*‘. Diesmal mit nur ostdeutschen Diskutant:innen. Der Titel der Sendung? „*Zuhören! Eine sächsische Runde*“ (DLF 2018b).

## Normsetzung und Identitätspolitik

So explizit wie in der Folgesendung des Deutschlandfunks wird allerdings selten thematisiert, wer eigentlich über was redet in Bezug auf Ost- und Westdeutschland. Die Norm, welche die vorangehende Radiosendung überhaupt erst in der Form möglich machte, wird nicht benannt, sondern bleibt unsichtbar.

Die Normsetzung des Westens strukturiert bis heute noch Debatten über Ostdeutschland und die Ostdeutschen. Nur vor dem Hintergrund einer impliziten Norm ist der Diskurs um den Osten als defizitär und/oder deviant überhaupt erst möglich. Inhaltlich schlägt sich das oft in den vorherrschenden Themen wieder, die bei der Diskussion um ‚*Ost*‘ aufgerufen werden. Dominant sind hier vor allem

Themen, die auf stark westdeutsch geprägten Vorstellungen beruhen, was im Sprechen über den Osten relevant und/oder wichtig sei. Wird nun über den Osten gesprochen, passiert das allerdings wenig mit Einbeziehung desselben. Oftmals reden vor allem Westdeutsche und legen ihre Sicht auf den Osten und seine (vermeintlichen) Probleme dar. Ostdeutschland wird so, zumindest diskursiv, vor allem eine Konstruktion, die vom Westen (mit) geprägt wird, oder in Ostdeutschland erst in der Auseinandersetzung und Abgrenzung vom Westen erzeugt wird. Als Ostdeutsche:r muss man sich immer auch gegen das vorherrschende Bild von Ostdeutschland verorten – eine ostdeutsche Identität ohne Auseinandersetzung mit dem Westen und dem vom Westen geprägten Ostbild erscheint schwer möglich. Anders herum hingegen ist das wesentlich einfacher möglich.

Gleichwohl erfüllt die Ostkonstruktion auch eine Funktion. Durch den Osten als defizitäres und deviantes Andere wird das Selbstbild des Westens als nicht bis weniger defizitär gestützt, auch wenn nicht explizit so benannt. Bestimmte Diskussionen können in den Osten externalisiert werden. Rechts-Extremismus wird so nicht als deutsches, sondern als ostdeutsches Phänomen benannt.<sup>6</sup> Mitverantwortung und Mitschuld an gesellschaftlichen Zuständen kann abgewiesen werden. „*Der Westen wird als unbeteiligt an den Entwicklungen im Osten (re) präsentiert*“, wie es Urmila Goel (2010) beschreibt. Die Norm und ihre Nicht-Hinterfragung werden so im Prinzip auch zu einer bestimmten Art von Identitätspolitik, nämlich zu einer unsichtbaren. Eine westdeutsche Identität wird nicht benannt. Stattdessen wird sich als ‚*deutsch*‘ gedacht. Ein nicht einseitig imaginiertes Ostdeutschland findet hier nur beschränkt Platz.

## Reflexion und Perspektiven

Der eingangs eingeführte Critical-Westness-Begriff soll zu einer Thematisierung der impliziten Normsetzung einladen. Es ist notwendig, den Blick zurückzulenken auf die Frage: Wer redet wo, wie über wen und was?



Berlin, Bornholmer Straße am 10. November 1989.

Es ist nicht möglich, über Ostdeutschland zu sprechen, ohne über Westdeutschland zu reden. Notwendig ist immer eine Thematisierung des Gesamtgefüges. Man kann weder Ost, West noch das formal geeinte Deutschland in ihrer Komplexität und mit ihren Ambivalenzen verstehen, wenn nicht über die Entstehungszusammenhänge reflektiert wird, die unsere Vorstellungen von diesen Gebilden und ihren Bewohner:innen prägen. Erst durch diese kritische Reflexion können die vielfältigen Lebensgeschichten innerhalb Deutschlands verstanden, Diskurse durchdrungen und Grundlagen für ein Verständnis realer Differenzen und Gemeinsamkeiten geschaffen werden. Letztere sind dabei wichtig, um als Grundlage für Solidarisierungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen zu dienen. Neben dem Osten muss hier auch der Westen als partikulare Perspektive ins Zentrum gerückt werden. Gleichzeitig muss davor gewarnt werden, Ost und West essenzialistisch-homogenisierend zu verstehen. Es gibt weder den Osten noch den Westen.

Eine derartige Vorstellung könnte der Vielfalt der Erfahrungen und Perspektiven nicht gerecht werden und den Blick auf die Vielschichtigkeit der komplexen Verbindungen untereinander verstellen. Critical Westness wird so, inspiriert von anderen normkritischen Ansätzen, auch zu einem Instrument,

um die Wende der Anderen besser zu verstehen. ‚Die Anderen‘ sind in diesem Zusammenhang der Westen, der aus der Wende nicht unberührt hervorging und sich einfach in ein gemeinsames Deutschland auflöste. Eine bestimmte Vorstellung von Westdeutschland wird immer auch erst durch das komplizierte Verhältnis zu Ostdeutschland stabilisiert. Das muss anerkannt werden, um ein ganzheitliches Bild auf Deutschland möglich zu machen und weiterzuentwickeln. Dieses Anerkennen bietet im Gegenzug dann auch die Möglichkeit, affirmative ost- und westdeutsche Identitäten zu ermöglichen.

Das ist bei weitem nicht der erste Beitrag, der genau das einfordert. Urmila Goel und Sandra Matthäus beispielsweise haben das wiederholt in der Vergangenheit thematisiert und die dahinter liegenden Prozesse analysiert.<sup>7</sup> Dennoch ist es wichtig, sich der Problematik immer wieder anzunehmen. Speziell auch in Zeiten wieder wachsenden Interesses an Ostdeutschland und ostdeutscher Erfahrungen, die vielleicht auch über bisher mögliche Diskussionen hinausweisen wollen, ist es wichtig, sich der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gewahr zu werden und nicht weiter zu verschleiern, wie westdeutsche Perspektiven den Blick auf Ostdeutschland prägen, gleichzeitig aber auch selbst genau durch diesen Akt geprägt werden.

### Endnoten:

- 1 An dieser Stelle sei angemerkt, dass Critical Westness und Critical Whiteness bei weitem nicht gleichgesetzt werden sollen. Während Ostdeutsche in Elitepositionen zwar massiv unterrepräsentiert sind, Lebensbedingungen in Ostdeutschland strukturell eher schlechter sind als der westdeutsche Durchschnitt und auch eine westdeutsche Dominanz im gesellschaftlichen Diskurs und in der Erinnerungskultur zu konstatieren sind, ist Ostdeutsch-Sein bei weitem nicht so gefährlich wie die Erfahrung von Rassismus. Während rassistische Gewalt ein beständiges Problem darstellt, wird kaum eine Person Gefahr laufen, aufgrund ihres Ostdeutsch-Seins verprügelt oder gar ermordet zu werden.
- 2 Raewyn Connell (2005) hat das mit ihrem Konzept der hegemonialen Männlichkeit verdeutlicht, welche als Ideal in einer patriarchal strukturierten Gesellschaft dominiert. Gleichzeitig gibt es andere Formen von Männlichkeiten, welche ambivalenter Positionen im gesellschaftlichen Gefüge haben, aber prinzipiell nichtsdestotrotz von der ‚patriarchalen Dividende‘ profitieren.
- 3 Bereits das Konzept des ‚Coming Out‘ macht diese Normierung sehr deutlich und reproduziert diese: einzig und allein Nicht-Heterosexuelle müssen beständig ihr Coming Out haben und sich erklären. Ein Coming Out zur Heterosexualität würde den meisten Menschen hingegen eher absurd erscheinen. Interessanterweise haben andere normkritische Bewegungen das Konzept des Coming Outs auch auf sich übertragen, um so direkt und indirekt gesellschaftliche Normsetzungen sichtbar zu machen – ein Beispiel liefert hier ‚fat-activism‘ mit seinem ‚Coming Out as Fat‘ (Saguy / Ward 2011).
- 4 Strukturell hat sich die Berichterstattung damit in den letzten Jahren nur bedingt weiterentwickelt. In ihrer Diskursanalyse zur Berichterstattung über Ostdeutsche im ARD-Magazin ‚Kontraste‘ stellt Julia Belke bereits 2009 fest, dass am häufigsten Themen wie ‚rechte Szene‘, ‚DDR-Vergangenheit‘ und ‚Gewalt‘ zu sehen waren (Belke 2009: 150).
- 5 Beispielsweise hier die Dritte Generation Ost, die mit gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Auseinandersetzung auf sich aufmerksam machte und die Generation der 1975 bis 1985 Geborenen in den Blick nahm. Ein Ergebnis war hier u.a. die Veranstaltungsreihe und das Buch ‚Der Osten‘ (Matthäus/ Kubiak: 2015).
- 6 Gleichzeitig werden eigene Defizite, die sich nicht einfach auf den Osten projizieren lassen, nicht diskutiert. So stellten Untersuchungen wie die Heitmeyer-Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit fest, dass Sexismus im Westen stärker verbreitet ist als im Osten (Gessler 2008). Thematisiert wurde das medial kaum.
- 7 Siehe Urmila Goel (2010) und Sandra Matthäus (2018). Letzterer bin ich sehr dankbar für die Zusendung von Literatur und dem Zuspruch, mich überhaupt mit dem Westen als Norm auseinanderzusetzen.

### Literaturverzeichnis:

- Belke, Julia (2009): ‚Das Bild der Ostdeutschen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Eine Diskursanalyse des ARD-Politmagazins KONTRASTE in der Zeit von 1987-2005‘. In: Ahbe, Thomas/Gries, Rainer/Schmale, Wolfgang (Hrsg.): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990. Leipziger Universitätsverlag. S. 135-180.
- Connell, Raewyn (2005): Masculinities. Berkeley: University of California.
- DLF (2018a): ‚Ist der Geist aus der Flasche? Chemnitz und die Lehren für Demokraten.‘ Online: [https://www.deutschlandfunk.de/ist-der-geist-aus-der-flasche-chemnitz-und-die-lehren-fuer.2011.de.html?dram:article\\_id=426672](https://www.deutschlandfunk.de/ist-der-geist-aus-der-flasche-chemnitz-und-die-lehren-fuer.2011.de.html?dram:article_id=426672)
- DLF (2018b): ‚Zuhören! Eine sächsische Runde.‘ Online: [https://www.deutschlandfunk.de/zuhoeren-eine-saechsische-runde.2011.de.html?dram:article\\_id=427254](https://www.deutschlandfunk.de/zuhoeren-eine-saechsische-runde.2011.de.html?dram:article_id=427254)
- FAZ (2018): ‚Warum Ostdeutsche noch immer seltener Karriere machen‘. Online: <https://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/warum-ostdeutsche-noch-immer-seltener-karriere-machen-16029437.html>
- Foroutan, Naika/Kubiak, Daniel (2018): Ausschluss und Abwertung. Was Muslime und Ostdeutsche verbindet. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 7/2018. S. 93-102.
- Gessler, Philipp (2008): ‚Die Ost-West-Kluft‘. Online: <http://www.taz.de/!5171632/>
- Goel, Urmila (2010): ‚Westprivilegien im vereinten Deutschland‘. Online: <http://urmila.de/ostwest/westprivilegien.html>
- Matthäus, Sandra / Kubiak, Daniel (Hrsg.) (2015): Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Matthäus, Sandra (2016): The Value of East German Identity. On the Intersection of Meaning, Affect, and Worth and its Potential in Analyzing >the East<. Paper published at "Deutschlandforschertagung 2016: Children of Transition and War. The ‚Generation of Transformation‘ from a European Perspective“, Universität Wien, 3.-5.11.2016.
- Matthäus, Sandra (2018): ‚Eine postkoloniale symbolische Ordnung? Zum (Nicht-)Sag- und Denkbaren in Bezug auf den Osten (und den Westen). In: Freie Assoziation, 20(2), S. 78-83.
- Pfohl, Manuela (2010): ‚‚Ossis‘ sind auch nur Deutsche‘. Online: <https://www.stern.de/panorama/arbeitsgericht-stuttgart-faellt-urteil-ossis-sind-auch-nur-deutsche-3571328.html>
- Saguy, Abigail C./Ward, Anna (2011): ‚Coming Out as Fat: Rethinking Stigma‘. In: Social Psychology Quarterly, 74(1): S. 53-75.
- Staud, Toralf (2000): ‚Das Zentralorgan des Ostens‘. Online: [https://www.zeit.de/2000/41/Das\\_Zentralorgan\\_des\\_Ostens](https://www.zeit.de/2000/41/Das_Zentralorgan_des_Ostens)



## Ostdeutschlandforschung als Eingeborenenforschung?

### Interview mit Hanna Haag und Daniel Kublak

Fragen von Friedemann Wiese

**Warum Ostdeutschlandforschung eine Generationenfrage ist, wie die eigene Ost-Biografie eine Rolle spielt und warum Ostdeutschlandforschung trotzdem keine Eingeborenenforschung sein darf, darüber haben wir mit Hanna Haag und Daniel Kublak gesprochen. Beide beschäftigen sich in ihrer Forschung seit Langem mit ostspezifischen Themen. Wir blicken auf ihr künftiges gemeinsamen**

**Forschungsvorhaben über die Folgen der Binnenmigration zwischen Ost und West. Das Thema ist wie für beide gemacht: Während Daniel Kubiak den Osten fast nie verlassen hat, bezeichnet sich Hanna Haag provokativ als „westdeutsche Ostdeutschlandforscherin“. Wir trafen beide im April in Dresden am Rande der Tagung „Kolonie Ost? Aspekte von ‚Kolonialisierung‘ in Ostdeutschland seit 1990“.**

**Ost Journal: Wir sind hier auf der Tagung „Kolonie Ost? Aspekte von ‚Kolonialisierung‘ in Ostdeutschland seit 1990“. Welche Punkte nehmt ihr jetzt ganz frisch aus der Tagung mit?**

**Hanna:** Ich frage mich, mit welchem Vergleichshorizont wir den Osten betrachten. Mir ist klargeworden, wie heterogen und plural der Blick auf den Osten ist und wie wichtig es ist, diese Pluralität abzubilden. Vielleicht kann man gar nicht von „dem Osten“ an sich sprechen, sondern von unterschiedlichen Osten, von unterschiedlichen Westen, von unterschiedlichen Wir-Gruppen.

**Daniel:** Ich habe gemerkt, dass der Titel der Tagung ein großes Problem war. Die Diskussion darum, ob die DDR oder Ostdeutschland als *Kolonie* bezeichnet oder die gesellschaftlichen Prozesse als Kolonialisierung beschrieben werden können, hat sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Das Potenzial lag aber eher darin, sich postkoloniale Werkzeuge aus der Theorie zu nehmen, um damit Forschung zu betreiben. Tatsächlich finde ich es auffällig, dass man eine Tagung zur *Kolonialisierung* macht und sich keine Forschenden einlädt, die Standardwerke zu diesem Thema geschrieben haben. Ina Kerner wurde kurz erwähnt. Paula-Irene Villa, Maria do Mar Castro Varela oder Nikita Dhawan zum Beispiel. Andererseits finde es gut, dass auf einer Tagung zum Thema Ostdeutschland alle Redner:innen bis auf Naika Foroutan aus Ostdeutschland stammten.

**Das findest du gut? Warum?**

**Daniel:** Lange Zeit haben Westdeutsche die Ostdeutschlandforschung dominiert. Da verändert sich etwas. Ich fand gut, dass Raj Kollmogen, Paul Kaiser und Michael Hofmann hier sprachen, die aus einer bestimmten Perspektive forschen. Wo ich normalerweise immer das Gefühl habe, die müssen sich erstmal erklären.

**Daniel, du hast bereits Naika Foroutan angesprochen. Sie hat das Forschungsprojekt über die Analogien zwischen Ostdeutschen und Migrant:innen geleitet. Daniel, du hast daran mitgearbeitet.**

**Die Studie wurde schon letztes Jahr sehr populär und entfachte eine große Debatte. Welche Punkte waren für euch die spannendsten?**

**Daniel:** Ich war nur bedingt tätig. Eine Stärke der Studie zu den ost-migrantischen Analogien war, dass darauf geachtet wurde, wie die Leute positioniert sind, die an der Studie mitarbeiten. Dazu gab es im Projektteam auch viele Diskussionen. Da gab es eine Integrations- und Migrationsforscherin, die einen eigenen Migrationshintergrund mitbrachte. Dann mit Frank Kalter und Coşkun Canan zwei quantitative Sozialforscher, die beide von einem westdeutschen Hintergrund die Forschung betrieben. Einer von ihnen, der sozusagen keinen Migrationshintergrund hatte und einer, der sich in seiner Dissertation mit Identitätsfragen und Identitätszuschreibungen bei muslimischen jungen Leuten auseinandergesetzt hatte. Ich habe eine ostdeutsche Perspektive eingebracht. Das Projektteam war tatsächlich sehr groß. Mara Simon und Sabrina Zajak waren noch mit dabei. Die Heterogenität innerhalb des Forschungsteams machte es überhaupt erst möglich, die Frage nach den ost-migrantischen Analogien zu stellen. Die Debatte, die ja auch beim Ost Journal sehr stark diskutiert wurde, hat begonnen noch bevor wir valide Daten hatten. Wir gingen eher davon aus, dass es ein Potenzial gibt und es sich lohnt, die Analogien mal anzugucken. Da wurde relativ schnell gesagt: Warum wollt ihr immer alles gleichmachen? Wir waren viel damit beschäftigt, zu erklären, dass Analogien keine Gleichheit beschreiben, sondern Ähnlichkeiten aufdecken.

Wir haben Analogien gefunden in den Zuschreibungen der Menschen, die in Westdeutschland leben, gegenüber Ostdeutschen und Muslim:innen. Da gibt es ähnliche Zustimmungswerte. Wir haben auch Analogien gefunden in den Abwertungszustimmungen gegenüber Muslim:innen. Ostdeutsche und Westdeutsche hatten dort ähnlich hohe Abwertungszustimmungen. Wir haben aber auch Nicht-Analogien gefunden. Zum Beispiel ist die Abwehr gegenüber Aufstiegen von Muslim:innen sehr viel stärker als gegenüber Ostdeutschen. Rassismus ist eine ganz andere Alltagserfahrung, von der die



meisten Ostdeutschen, wenn sie keine phänotypischen Auffälligkeiten haben, nicht betroffen sind. Eher profitieren die weißen Ostdeutschen von einer rassistischen Gesellschaft. Das haben wir immer mitbedacht.

**Hanna, du hast auch zum Thema gearbeitet und einen Beitrag mit dem Titel „Vertraute Fremde – ein Blick auf die DDR-Transformation als Migration“ veröffentlicht. Dein Fokus liegt auf dem Erinnern.**

**Hanna:** Auf der Konferenz fiel die Metapher von den Orientierungsfallen. Im Zentrum steht die Frage, mit welchem Wissen sich die Menschen in ihrem gegenwärtigen Handeln orientieren. Wenn alles nach Plan läuft, dann muss ich mir wenig Gedanken darüber machen, wer ich bin und woher ich komme. Ich muss meine Werte nicht hinterfragen. Ich kann handeln, wie ich es gewohnt bin. Die äußeren und inneren Rahmenbedingungen stehen in einer relativen Konstanz. Wenn jetzt aber ein Gesellschaftswandel, ein eklatanter Bruch von außen passiert, dann hinterfragen Menschen ihre gewachsenen Wissensstrukturen. Die Ostdeutschen bezeichne ich daher als „*orientierungsmäßig Wandernde*“. Mir war schon klar, dass die Migrationstheorie für die Ostdeutschen vor dem Hintergrund des Wohnortwechsels verbunden mit Sprachproblemen, mit Staatsbürgerschaftsproblematiken und Heimatverlust erst mal nicht zutrifft. Aber wenn man die Brille verschiebt und nicht auf das Bewegungsmoment von außen guckt, sondern das Bewegungsmoment von innen, diesen biografischen Umbruch, der sich darin niederschlägt, dass die Leute mit fremden Deutungen ihrer eigenen Vergangenheit konfrontiert werden, dass sie sich in kulturelle Rahmen einfinden müssen, die nicht ihre sind, die sie nicht erlernt haben, dann lässt sich die Migrationstheorie auf die Ostdeutschen anwenden.

**Daniel:** Ich finde es gut, dass das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) zwei Aspekte im Namen trägt: Integration und Migration. Es gibt die Vorstellung: Jemand migriert von A nach B. Dann ist er in B. Deswegen muss er ein Teil von B werden. Integration bedeutet aber etwas Anderes. Es gibt verschiedene Teile einer Gesellschaft. Das Ziel ist, dass alle Teile der Gesellschaft teilhaben. Dafür muss man nicht unbedingt

migriert sein. Dafür können ganz andere Aspekte eine Rolle spielen. So verstehe ich den Begriff *postmigrantisch*. Wir sollten davon wegkommen zu glauben, dass Integration und Migration unbedingt zusammenhängen müssen. Das sehe ich als einen Vorteil der Studie, die versucht eine mögliche Konfliktlinie abzubauen, indem wir Integrationsfragen diskutieren, ohne dafür zwangsweise Migration zu brauchen. Naika Foroutan hat gestern wunderbar gesagt, dass es scheinbar unproblematisch ist, die dritte Generation der Migrant:innen immer noch auf Integrationsfragen festzulegen und zu gucken, wie die integriert sind, aber es von den Ostdeutschen in Frage gestellt wird, ob das gemacht werden darf.

**Hanna:** Weil hier der gesellschaftliche Impetus ist: Jetzt findet doch mal zusammen! Wir sind doch Bundesbürger:innen! Wir sind doch Gesamtdeutsche! Innerhalb dieses Narrativs vom gewollten Zusammenwachsen darf es kein Ost und West geben. Da darf es auch keine Ost-Identität geben als Selbstzuschreibung. Von außen darf es das vielleicht noch geben, aber nicht das eigenmächtige *„Wir sind aber etwas anderes. Wir gehören nicht zu euch!“* In dieser Integrationslogik gesprochen ist das eine Assimilation, die die Ostdeutschen vollziehen sollten und mussten.

**Integration muss also nicht immer einseitig sein?**

**Daniel:** Genau. Es geht nicht in eine Richtung. Es geht in verschiedene Richtungen. Und es sind verschiedene Aspekte. Integration ist nicht nur kulturelle Integration, sondern auch soziale Integration und strukturelle Integration. Alle Menschen sollten die gleichen Möglichkeiten haben, sich sozial und strukturell integrieren zu können, also die gleichen Jobs machen zu können, die gleiche Bildung genießen zu können. Aber es gibt noch die identifikative Dimension der Integration. Da sollten die Ostdeutschen angesprochen werden, aber auch die Westdeutschen.

Wenn wir Gesellschaft eher nach Klassen angucken, dann reden wir noch mal über etwas ganz anderes. Es gibt die kollektive Umbruchserfahrung der Ostdeutschen. Eine kollektive Erfahrung ist, dass es sehr viel weniger Eigentum gibt, dass es sehr viel weniger Besitz gibt. Die Ostdeutschen haben nichts,

was sie vererben können und die Westdeutschen vererben alle. Dann wird mir aber bewusst, dass es bei mir so ist, dass meine Omas etwas vererben. Die haben Häuser. Häuser, die zu erben jetzt nicht viel wert ist, aber die ich vererbt bekomme, während es sicherlich Leute in Westdeutschland gibt, wo nichts zu erben ist. Das ist also nicht immer Ost-West, aber es kann als ein Aspekt relevant sein. Geschlecht ist auch ein großes Thema. Da haben noch nicht alle die gleiche Teilhabechancen, wenn es um Geschlechtszuschreibungen geht. Das zu weiten und wegzuholen von der Dichotomisierung finde ich ganz gut.

**Hanna:** Eine Sache, die mir heute noch wahnsinnig hängen geblieben ist, ist die Frage, was oder wer eigentlich ost- und westdeutsch ist. Wo fängt das an? Wo hört das auf? Gibt es Grenzen? Gibt es messbare Anhaltspunkte? Meine Mutter stammt aus Plauen in Sachsen. Ich bin in Westdeutschland geboren. Was bin ich jetzt?

**Also ein ostdeutscher Hintergrund.**

**Hanna:** Ja, ich habe einen ostdeutschen Hintergrund. Den schreibe ich mir aber nicht auf die Stirn. Wenn ich sage, dass ich aus Würzburg komme und in Hamburg studiert habe, dann bin ich eine Westdeutsche. Aber was ist eine Westdeutsche und was eine Ostdeutsche? Was ist Ostdeutschland und Westdeutschland? Westdeutschland ist auch nicht dieser wohlhabende Westen, den wir noch vom Wirtschaftswunder im Kopf haben. Das ist eine hochgradig durchmischte Gesellschaft, die nicht auf einen Nenner zu bringen ist. Und genau so wenig der Osten. Deswegen ist es heutzutage naiv, diese beiden Größen einander gegenüber zu stellen.

**Daniel:** Ostdeutsche und Westdeutsche sind die, die sagen, dass sie Ostdeutsche und Westdeutsche sind. Ich würde immer fragen, wie man sich selber beschreibt. In meiner Dissertation habe ich erst dann jemanden mit Migrationshintergrund aufgenommen, wenn er oder sie es von sich aus erwähnt hat. Das habe ich bei den Ostdeutschen und Westdeutschen in dem Fall nicht richtig gemacht, weil ich die kategorisiert habe. Aber ich wollte von denen wissen, wie sie sich überhaupt positionieren. Ich hatte in meinen *Imitation Games* nur nach dem

Geburtsort gefragt. Dann hatte ich den Fall einer Teilnehmerin, die 1990 in Leipzig geboren war. Ihre Eltern zogen 1990 von Westberlin nach Leipzig. Dort ist sie geboren, hat drei bis fünf Jahre dort gewohnt. Dann sind die Eltern wieder nach Westberlin gezogen. Die hatte ich anfangs in meiner Stichprobe als Ostdeutsche drin, weil ihr Geburtsort Leipzig war. Das ist eine total komplizierte Sache. Eigentlich hätte man sie fragen müssen: Wo würdest du dich selber einordnen? Wenn jemand von sich sagt *„Ich bin ostdeutsch“*, dann steht das nicht zur Debatte. Du hast dich heute auch als westdeutsche Ostdeutschlandforscherin vorgestellt.

**Hanna:** Um ein bisschen Benzin ins Feuer zu kippen [lacht].

**Auf eure Selbstzuschreibungen wolltet ihr gerade zu sprechen kommen. Daniel Kubiak beschreibt sich als ostdeutscher Ostdeutschlandforscher. Hanna Haag, du beschreibst dich als westdeutsche Ostdeutschlandforscherin. Warum beschäftigst du dich mit Ostdeutschland? Was sind deine Beweggründe? Spielt deine persönliche Biografie, der persönliche Bezug über deine Mutter, die in Plauen geboren ist, eine Rolle oder gibt es andere Gründe?**

**Hanna:** Ich werde das immer wieder gefragt. Vorhin hat mich ein junger Mann angesprochen und sofort diese Legitimationsfrage aus mir herausgekitzelt: Warum interessierst du dich dafür? Als könnte man sich nicht als Westdeutsche für die ostdeutsche Geschichte und die Entwicklungen in Ostdeutschland interessieren. Das befeuert wieder die Unsichtbarkeit, die in Westdeutschland dem Osten gegenüber vorherrscht. Das kann ich immer nur mit Kopfschütteln quittieren. Das hat sicherlich auch seine Gründe im Biografischen. Meine Mutter hat, glaube ich, wenig Ostdeutschland oder eine DDR-Identität in sich gehabt. Dazu hat sie schon viel zu lang in Westdeutschland gelebt. Aber sie hat da immer so ein bisschen ihre Heimat gesucht. Vielleicht habe ich das unterbewusst in mir als Punkt wahrgenommen, um mich damit auseinandersetzen zu wollen. Die bewusste Ebene ist im ersten oder zweiten Semester meines Studiums gekommen. Ich habe damals noch Volkskunde studiert. Als ich Interviews mit Leuten aus Ostdeutschland geführt

habe, habe ich gemerkt, dass das Themen sind, die ich unheimlich spannend finde: die Umbrüche, die Auseinandersetzung mit dem Biografischen. Das hat sich dann wie ein roter Faden durchgezogen. Schon während der Diplomarbeit fand ich den Blick nach vorne relevant und habe die Frage aufgemacht, was denn mit denjenigen passiert, die nicht mehr die DDR im Rucksack tragen. Diejenigen, die mit einer ganz anderen Gesellschaft aufgewachsen sind und mit ganz anderen Perspektiven darauf blicken. Was ist bei den Nachwendekindern los? Und da haben Daniel und ich unsere gemeinsame Schnittmenge.

**Wie ist das bei dir, Daniel? Wie sind deine Zugänge zum Thema Ostdeutschland gewesen?**

**Daniel:** Ich habe meine Bachelorarbeit zur deutsch-polnischen Erinnerungskultur geschrieben. Tatsächlich ist mein Zugang zu diesem Thema ganz ähnlich. Ich vermute, dass die Familie meines Opas väterlicherseits eine polnische Familie ist, wegen meines polnischen Nachnames, und dass sie dann unter Bismarck germanisiert wurden. Tatsächlich habe ich mich deswegen am Anfang des Studiums für Polen interessiert, obwohl ich kein Polnisch konnte, nie in Polen gelebt habe und auch keine Verwandtschaft oder Freunde in Polen hatte. Bei mir gibt es zwei Narrative, warum ich mich mit dem Thema Ostdeutschland auseinandersetzen wollte. 2009, 20 Jahre nach dem Mauerfall, gab es zwei Talkshows, in denen das Thema Ostdeutschland diskutiert wurde. In diesen Talkshows wurde ganz lange darüber geredet, warum die Ostdeutschen so anders sind, warum sie noch nicht angekommen sind. Das waren vor zehn Jahren klassische Talkshow-Themen. Dann saßen da tatsächlich nur Westdeutsche, außer Wolfgang Thierse. Thierse saß scheinbar für die Quote da. Bei der anderen Talkshow saß Klaus Ernst, ein Linkenpolitiker, der sich noch beschwerte, dass die Talkshow nur von Westdeutschen besetzt sei. Der war selbst für die Partei, die zu der Zeit am stärksten im Osten war, als Westdeutscher hingegangen. Da sprachen also ältere Westdeutsche über ein Thema, was mich hier im Osten, in Ost-Berlin, betrifft. Aber warum reden die darüber?



Dann gab es noch eine andere Talkshow. Es wurde ein Film gemacht über die Frau vom Checkpoint Charlie. Die Frau vom Checkpoint Charlie wurde von Veronica Ferres gespielt. Danach gab es eine Talkshow und die echte *Frau vom Checkpoint Charly* war im Publikum. Aber Veronica Ferres saß in der Talkrunde und redete über diese Erfahrung. Ihr einziger Bezug zur DDR war, dass sie in den 1980ern auf Theaterreise in der DDR war und sich noch erinnern konnte, wie sie in Dresden Leute getroffen hat. Sie sitzt da und redet über die ostdeutsche Erfahrung. Das hat mich total getriggert. Da dachte ich, ok, dann will *ich* lieber weiter darüber reden. Außerdem gab es 2011 den Artikel von Johannes Staemmler über die stumme Generation in der *ZEIT*. Für mich war es eine Generationenfrage. Wir durften nicht aufhören darüber zu reden, weil meine Generation, die in der DDR so gut wie nicht mehr gelebt hatte, noch mal einen anderen, unbelasteten Zugang mit neuen Perspektiven mitbrachte. Das war mir ganz wichtig. Ich wollte dann zunächst deutsch-deutsche Identität beforschen. Dann hat sich aber doch sehr stark dieser Ostdeutschland-Fokus entwickelt.

**Hanna:** Zum Stichwort der Legitimationsgeschichte. Mir fällt mir total auf, dass das so eine Art Rechtfertigung hat. Ich frage mich immer, warum ich mich als



Westdeutsche rechtfertigen muss dafür Interesse zu haben. Das zum einen. Und zweitens, ob ich wirklich die Kompetenz hätte, das zu beforschen. Letzteres ist eher das Nachgelagerte. Das hat, glaube ich, sehr viel mit dem Diskurs zu tun, der in der Öffentlichkeit geführt wird, aber eben auch diese, ich nenne es mal vorsichtig, Exklusividentität in Ostdeutschland: Wir haben diese Erfahrung gemacht und nur wir können dieses Wissen verstehen. Das hat für mich etwas Irritierendes. So wie Eingeborenenforschung. Ich muss erst Teil der Gruppe sein, um die Gruppe verstehen zu können. So verstehe ich Sozialforschung nicht. Ich habe beides gemerkt. In einer Familie hat sich die Großmutter dagegen geäußert mit mir zu sprechen, weil sie meinte, als Westdeutsche könne ich gar kein echtes Interesse an ihr haben. Das war ihr Vorbehalt. Andererseits traf ich eine Familie, die genau mir als außenstehende Beobachterin mehr vertraute, sensibel mit ihren Identitäten und Erzählungen umzugehen. Da war dieses: „Schön, dass sich mal eine Westdeutsche unserer Geschichte nähert.“ Vielleicht gerade deshalb halte ich an diesem Thema fest, weil es mich fesselt und ich nicht sagen will, dass es mich nichts angeht. Es geht mich etwas an.

**Daniel:** Das finde ich einen spannenden Punkt. Ich würde auch nicht denken, dass es ein Problem ist, woher jemand kommt und wozu er oder sie forscht. Sandra [Matthäus] hat das eben in dem Vortrag sehr gut angemahnt: diese Untertheoretisierung. Ist es sinnvoll kollektive Sozialforschung zu machen, um überhaupt besser einsteigen zu können? Das Problem an der Ostdeutschlandforschung war aber ganz lange, dass mit einer westdeutschen Folie vermessen wurde. Einerseits ist der Vorwurf, die Westdeutschen interessieren sich nicht für uns. Aber wenn Westdeutsche forschen, wirft man ihnen das vor. Das ist paradox.

**Hanna:** Es sollte gar kein Thema mehr sein.

**Daniel:** Ich glaube, die Reflexion darüber ist wichtig. Die Reflexion darüber, aus welcher Perspektive man worauf guckt, so wie du es gerade gemacht hast.

**Hanna:** Ich bin jetzt gespannt auf die Dynamiken, wenn ich bald als eine Westdeutsche an einer ostdeutschen Hochschule forschen werde. [lacht]

**Daniel:** Dann musst du immer betonen, dass du nicht aus Görlitz kommst. Ich habe teilweise im ländlichen Raum geforscht. Da passiert genau das Gleiche mit den Städter:innen, die in den ländlichen Raum kommen. Ich wollte mal in ein Dorf ziehen. Da habe ich mir eine Wohnung angeguckt. Vor der Wohnung stand jemand, der gerade sein Auto gewaschen hatte. Der war sehr grummelig. Wir kamen mit unserem Berliner Autokennzeichen. Irgendwann meinte ich, dass meine Großeltern aus der Nähe dieses Dorfes seien und habe mich somit als Lokaler geoutet. In dem Moment war ein Schalter umgelegt. Er wurde heiter und lebhaft: „Ja, guckt euch das mal an. Die Wohnung ist so und so.“ Es verwehrt einem Zugänge. Es ermöglicht einem Zugänge. Man sollte damit umgehen. Das fehlt mir bei ganz vielen Sachen. Das fehlt mir genauso bei der Migrationsforschung, wenn wie hier auf einer

Tagung zu Kolonialität größtenteils weiße Männer einen Vortrag nach dem anderen halten, die sich nicht mit postkolonialen Fragen auseinandergesetzt haben. Es gibt Wissenschaft. Es gibt Methoden. Aber auch der eigene Standpunkt ist wichtig. Es kann nicht sein, dass Migrationsforschung nur von Migrant:innen gemacht wird, aber die haben unter Umständen andere Zugänge zu dieser Lebenswelt, die sich jemand ohne Migrationshintergrund erst schaffen muss.

**Ihr plant jetzt eine gemeinsame Forschung, in der ihr versucht, von den Inseldiskussionen wegzukommen und eure verschiedenen Perspektiven einzubringen. Worum geht es dabei?**

**Daniel:** Wenn es um eine Forschung über Ostdeutschland und Ostdeutsche geht, ist diese Forschung größtenteils in Ostdeutschland. Dann diskutieren wir darüber, wer überhaupt noch ostdeutsch ist. Meistens sind die Ostdeutschen dann die, die noch in Ostdeutschland leben. Aber wir wissen ja, dass viele Ostdeutsche gar nicht mehr in Ostdeutschland wohnen. Zum großen Teil gibt es keine Forschung zu denen, die den geografischen Raum Ostdeutschlands verlassen haben und jetzt in Westdeutschland leben. Was ist mit denen? Was waren deren Biografien? Wie bezeichnen die sich selbst? Was auch eine ganz wichtige Frage ist: Was machen deren Kinder? Man hat zu ganz unterschiedlichen Zeiten die DDR oder Ostdeutschland verlassen. Dann hat man vielleicht Kinder bekommen. Das interessiert uns jetzt. Wir wollen uns die Binnenmigration ansehen zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland.

**Hanna:** Mir fiel gerade auf, dass man der Logik des Ganzen folgend auch diejenigen in den Blick nehmen müsste, die von West nach Ost gegangen sind und wie das dort vonstattengegangen ist. Das ist aber eine Gruppe, die mitunter schon mehr erforscht wurde.

**Daniel:** Das sind die Transfers von Eliten, wo es etwas dazu gibt.

**Hanna:** Ich glaube, dass die binnenmigrierten Ostdeutschen wirklich unterkomplex beforscht, aber hochgradig interessant sind. Gerade vor dieser großen Debatte um die ostdeutsche Identität lohnen die Fragen: Wie weit reicht diese Gruppe? Ist die wirklich an den geografischen Heimat-Erfahrungsraum Ostdeutschland gebunden? Fühle ich mich eher dieser Wir-Gruppe zugehörig, wenn ich Leute um mich herum habe, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben? Was passiert mit diesem Zugehörigkeitsgefühl, wenn ich die Leute nicht mehr um mich habe? Verstärkt es sich, weil ich dann plötzlich mit dem Anders-Sein konfrontiert werde? Oder löst sich das eher auf? Wird das fluide?

**Daniel:** Es gibt für mich einen Anhaltspunkt, den ich aus dem „Dritte Generation Ost“-Netzwerk häufig gehört habe: Dass ganz viele Leute ihr Ostdeutschsein in dem Moment wahrgenommen hatten, nachdem sie zum Studieren in den Westen gegangen sind.

**Hanna:** Das habe ich ganz oft gehört.

**Daniel:** Da wurden sie plötzlich als Ostdeutsche angesprochen und haben auf einmal ein Anders-Sein wahrgenommen. Dort machte sie etwas anders als ihre westdeutschen Kommiliton:innen. Das ist aber nur eine Erzählung. Das ist noch nicht theoretisch und empirisch gefasst.

**Hanna:** Hochspannend wäre es bei der Kohorte, die in Westdeutschland geboren ist. Ob die sich dann immer noch als Ostdeutsche fühlen oder als Ostdeutsche wahrgenommen werden? Oder ob wir hier eine Gruppe haben, wo das keine Relevanz mehr hat, das nicht mitgedacht wird. Und das vor dem Hintergrund der Migrationstheorien. Da gibt es relativ viel Wissen darüber, wie das in der dritten Generation funktioniert, wie dort Identitäten vor dem Hintergrund des Herkunftslandes konstruiert werden. Das ist alles keine Neuigkeit. Nur eben mit Blick auf binnenmigrierte Ostdeutsche ist es lohnenswert.

**Wir sind sehr gespannt. Vielen Dank für das Gespräch.**

## Ost Journal bestellen

Personen: Einzelpreis: 15,- Euro zzgl. Versand  
Jahresabo (zwei Hefte): 25,- Euro inkl. Versand

Institutionen: Jahresabo (pdf): 30,- Euro  
Jahresabo (pdf+print): 45,- Euro inkl. Versand

Jahresabo zum Förderpreis: 45,- Euro inkl. Versand

Das Abonnement gilt aber der aktuellen Ausgabe. Er verlängert sich automatisch um jeweils ein Jahr (zwei Ausgaben). Die Kündigungsfrist beträgt einen Monat vor Ablauf des Abovertrages.

[ost-journal.de/abonnement](http://ost-journal.de/abonnement)

Ausgabe 01.17



Ausgabe 02.17



Ausgabe 03.18



Ausgabe 04.18



Ausgabe 05.19



**JETZT  
ABONNIEREN**

# Privet Germania



Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 erreichte die Übersiedlung der Spätaussiedler:innen nach Deutschland ihren Höhepunkt.

Seit dem sind bis heute fast fünf Millionen sogenannte Russlanddeutsche nach Deutschland zurückgekehrt. Sie gehören damit zu einer der größten Zuwanderungsgruppen in Deutschland.

Fotos von Ira Thiessen













Das Grenzdurchgangslager Friedland. Hier werden alle Spätaussiedler:innen zunächst aufgenommen.

## Das neue Leben

### Ein Roman über die Entwurzelung in den neunziger Jahren

Von Annika Grützer

**Heimat, Integration, Familie. „Das neue Leben“ von Anna Galkina ist eine humorvolle Erzählung über die Kinder der neunziger Jahre. In der Flüchtlingsgeschichte trifft der Osten auf den Westen und umgekehrt.**

*„Mittlerweile kotzen mich alle hier an. Sowohl die Nachbarn als auch meine Familie.“*

Lettland, 1991: Mit der erlassenen Resolution „zur Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Rechte lettischer Bürger und Grundprinzipien der Naturalisierung“ werden auf einen Schlag mehr als 700.000 lettische Einwohner:innen zu Nichtbürger:innen,

die in ihrem Pass die Aufschrift „ALIEN'S PASSPORT“ erhalten. Auch die Familienmitglieder der minderjährigen Nastja fallen unter dieses neue Gesetz und werden durch ihre russische Herkunft zu Staatenlosen. Selbst fast 50 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges gilt die russischsprechende Bevölkerung Lettlands immer noch als die Bevölkerung der Besatzer und wird daher aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Auch Nastja, ihre Mutter und ihr Stiefvater werden von den Nachbarn angefeindet und entschließen sich dazu, Riga den Rücken zu kehren und nach Deutschland auszuwandern. Doch in dem kleinen Städtchen N. in NRW im Nothcim angekommen, realisieren die drei rasch, dass ihre

Heimat nicht so schnell zu ersetzen ist. Zwischen Notunterkunft und Sprachschule, Arbeitsamt und Abendschule, lässt die Autorin Anna Galkina in „Das neue Leben“ (Frankfurter Verlagsanstalt) die Hauptfigur Nastja über mehrere Jahre hinweg von den Problemen in Deutschland erzählen und ein Urteil über ihre neue Heimat fällen:

*„Im Städtchen N. weiß jeder, dass unterschiedliche Glaubensgruppen in verschiedenen Notunterkünften untergebracht werden sollten. Denn Nächstenliebe und Toleranz erstrecken sich meistens nicht auf Fremdartige. [...] Ich habe mir das alles ein wenig anders vorgestellt. Immerhin hieß es, dass wir von der deutschen Regierung im Rahmen eines Spezialabkommens für jüdische Kontingentflüchtlinge ‚eingeladen‘ würden. [...] Als hätte man einen Sechser im Lotto gewonnen. Aber das war von kurzer Dauer. Denn so richtig scheint sich hier keiner über unsere Ankunft zu freuen.“*

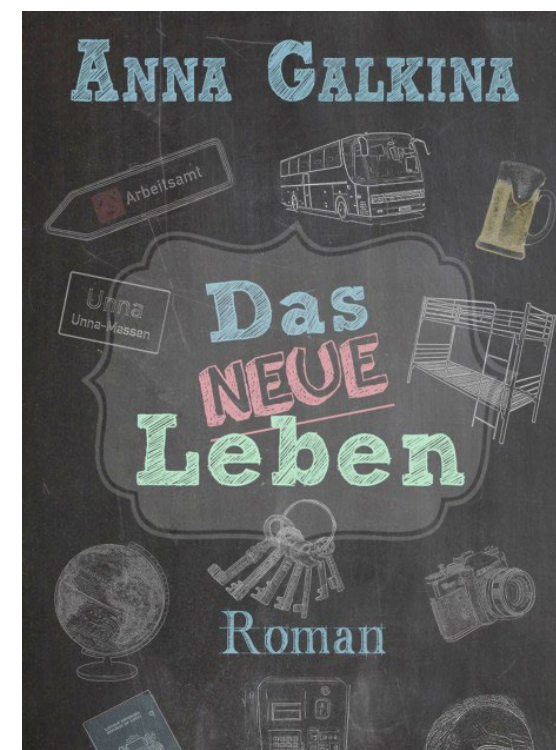
### Nicht mehr in der Sowjetunion, noch nicht in Deutschland

Mehrere Jahre verbringen Nastja und ihre Eltern in der Notunterkunft gemeinsam mit anderen Familien aus der ehemaligen Sowjetunion und Zentralasien. Sie nehmen an Integrations- und Sprachkursen teil, erhalten die dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung und sind dennoch nie wirklich ein Teil der deutschen Gemeinschaft. Die engen Freundschaften und die erste Liebe Nastjas entstehen direkt im Nothcim. Die illustre Runde rund um Nastja und ihre Freunde Grischa und Max wird in „Das neue Leben“ lebendig und mit viel Humor geschildert. Nastja selbst ist eine selbstbewusste und mutige Protagonistin, die trotz ihres Heimwehs mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf ihre Situation blickt. Als junge Stimme haucht Galkina ihren Figuren den nötigen Witz ein, um auch schwierige Situationen zu überstehen. So gibt es für Nastja immer einen Ausweg, beispielsweise, als sie ungewollt schwanger wird oder ihren eigentlichen Berufswunsch auf dem Arbeitsamt nicht bewilligt bekommt.

Nastja blickt nach vorne. Zwar hinterfragt sie immer wieder auch den Wechsel ihres Zuhauses, steht aber als junge Stimme für eine neue Generation interkultureller Frauen und Männer, die sich eine neue Heimat aufbauen. Auch Anna Galkina kam in den neunziger Jahren mit ihrer Familie aus Moskau nach Deutschland und sicher steckt in Nastja auch einiges von der Autorin. Wer deren Vorgeschichte in Moskau lesen will, kann zu Anna Galkinas Debütroman „Das kalte Licht der fernen Sterne“ greifen, der 2006 ebenfalls in der Frankfurter Verlagsanstalt erschienen ist und auf der Hotlist 2016 stand.

Anna Galkina: „Das neue Leben“, 224 Seiten, 20 €, erschienen 2017 in der Frankfurter Verlagsanstalt.

Die Rezension erschien zuerst auf dem Literaturblog Read Ost. Dort finden sich weitere Rezensionen über Literatur aus Mittel- und Osteuropa.





## Republik Armenien im postsowjetischen Vakuum

Von Ani Menua, Berlin

**Wie sieht es aus, das neue Armenien nach der „Samtenen Revolution“? Nachdem die Revolution vor allem gegen die massive Korruption gerichtet war, gilt es jetzt, eine Vision für eine zukünftige Gesellschaft zu entwickeln. Wie sollte diese aussehen und welche Rolle kann dabei die Zivilgesellschaft einnehmen?**

Vom Ausrottungsversuch der Türken zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis zu den stalinistischen Säuberungsmaßnahmen zum Ende des Zweiten Weltkrieges verloren die Armenier:innen zwei Drittel ihrer Bevölkerung. Die Städte und Ortschaften Westarmeniens wurden mit dem türkischen Völkermord umbenannt und in den neuen türkischen Staat integriert. Innerhalb des sowjetischen Armeniens wurde das Trauma des Genozids nur insofern verarbeitet, als dass dieser Verarbeitungsprozess nicht gegen

die entnationalisierte sowjetische Ideologie verstoßen durfte. Die Wende brachte der Republik Armenien 1991 die lang ersehnte Unabhängigkeit als Staat. Welche transformatorischen Prozesse haben in der Republik Armenien seit der Wende 1989 eingesetzt? Und vor welchen Herausforderungen steht die Zivilgesellschaft mit dem Erfolg der Samtenen Revolution unter Nikol Pashinyan?

Mit der Absicht, die Frage von innen heraus zu beantworten, bleibt die konfliktbeladene geo- und außenpolitische Situation Armeniens außer Acht. Dass dieses Vorgehen zumindest im Falle der postsowjetischen Republik Armeniens als zulässig angesehen werden kann, zeigt der Machtwechsel im April 2018.

Die vom Revolutionsführer Nikol Pashinyan deklarierte Samtene Revolution war ausschließlich innenpolitisch motiviert und wurde von externen Mächten wie Russland, den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union ohne Einmischung hingenommen.

### Korruption und Vetternwirtschaft

Der erste Präsident, der 1991 mit der Armenischen Allnationalen Bewegung an die Macht kam, war Levon Ter-Petrosyan. Er regierte bis 1998. Im Volksmund wurde er zu Levon dem Schrecklichen und seine Regierungszeit ging in die Geschichte als die der Kälte und Dunkelheit ein. Seine Politik führte von 1992 bis 1994 zu einem Krieg mit Aserbaidschan und dem bisher anhaltenden Konflikt um Artsakh. Seine Politik versetzte Armenien in eine geopolitische und wirtschaftliche Isolation, weshalb die armenische Bevölkerung über dessen gesamte Regierungszeit unter mittelalterlichen Bedingungen verharren musste: ohne Strom, ohne Heizung und zum Großteil mit Nahrungsmitteln aus eigenen Erzeugnissen. Teile der geschrumpften Bevölkerung, die in Armenien nach den Schreckensereignissen des 20. Jahrhunderts übrig geblieben waren, verließen das Land, wenn sie dazu finanziell und gesundheitlich in der Lage waren. Sie migrierten in Richtung Russland, USA oder Frankreich, wo sich die größten Gemeinden außerhalb Armeniens befinden.

Levon Ter-Petrosyan wurde zwischen 1998 und 2008 durch Neuwahlen vom parteilosen Robert Kocharyan abgelöst. Auf ihn folgte Serzh Sargsyan, der der Republikanischen Partei angehört. Durch die Samtene Revolution im April 2018 wurde Serzh Sargsyan schließlich zum Rücktritt gezwungen. Die Präsidenten R. Kocharyan und S. Sargsyan unterschieden sich von L. Ter-Petrosyan insofern, als dass sie den mittelalterlichen Zustand aus dem Alltag der Menschen beseitigten und Armenien aus der geopolitischen Zwickmühle schrittweise befreiten. Das Land wurde dadurch immer attraktiver für ausländische Investor:innen. Darüber hinaus jedoch entwickelten sie einen gigantischen Korruptionsapparat und eine damit einhergehende Vetternwirtschaft, die ihresgleichen sucht. Die innere Machtstruktur reichte so weit, dass sich vor

allem in den Jahren 2016-2018 praktisch auch die Widerstandsfähigsten korrumpieren ließen, um sich ein regelmäßiges Einkommen für ihre Familie zu sichern. Diese Tyrannei wurde durch ein mit der Stasi vergleichbares Machtinstrument rücksichtslos umgesetzt, das einen enormen psychologischen Schaden innerhalb der Gesellschaft hinterließ. Hierzu zählten etwa willkürliche Anzeigen, aus denen sich die Beschuldigten freikaufen mussten.

### Ein Jahr nach der Samtenen Revolution

Der einstige Oppositions- und Revolutionsführer Nikol Pashinyan bekleidet nach der Samtenen Revolution nun das Amt des Premierministers, der das Regierungshandeln bestimmt. Der ehemalige Journalist kann außenpolitisch überzeugen, zum Beispiel hinsichtlich der gleichwertigen Koexistenz Armeniens zwischen Russland und der Europäischen Union, dessen innenpolitischer Zauber aber sich langsam, aber sicher in Luft auflöst. Zeigt sich Armenien außenpolitisch als eine alte Kulturnation mit einer klaren Haltung zu ihrer historischen Vergangenheit, ist die armenische Gesellschaft im Inneren tief gespalten zwischen arm und reich, Sozialismus und Kapitalismus, sowjetischer Nostalgie und postsowjetischem Realismus, zwischen Frieden und latentem Kriegszustand in Artsakh sowie zwischen der zahlenmäßig überlegenen Diaspora und der kleinen Bevölkerung in Armenien. Diese Spaltung vollzieht sich vertikal und horizontal, durch die gesamte Gesellschaft hindurch, weshalb ein Austausch zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen untereinander nach wie vor kaum möglich ist.

Der größte gemeinsame Nenner, auf den sich die armenische Gesellschaft auf innenpolitischer Ebene einigen konnte, war die kollektive Ablehnung von Korruption und Vetternwirtschaft. Mit der Machtübernahme Pashinyans rückt nun die Frage in den Raum, welche neuen gemeinsamen Forderungen bezüglich des Gemeinwohls die Gesellschaft entwickelt. Damit die armenische Gesellschaft einen allgemeinen politischen Willen formulieren kann, muss sie selbst weiterhin aktiv sein und eine solche



„Wir sind gekommen, um eure Party zu zerstören.“

Willensbildung zu ihrer unumgänglichen Absicht erklären. Das gesamtgesellschaftliche Aktivsein muss dabei Protest und reinen Aktivismus überdauern, damit sich ein wechselseitiges Machtverhältnis zwischen Zivilgesellschaft und dem Staate unter dem Dach der Demokratie einstellen kann. Ganz gleich wie schwer definierbar der Begriff der Zivilgesellschaft aus philosophischer, politikwissenschaftlicher und soziologischer Sicht von Alexis de Tocqueville, John Keane, über Charles Taylor, Andrew Arato und Jean L. Cohen ist, damit auf Armenien dieses Begriffskonglomerat annähernd Anwendung finden kann, bedarf es einer neuen gesamtgesellschaftlichen Diskussionsgrundlage, die über die jüngsten Debatten um die Legalisierung von Drogen und Genderfragen hinausgeht.

Vor allem müsste die Gesellschaft die Sanierung des gesamten maroden Bildungs- und Gesundheitswesens einfordern, weil seit der Wende hier ausschließlich privatwirtschaftliche und wohltätige Investitionen stattfanden. Solche Bereiche wurden dem Wohlwollen einzelner Stiftungen oder NGOs überlassen, worunter Forschung und Wissenschaft leiden. Das gilt es zu ändern. Vereinzelt gibt es zwar beispielhafte Resultate, die aus solchen Initiativen

hervorgegangen sind. Hierzu zählt zum Beispiel das TUMO Center for Creative Technologies in Yerevan, Stepanakert und Gyumri, wo Kinder und Jugendliche bis zu 18 Jahren neben der Schule eine kostenlose, ultramoderne, hoch technologisierte, crossmediale Bildung erhalten und sich an ihren Talenten erproben können. Allerdings sind solche Projekte nicht ausreichend für eine ganze Gesellschaft. Vor allem am Beispiel TUMO ist die Vernachlässigung der staatlichen Verantwortung für das Bildungswesen erkennbar. Nicht zuletzt ist das TUMO Center ein Folgeergebnis der Versäumnisse des Staates. Die wohlhabende armenische Diaspora Armenien hat es vollständig aus eigenen Mitteln umgesetzt. In der Bildungspolitik gelang N. Pashinyan bisher bedauerlicherweise nur die Schließung des Bildungs- und Kultusministeriums in der Zeit des Übergangs des Jahres 2018 auf 2019 mittels eines Eilantrages. Eine Antwort auf die Frage, warum es per Eilantrag geschlossen wurde, bleibt die derzeitige Regierung konsequent schuldig. Die Bevölkerung besänftigt Pashinyan bis heute mit der Erklärung, ein neues und effektives Supraministerium eröffnen zu wollen, das mehrere Institutionen in sich vereinigen soll. Darüber hinaus fehlt auch der derzeitigen Regierung ein innenpolitisches Programm.

## Realität in Armenien

Es darf mit aller Vorsicht festgehalten werden, dass es zwar jüngst einen weiteren Regierungswechsel in Armenien gab. Zu untersuchen wäre, ob diesem tatsächlich eine Revolution vorangegangen ist. Die grob skizzierten Ereignisse seit 1989 lassen zumindest erahnen, dass bei der Republik Armenien formal von einer Demokratie die Sprache sein kann. Das bedeutet aber nicht, dass diese auch wirklich gelebt wird, auch nicht nach April 2018. Ferner verfügt Armenien über eine marode und veraltete Bildungsinfrastruktur, aber dennoch über eine über alle Sphären hinweg sehr gut ausgebildete und gebildete Gesellschaft, die bedauerlicherweise nicht gemeinschaftlich handeln kann.

Die aktive Beteiligung der Gesamtbevölkerung, die die Samtene Revolution und den Machtwechsel erst ermöglichte, zeigt, dass sich zumindest in Ansätzen von einer Zivilgesellschaft im Sinne einer bürgerlichen Gesellschaft sprechen lässt. Doch stößt sie schnell an ihre Grenzen, weil sie gegen die autoritären Entscheidungen des Staates auch jetzt nicht vorgehen kann.

Die Zivilgesellschaft in Armenien kann zwar hier und da Proteste und Aktionen umsetzen, aber auch jetzt keine relevanten Veränderungen initiieren oder einfordern, weshalb sie auf Dauer unwirksam bleiben wird. Dabei müssten Staat und Gesellschaft in Armenien gemeinsam aushandeln, welche Wirtschaftsordnung unter Berücksichtigung der Komplexität der eigenen Geschichte und der demografischen Faktoren sinnvoll wäre. Eine streng sozialmarktwirtschaftliche Ordnung, zum Beispiel, könnte Armenien aus den Fängen des Raubtierkapitalismus der letzten 30 Jahre befreien und echte Rahmenbedingungen für eine funktionierende Gesellschaft schaffen.

Im Zuge des politischen und wirtschaftlichen Chaos des Zerfalls der UdSSR sind zwei Generationen in Korruption und Vetternwirtschaft unter absolut prekären Lebensumständen herangewachsen. Die derzeitige politische Führung steht vor großen Aufgaben und muss tief greifende innergesellschaftliche Strukturveränderungen verantwortungsbewusst umsetzen, damit ein gegenwärtig drohender innenpolitischer Kollaps verhindert werden kann. Wurde dieser Staat bisher fahrlässig wie eine GmbH von Politikern geführt, die die eigenen Bürger:innen in ein Herr-Knecht Verhältnis setzten, die Jahrtausende alte Kulturgüter unwiederbringlich buchstäblich aus pseudoökonomischen Gründen ins Ausland billig verscherten und Humanpotenzial aus dem Lande vertrieben, ist es jetzt an der Zeit, Armenien als eine höchst lebendige und ehrwürdige Gesamtkulturstätte, die weit über das Christentum hinausgeht, einzuordnen, die gepflegt und von jeder neuen Generation erkundet und studiert werden muss, in der kollektive Traumata unzensuriert gesellschaftlich aufgearbeitet werden können, zivilisatorische Errungenschaften nicht in Geld gemessen werden und Menschen schöpferisch für sich, die Gesellschaft und den Staat tätig sein dürfen.



## Diener des Volkes?

### Zur Wahl von Wolodymyr Selenskyj zum ukrainischen Präsidenten

Von Jakob Reuster und Paul Rehfeld, Berlin

**Sie sprachen sich für einen Kandidaten aus, den zwar alle aus dem Fernsehen kannten, von dem jedoch niemand so genau wusste, was er ihnen bescheren würde. Am 31. März 2019 setzte eine Mehrheit von rund 13,5 Millionen Wahlberechtigten (73,22 %) bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen ihr Kreuz hinter den Namen des Politikneulings Wolodymyr Selenskyj. Erklären lässt sich dieser Vertrauensvorschuss mit der jüngsten ukrainischen Geschichte, der Politik seines Vorgängers Petro Poroschenko und der Person und dem Wahlkampf Selenskys.**

#### Ein Blick zurück

Als die Ukraine im August 1991 unabhängig wurde, entstand ein formal demokratischer Staat, dessen Strukturen aber oftmals von Oligarchen zu ihrem eigenen Vorteil ausgenutzt wurden. Diese Geschäftsleute verstanden, dass ihr Vermögen besser geschützt und ausgebaut werden kann, wenn sie Staatsämter bekleideten und Einfluss auf das politische Personal ausübten. Diese Verquickung von politischer und wirtschaftlicher Macht, das Verständnis der jeweils Herrschenden vom Staat als einer Ressource persönlicher Bereicherung und die von Manipulationen bis Einschüchterungen reichenden Strategien zur Machtsicherung waren typisch für den postsowjetischen Raum. Die prägende politische Erfahrung, die ein Großteil der Ukrainer:innen nach

1991 machte, bestand daher in einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber politischen Funktionsträgern: Sie wurden als weitgehend egoistisch, undemokratisch und korrupt wahrgenommen. Diese Unzufriedenheit fand zweimal ihren Ausdruck in massenhaften Straßenprotesten, die zwar einige Verbesserungen erzwingen, den Einfluss der Oligarchen auf die Politik jedoch nicht grundlegend brechen konnten: 2004 erreichte die Orangene Revolution Neuwahlen und brachte den Kandidaten der Opposition ins Präsidentenamt. Zehn Jahre später sorgten die monatelangen blutigen Majdan-Proteste, die in der Ukraine auch als „*Revolution der Würde*“ bezeichnet werden, für eine weitere politische Zäsur und den Abtritt von Präsident Janukowitsch.

#### Enttäuschte Erwartungen

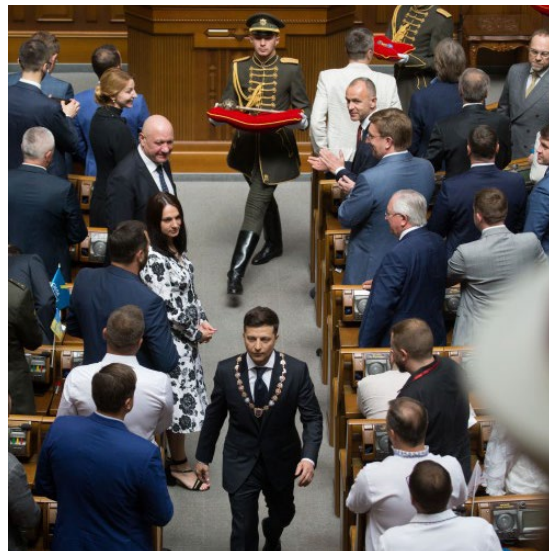
Die erfolgreichen Proteste weckten angesichts politischer und wirtschaftlicher Krisen in einem großen Teil der Bevölkerung Hoffnungen auf tiefgreifende politische Reformen. Sie forderten, den Einfluss der Oligarchen zu beschränken und die allgegenwärtige Korruption zu bekämpfen. Zudem wünschten sie sich eine Annäherung an die EU, wirtschaftlichen Aufschwung und eine Stärkung der Zivilgesellschaft. All diese Erwartungen ruhten nun auf dem neuen, mit deutlicher Mehrheit gewählten Präsidenten Petro Poroschenko.

Seine Präsidentschaft war jedoch von Beginn an einer besonderen Spannung ausgesetzt. Als erster Präsident einer ‚neuen‘ Ukraine war er mit den genannten Erwartungen konfrontiert, gleichzeitig war er als Oligarch und langjähriger Politiker jedoch selbst Teil jenes Systems, gegen das so heftig demonstriert wurde. Seine Unfähigkeit, diese Widersprüche im Laufe seiner Präsidentschaft produktiv aufzuheben, ist sicher ein entscheidender Grund für seine Abwahl. So gab es etwa erfolgversprechende Initiativen bei der Bekämpfung der Korruption, jedoch sah sich das neu eingerichtete Anti-Korruptions-Büro mit Schikanen der Staatsanwaltschaft konfrontiert, sobald die Ermittlungen zu sehr in das Umfeld des Präsidenten getragen wurden.

So verfestigte sich der Eindruck, dass auch Poroschenko nicht entschieden genug gegen die Korruption vorgehe und am Ende auch nur ein typischer Oligarch sei, der sich eher um seine eigenen Geschäfte und seine Macht als um die Belange der Menschen kümmere. Außerdem wurden unter dem Druck der EU weitreichende administrative und strukturelle Reformprogramme in Gang gesetzt, doch diese für die

langfristige Demokratisierung des Landes wichtigen Impulse, etwa die Stärkung der Kommunalpolitik, brachten keine im Alltag spürbaren Verbesserungen des Lebensstandards mit sich. Zu dieser gefühlten Stagnation kam ein zum Teil massiver Anstieg der Lebenshaltungskosten durch Inflation und Teuerung der kommunalen Dienstleistungen, welche insbesondere die große untere Mittelklasse von der Politik ihres Präsidenten entfremdete. Zudem gab es mit dem von Russland am Laufen gehaltenen Krieg im Donbass eine ständige Quelle der Frustration. Der Präsident als Oberster Befehlshaber konnte weder Forderungen nach einem offensiveren Vorgehen noch Wünschen nach einer friedlichen Konfliktlösung gerecht werden.

Insgesamt hat Poroschenko es nicht vermocht, die weit verbreitete Frustration über die politische Elite zu entkräften – im Gegenteil hat sein Scheitern an den sehr hohen Erwartungen der Post-Majdan-Zeit jene sogar verstärkt. Dieses Misstrauen in die etablierte Politik ist ebenfalls an den niedrigen Wahlergebnissen von Julija Tymoschenko ablesbar. Auch wenn diese als scharfe Konkurrentin



von Poroschenko galt und sich als Alternative zu ihm darstellte, wurde sie von den Wähler:innen primär als reiche Geschäftsfrau und ehemalige Premierministerin wahrgenommen – als Angehörige des beargwöhnten Establishments.

## Diener der Wünsche

So war es nicht überraschend, dass Wolodymyr Selenskyjs Wahlkampfstrategie darin bestand, sich als Outsider zu inszenieren, als einfachen Mann aus dem Volk, der seinen Mangel an Expertise durch guten Willen und Aufrichtigkeit mehr als wettmachen wird. Diese Selbstdarstellung fällt zusammen mit der jüngsten Rolle des wohlhabenden Produzenten, Schauspielers und Komikers: in der von ihm selbst produzierten Serie *Sluha Narodu* (Diener des Volkes) spielt er einen einfachen Lehrer, der unverhofft zum Präsidenten der Ukraine gewählt wird und fortan hemdsärmelig und idealistisch gegen Korruption und politischen Opportunismus vorgeht. Unverhohlen und durchaus erfolgreich wurde im Wahlkampf auf eine wechselseitige Identifikation zwischen Selensky und seiner Filmfigur spekuliert.

Nach Bekanntgabe seiner Kandidatur hielt sich Selenskyj mit Interviews, Talkshowauftritten und substantiellen politischen Aussagen zurück und führte seinen Wahlkampf ausschließlich auf dem Feld und mit den Methoden, die er beherrschte. So adressierte er die Öffentlichkeit bevorzugt über die sozialen Medien, wo er professionell produzierte Videos und Photos aus seinem vermeintlichen Alltag teilte. Ebenfalls lief die aktuelle Staffel seiner Serie pünktlich zur heißen Wahlkampfphase im Fernsehen. In einem Land, in dem dieses Medium die Hauptinformationsquelle für die Mehrheit der Bevölkerung darstellt, war das ein entscheidender Faktor. Außerdem tourte seine Komikertruppe *Kwartal 95* durch die gesamte Ukraine, wodurch er seine professionellen Auftritte und den Wahlkampf in unkonventioneller Weise miteinander zu verbinden wusste. Sein Comedy-Programm kennzeichnet eine

Mischung aus simplem, teilweise diskriminierendem Humor und politischer Satire, die ihm die Aura einbrachte, die politische Klasse durchschaut zu haben. Der Erfolg seines Programms mag in dem populistischen Charakter seiner Witze liegen, die es vermochten, im gemeinsamen Lachen den von vielen Menschen erfahrenen sozialen Druck auf bestimmte Personen umzuleiten. Diese für die Ukraine nicht untypische personalisierende Art, Politik zu verstehen, spricht auch aus der impliziten Hauptaussage sowohl der Fernsehserie, als auch seines Wahlkampfs: es gäbe keine strukturellen Probleme im Land, sondern der grundsätzlich intakten ukrainischen Gesellschaft stünde nur ein schlechter Präsident gegenüber, dessen Ablösung durch ihn, Selenskyj, viele Probleme lösen würde.

So arbeitete er sich in einer Art permanentem politischen Aschermittwoch vor allem an seinem Widersacher Petro Poroschenko und dessen Umfeld ab, wobei er geschickt die Sorge vieler Ukrainer:innen vor korrupten und egoistischen Politiker:innen bediente. Sein eigenes Wahlprogramm hingegen bestand lediglich aus vagen Absichtserklärungen. Dass dieses unspezifische Programm ausreichte, spricht dafür, dass es sich zu einem großen Teil um eine Abwahl Poroschenkos handelte.

## Selenskyj als Projektionsfläche

Es wäre jedoch falsch, das Resultat lediglich als naive Protestwahl zu verstehen, viele Wähler:innen haben ein durchaus pragmatisch-instrumentelles Verhältnis zu Selenskyj. Sie sehen ihre Wahlentscheidung als einen Versuch, einen notwendigen Wandel in der politischen Kultur zu initiieren, den sie sich mit etablierten Politiker:innen nicht mehr vorstellen können. So bestand Selenskyjs größter Trumpf paradoxerweise gerade in seiner mangelnden politischen Erfahrung bei gleichzeitiger maximaler Fernsehpopularität.



Das diffuse politische Programm Selenskyjs ermöglichte es den unterschiedlichsten Teilen der ukrainischen Gesellschaft, ihre Interessen repräsentiert zu sehen: Selenskyj war kein Aktivist der Proteste von 2014, ist aber gleichzeitig auch pro-westlich, weshalb er für Bürger:innen mit nahezu gegensätzlichen Ansichten zum Euro-Majdan wählbar war. Der affirmative Bezug auf den Westen bedeutet dabei in erster Linie nicht das Bekenntnis zu abstrakten Werten der liberalen Demokratie, sondern fordert vielmehr bescheidenen Wohlstand und ein halbwegs funktionierendes staatliches System ein.

Gleichzeitig löst Selenskyj die Westorientierung von der national-ukrainischen Identitätspolitik seines Vorgängers. Während Poroschenko die ukrainische Sprache als Faktor der nationalen Einheit beschwor, wählte Selenskyj einen anderen Ansatz: Als Politiker und Präsidentschaftskandidat spricht er die Staatssprache, ukrainisch; als Komiker und Schauspieler

(überwiegend) russisch; seine Posts in den sozialen Medien sind häufig zweisprachig. Die zwanglose Verwendung des Russischen, ohne dabei eine Marginalisierung des Ukrainischen zu befürworten, dürfte der Lebensrealität in der zweisprachigen Ukraine sehr nah kommen und – bewusst oder unbewusst – Sympathien insbesondere bei zweisprachigen oder russischsprachigen Ukrainer:innen hervorgerufen haben. Ein weiterer Aspekt dürfte die Popularität von Selenskyjs Comedyshow sein, die teilweise an sowjetische Traditionen anknüpft. Nostalgische Erinnerungen an lebensweltliche und kulturelle Aspekte des sowjetischen Erbes haben bis heute in der Ukraine einen hohen Stellenwert, auch wenn das politische und ideologische System der UdSSR weitgehend abgelehnt wird. Selenskyjs Versprechen, den ‚europäischen Weg der Ukraine‘ fortzusetzen und seine gleichzeitige Akzeptanz sowjetischer Mentalitätsreste machten ihn daher sicher für eine Vielzahl der Wähler:innen attraktiv.

## Realpolitik statt Fernsehpräsidentschaft

Als Präsident steht Selenskyj nun vor vielfältigen Herausforderungen, denen er nicht im eigenmächtigen Stil seiner Serienfigur begegnen kann. So hängt sein Handlungsspielraum wesentlich von den Machtverhältnissen in der noch zu wählenden Werchowna Rada ab, dem ukrainischen Parlament, in der er eine Mehrheit für seine Politik finden muss. Es gilt zudem eine Partei zu etablieren, Personal- und Postenfragen zu klären und einen glaubhaften Umgang mit den Oligarchen zu finden – nicht zuletzt mit Ihor Kolomojskyj. Der Eigentümer mehrerer TV-Kanäle und ehemalige Besitzer der inzwischen verstaatlichten PrivatBank gilt einigen als der eigentlich mächtige Mann hinter Selenskyj. Dieser betonte jedoch stets seine politische Eigenständigkeit und bestätigte lediglich geschäftliche Beziehungen zu Kolomojskyj. Unabhängig von diesen mit der Person des Präsidenten verbundenen Herausforderungen steht das Land vor einer Vielzahl tief greifender Probleme. Neben der Konfrontation mit Russland seien hier die Staatsschulden, Korruption, steigende Lebenshaltungskosten, die schwache Wirtschaft, Abwanderungen im Millionenbereich und die unklare EU-Beitrittsperspektive genannt. Sein Narrativ, wonach seine mit 73 % sehr deutliche Wahl das Land geeint habe und man diese Probleme nun zusammen angehen könnte, erweist sich bei näherem Hinsehen als Wunschdenken. Zum einen hat eine beachtliche Gruppe von ca. 11,5 Millionen Wahlberechtigten gar nicht gewählt und rund 5 Millionen haben gegen ihn gestimmt. Zum anderen bestand Einigkeit unter den Wähler:innen vor allem über die Abwahl Poroschenkos und die Frustration auf das Establishment, nicht über die nur angedeuteten politischen Ziele und Prinzipien Selenskyjs. Er selbst geht davon aus, dass seine Kritiker ihn erst mit Dreck bewerfen, danach achten und bei seinem Abtritt schließlich weinen würden. Ob es tatsächlich so kommt oder ob er die durch seine Wahl temporär übertünchte Unzufriedenheit schon bald selbst zu spüren bekommt, wenn er die in verschiedenen Lagern geweckten Erwartungen nicht erfüllen kann, wird sich zeigen.



## Zäsur, Umbruch, Kontinuität?

### Die Bedeutung von 1989 im tschechischen Gedächtnis

Von Klaas Anders, Bremen/Hamburg

**Wenn Liberale und Konservative in Tschechien über 1989 reden, meinen sie zwei verschiedene Dinge. Welche Geschichtserzählungen stecken dahinter? Und welche Rolle kann die Chiffre von 1989 dreißig Jahre später im kulturellen Gedächtnis des gesamten Landes einnehmen?**

Das Neujahrfeuerwerk am 1. Januar wurde dieses Jahr anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der „Samtenen Revolution“ zu einem politischen Massenevent. Mit einem Budget von insgesamt 1,7 Millionen tschechischer Kronen orchestrierte die tschechische Hauptstadt Prag ein elfminütiges Feuerwerk, das verschiedene Aspekte der politischen Wende 1989 inszenierte (ČTK 2019). Begleitet wurde das Feuerwerk durch eine textliche und musikalische Untermalung, die über Lautsprecher an zentralen

Orten der Prager Innenstadt abgespielt und über das Radio ausgestrahlt wurde. Zu hören war ein fiktives Gespräch eines Vaters mit seiner Tochter, in dem er ihr den Verlauf der Revolution schilderte. Am Schluss erklärte er ihr, dass westliche Musik verboten war und die Menschen für den Zugang zu dieser Musik kämpften und schlussendlich gewannen. Damit leitete er in das musikalische Programm über, das neben tschechischen „widerstands-romantischen“ Liedern auch die Rolling Stones und die Beatles beinhaltet, die den Kampf um die musikalische und kulturelle Freiheit illustrieren sollten. Das Ereignis zog viele Tschech:innen auf die Straßen Prags und führte zu etlichen Debatten in tschechischen Medien. Während sich konservative Magazine und Zeitungen, die fast ausschließlich dem Konzern MAFRA des tschechischen Oligarchen und gegenwärtigen

Ministerpräsidenten Andrej Babiš gehören, besonders auf die verursachten Kosten des Projekts konzentrierten, berichteten linksliberale Medien über die Erinnerung an die Errungenschaften durch Václav Havel und die Menschenrechtsorganisationen in der Tschechoslowakei (Vgl. Lidové noviny vom 19.12.2018/ČTK 2019). Andere Medien erwähnten die Belastungen für Tiere und Umwelt durch das Feuerwerk. Die Zeitung Haló noviny diskutierte die Rücknahme von sozialstaatlichen Leistungen nach 1989. Sie steht der Komunistická strana Čech a Moravy [Kommunistischen Partei Böhmen und Mährens], kurz KSČM, nahe (Kojzar 2019). Deutlich wird vor allem eines: 30 Jahre nach 1989 bietet die Frage nach der Bewertung des Umbruches und seiner heutigen Inszenierung erheblichen Diskussionsbedarf. Welche Rolle spielt die Chiffre 1989 dreißig Jahre später im Jahr 2019?

Um diese Frage zu beantworten, lohnt ein Blick auf die Genese der kollektiven Erinnerung an 1989 im kulturellen Gedächtnis der Tschechischen Republik. Das kulturelle Gedächtnis lässt sich als Grundpfeiler einer gemeinschaftlichen Identität verstehen, die zentral für die nationale Identitätsstiftung ist (J. Assmann 1997; A. Assmann 2006; Spiritova 2017: 23). Besonders im östlichen Europa ging mit dem Ende des Staatssozialismus ein regelrechter „Erinnerungsboom“ einher (Spiritova 2017: 21ff.). Bei der Analyse dieser Nationalisierungsmechanismen sind Riten, Erinnerungsorte oder zunehmend auch „neuere“ Medien Gegenstand erinnerungswissenschaftlicher Analysen, allerdings hat die Forschung den Bereich der „Populärkultur“ bislang größtenteils ausgespart (Spiritova 2017: 23). Zentral für dieses Forschungsfeld ist das „populäre Gedächtnis“ als eine Spielart kultureller Erinnerung (Spiritova 2013: 181). Dieses „populäre Gedächtnis“ ist im Hinblick auf die Bedeutungen von Masseninszenierungen, beispielsweise von rituellen Gedenktagen, aber auch im Kontext von Rezeptionen der Vergangenheit in multimedialen Formaten wie Literatur, Film, Computerspiele oder Fernsehproduktionen eine hilfreiche Kategorie zur Analyse der Inszenierung nationaler oder nationalisierter Erinnerung, die hier Anwendung finden soll. (Spiritova 2017: 23)

## Die Menschen auf der Straße, Havel auf der Burg: 1989 und seine Folgen

Unter der Chiffre 1989 verbirgt sich meist die Erinnerung an den 17. November 1989, der als Auslöser der „Samtenen Revolution“ gilt. Rückblickend lässt sich allerdings feststellen, dass es bereits in den Wochen vor dem 17. November 1989 in den größeren Städten der sozialistischen Tschechoslowakei immer wieder zu Demonstrationen und Kundgebungen gekommen war. Auch waren Protest und Widerstand keine neuen Phänomene des Zweiten Tschechoslowakischen Staates: 1968 gipfelten Reformbewegungen innerhalb des sozialistischen Machtapparates in den Prager Frühling und schließlich in seiner Niederschlagung durch Truppen der verbündeten Staaten des Warschauer Pakts. In den 1970er- und 1980er-Jahren formierte sich der in der ČSSR fest verankerte kulturell-akademische Dissens in der Menschenrechtsorganisation Charta 77 und publizierte reihenweise subversive Schriften im Samisdat. Ende der 1980er Jahre kam es häufiger zu Protesten von Studierenden, die allerdings meist unabhängig vom „etablierten“ Dissens ihre Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen auf die Straße trugen.

Vor diesem Hintergrund ist es auch am 17. November 1989 zu einer angemeldeten Demonstration zur Erinnerung an den von den deutschen Okkupanten ermordeten Studenten Jan Opletal gekommen. Die Demonstration von Studierenden entschied sich jedoch nicht für die angemeldete Route, sondern zog in Richtung des zentralen Wenzelsplatzes. Kurz vor ihrem Ziel, auf der Nationalstraße, kam es schließlich zu einer gewaltsamen Konfrontation mit den bereitgestellten Polizeikräften. Dieses Ereignis gilt als Startpunkt der Revolution, an deren Ende der ehemalige Dissident und Dramatiker Václav Havel auf die Prager Burg einzog, dem Regierungssitz der Tschechoslowakei. Hier begann eine Reihe von Entwicklungen, die schließlich zu der Transformation der sozialistischen Tschechoslowakei und schlussendlich zur Trennung der tschechischen und slowakischen Republiken führen sollten.

Mit dem Beginn der Transformation stellte sich die Frage, wie man mit den „alten Eliten“ verfahren sollte. Außerdem wurde diskutiert, wie man sich an die einstige sozialistische Republik erinnern sollte. Diese Fragen waren von direkter strafrechtlicher Relevanz. Außerdem betrafen sie die Art und Weise, wie die post-sozialistische Gesellschaft in den neuen Staat integriert werden sollte (Fehr 2008: 85). Dieser Kampf zwischen liberalen und konservativen Kräften, der in den 1990er-Jahren um das Erbe des 20. Jahrhunderts und seine Erinnerung entbrannte, prägt bis heute die Deutungen der Chiffre 1989 (Fehr 2008: 85, Hoffmann 2008: 181).

## „Der dritte Weg ist der schnellste Weg in die dritte Welt“?

Auf der neoliberal, konservativen Seite vertraten Václav Klaus und seine Partei Občanská demokratická strana [Demokratische Bürgerpartei], kurz ODS, einen „strategischen Antikommunismus“ (nach Birgit Hofmann 2008: 180), der sich besonders in einem Punkt von dem Geschichtsbild Havels und seinem „moralischen Antikommunismus“ unterschied: Für die Konservativen war die ČSSR kein Abschnitt einer längeren tschechoslowakischen oder tschechischen Geschichte, sondern eine Leerstelle dieser Geschichte. Der Sozialismus galt nicht als eine genuine Erfahrung der Tschech:innen, womit beispielsweise auch nicht das Reformpotenzial des Prager Frühlings einen konstruktiven Aspekt der tschechischen Identifikation hätte ausmachen können (Hofmann 2008: 181). Diese Deutung propagieren konservative Akteur:innen bis heute: So antwortet Vaclav Klaus etwa in einem Interview mit der Wiener Zeitung vom 16.03.2019 auf die Frage nach einer Kontinuität von 1968 zu 1989: „Die Samtene Revolution von 1989 war ein richtiger Bruch, das war die Liquidation der Ideen des Prager Frühlings, die auf eine Reform des Kommunismus und den dritten Weg [...] abzielten. 1989 wählten wir den ersten Weg: Kapitalismus und freie Marktwirtschaft. Ich war sechs Wochen nach der Samtenen Revolutionen zum ersten Mal beim Weltwirtschaftsforum in Davos und wurde dort nach dem dritten Weg befragt. Und meine Antwort lautete: Der dritte Weg ist der schnellste Weg in die dritte Welt.“ (Huhold 2019)

Deutlich wird hier die enorme Ablehnung, mit der Klaus dem „Experiment“ des Prager Frühlings gegenübersteht. Allerdings ist diesem Narrativ eine – eben auch strategische – Ablehnung der ersten nicht-sozialistischen Regierung der Tschechoslowakei nach 1989 unter Vaclav Havel immanent, da dieser von Klaus und seiner Partei als „Reformkommunist“ deklariert wurde. Durch diese Ablehnung konservativer und marktliberaler Kräfte begründete sich die Durchsetzung einer Deutung der tschechischen Erfahrungen im 20. Jahrhundert als „totalitär“, die mit der Exklusion der ambivalenten und vielschichtigen Erfahrungen innerhalb des Staatssozialismus einherging und diese auf diesen einzigen Begriff verkürzte. Diese Deutung des „Totalitarismus“ ist bis in die Gegenwart hinein ein in der Tschechischen Republik sehr beliebtes Analysemodell. Dabei umfasst der Begriff sowohl die Teilung und Okkupation durch die deutschen Besatzer:innen im „Protektorat Böhmen und Mähren“ als auch die Epoche der sozialistischen Tschechoslowakei. Beispiele für die Erinnerungspolitischen Konsequenzen dieses Narratives sind etwa das 2002 eingeweihte zentrale Denkmal für die Opfer des Kommunismus oder das Ústav pro studium totalitních režimů [Institut für das Studium totalitärer Regime], kurz ÚSTR, das 2007 die Arbeit aufnahm (Hoffmann 2008: 176; Blaive 2010). Das ÚSTR ist das einzige Institut in der Tschechischen Republik, das sich mit der Erforschung der Geschichte des Sozialismus beschäftigt. Gleichzeitig ist es jedoch, wie der Name bereits zum Inhalt hat, mit der Untersuchung und Aufklärung „beider“ Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts betraut (Blaive 2010). Dieser Universalismus des „Totalitären“ impliziert für die Chiffre 1989 eine politische Zäsur und einen „neuen“ Anfang der tschechischen Geschichte. Die einzige Kontinuität, die durch diese Deutung zugelassen wird, sieht man im Erbe der Ersten Republik von 1918.

## Weißt du noch, damals auf der Nationalstraße?

Während Vaclav Klaus und die neoliberalen Kräfte den Sozialismus als Fremdherrschaft und gescheitertes Experiment betrachten, versuchte Havel die Erfahrungen der Tschech:innen im Sozialismus in den neuen Staat einzubeziehen. Dabei bezogen sich Havel und seine Regierung positiv auf die Reformbewegungen des Prager Frühlings. Für Havel waren der Prager Frühling und die folgende Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten prägende Ereignisse: In der Nacht zum 21. August marschierten die Truppen des Warschauer Pakts über verschiedene Grenzen in die Tschechoslowakei ein. Auch durch die Stadt Liberec nahe der Grenze zur DDR rollten in dieser Nacht die schweren Ketten der Panzer der „sozialistischen Bruderstaaten“. Havel war durch einen Zufall selbst vor Ort, da er wenige Tage zuvor auf Einladung befreundeter Künstler:innen nach Liberec gekommen war. Er kommentierte von dort aus den Einmarsch im tschechoslowakischen Radio und gab Handlungsanleitungen an die Bevölkerung:

„Dieses Land lässt sich nicht dadurch retten, dass Dubček geopfert wird. Die einzige Chance unseres Landes besteht im Gegenteil nur und allein in der bedingungslosen und konsequenten Unterstützung von Dubček. [...] Wer ein Amt aus anderen Händen als aus jenen des Volkes durch reguläre Wahlen annimmt, ist ein Verräter Dubčeks und des Landes.“ (zitiert nach Mládková 2013)

Die Personalie Alexander Dubček, dem ehemaligen Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei von 1963 bis 1968 steht symbolisch für den Prager Frühling und sein gewaltsames Ende. Nachdem Dubček 1969 als Verantwortlicher für die „Konterrevolution“ in Moskau zur Rechenschaft gezogen und zu erheblichen Zugeständnissen gegenüber Moskau gebracht wurde, verschwand er aus dem politischen Leben der Tschechoslowakei (Mládková 2012). Während der „Samtenen Revolution“ wurden die Rufe nach Dubček buchstäblich wieder laut, denn die Studierenden auf der Straße forderten seinen erneuten Einzug auf die

Prager Burg. Schließlich zog dort jedoch Havel ein. Der „Reformkommunist“ Dubček wurde allerdings 1989 unter Havel rehabilitiert und als Vorsitzender des föderalen tschechoslowakischen Parlamentes eingesetzt. In der öffentlichen Wahrnehmung machte Dubček den Weg für Havel frei. An diesem Beispiel wird die ideelle und personelle Verflechtung von 1968 und 1989 sehr deutlich: Havel versuchte, an die Reformbewegungen der 60er anzuknüpfen und ihr „Erbe“ im neuen Staat zu erhalten.

Retrospektiv lässt sich allerdings feststellen, dass sich der Bezug auf die Erfahrungen des Staatssozialismus im „neuen“ Staat nicht durchsetzen konnte. Dies lässt sich in der mangelnden Wirkmächtigkeit des dissidentischen Erbes in der Tschechischen Republik begründen: Es gelangt nicht, aus dem akademischen und elitären Dissens ein umfassendes „nationales“ Integrationsparadigma zu generieren, da es große Teile der Gesellschaft nicht inkludieren konnte (Spiritova 2017: 19). Das ideale Vakuum, das Havel und seine Freund:innen der Charta 77 nicht durchdringen konnten, füllte die Deutung des „Totalitären“. Allerdings verschwand die Rezeption des Prager Frühlings nicht vollends aus dem Diskurs.

Ein Beispiel hierfür stellt der Roman *Národní třída* von Jaroslav Rudiš dar. Der Schriftsteller, Dramatiker und Drehbuchautor Rudiš beschreibt hier die Geschichte des ehemaligen Polizisten Vandam, eines Schlägertyps und selbstbezeichneten „Europäer“, der sich als eine Art Archetyp des „Wendeverlierers“ interpretieren lässt. Vandam, der sich selbst nach dem Actionstar Jean Claude van Damme benannt hat, trinkt und schlägt sich gerne in einer Kneipe in der Prager Nordstadt und erinnert sich immer wieder zusammen mit seinen Freund:innen an die Geschehnisse auf der Nationalstraße. Dort habe er den ersten Schlag abgeben: Vandam, der Polizist, auf seinen Bruder, der ihm in den Reihen der Demonstrant:innen gegenüber stand. Es sei nur eine „Rauferei unter Brüdern“ gewesen, die schließlich zur Revolution führen sollte. In seiner Geschichte beschreibt Rudiš immer wieder Motive der Erinnerung seiner Protagonist:innen an 1989 und die Nationalstraße:



„Und einer fragt: Was meinst du mit Nationalstraße? Froster sagt: Dort hat Vandam es doch losgetreten. Und ein anderer sagt: Unten in der Stadt sag ich, auf der Nationalstraße. Damals im November 1989. Und der andere lacht abschätzig: Dort sind wir doch alle gewesen, oder? Wir alle haben es losgetreten. Und Froster sagt: vielleicht sind alle da gewesen, Vandam aber ganz bestimmt. Unser Vandam hat es losgetreten.“ (Rudiš 2015: 62.)

*Národní třída* stellt einen Beitrag zum „populären Gedächtnis“ der tschechischen Gesellschaft dar. Es ist ein Aspekt des Gedächtnisses eines bestimmten Teils der Gesellschaft. Rudiš schreibt aus der Perspektive eines liberalen und intellektuellen Erinnerungsmilieus. Er bezeichnet sich selbst als „Havelisten“ und greift damit einen Schmähbegriff der politischen Rechten auf, geprägt unter anderem durch Václav Klaus (Rudiš 2016). Rudiš Texten ist meist eine bestimmte Sicht auf die „Samtene Revolution“ und ihre Akteur:innen immanent, die für einen Teil der Gesellschaft charakteristisch ist. Dies wird in *Národní třída* deutlich:

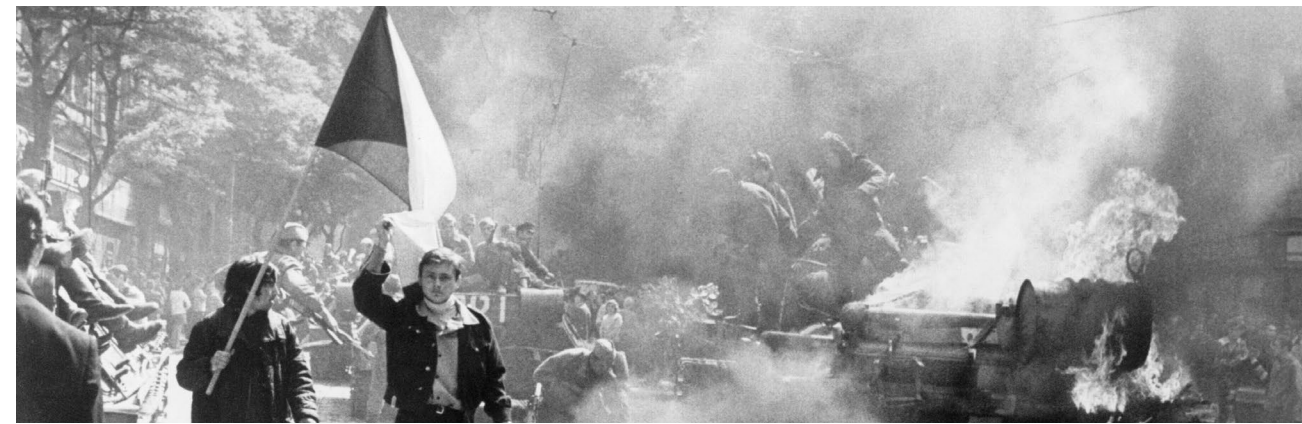
„Darauf stoßen wir an. Und noch einer sagt: Auf die samtene Revolution. Und ein anderer sagt: Auf Havel. Und ein anderer sagt: Auf die Freiheit. Und ein anderer sagt: Auf Wahrheit und Liebe, die über Lüge und Hass triumphieren.“ (Rudiš 2015: 64)

Rudiš lässt seine Charaktere auf die Freiheit und die Revolution anstoßen. Mehr noch zitieren sie Havel und damit eines der Leitmotive der „Samtenen Revolution“. Ob in Kneipen der Prager Nordstadt wirklich gegenwärtig auf Havel und die Revolution angestoßen wird, bleibt zwar fraglich, in *Národní třída* geht dieses Narrativ jedoch auf. Es verdeutlicht die Bedeutung der Chiffre 1989 für die tschechische Literatur, für Rudiš und für andere liberale Literat:innen. *Národní třída* zeigt, dass der Erinnerungsort 1989 in Teilen der Gesellschaft sehr präsent ist.

## Ausblick

„Modlitba, Holé ruce, Jednota, Zakázané ovocem a Svoboda“ [Gebet, bloße Hände, Einheit, verbotene Frucht und Freiheit] wurden die verschiedenen Ab-

schnitte dieses Feuerwerks am Anfang dieses Jahres genannt, die jeweils Etappen auf den Weg zur Revolution verdeutlichen sollten (ČTK 2019). Diese sehr aufgeladenen Begriffe passen zum Eindruck, den dieses Event hinterlässt: Nach und nach entstehen gewaltige Bilder am Himmel, die vom narrativen Kontext der Erzählung von Vater zu Tochter eingerahmt das Bild einer Katharsis zeichnen, deren Zenit durch das Einsetzen der Musik der Rolling Stones und Beatles erreicht wird. Am Ende der Revolution stand die Freiheit der Nation. Das Narrativ, das hier bemüht wird, ist eine Inszenierung des Nationalen im „populären Gedächtnis“ (Spiritova 2017: 21ff.). Aber um den Umbruch als Identifikationsfigur nutzen zu können, muss zwingend eine andere Frage beantwortet werden: Was war davor? War die sozialistische Tschechoslowakei eine fremde Okkupation, ein fehlgeleitetes Experiment? Ist sie Teil der tschechischen und slowakischen Geschichte oder ist sie das Ausbleiben von Geschichte? Diese unterschiedlichen Sichtweisen deuten darauf hin, dass sich die „Samtene Revolution“ bisher nicht für ein gemeinsames tschechisches Erbe und damit als Nationalisierungsmechanismus eignet. Die Chiffre 1989 stellt allerdings bis heute eine Projektionsfläche für verschiedene, gesellschaftliche Debatten dar. Die Besonderheit der Erinnerung an 1989 liegt auch darin begründet, dass es sich um eine „Erinnerung von unten“ handelt und nicht um eine herrschaftstragende Masseninszenierung (Spiritova 2016: 176). So wurde das Feuerwerk zu Beginn des Jahres von der Stadt Prag und nicht von der tschechischen Regierung konzipiert und finanziert. Für das diesjährige Erinnerungsjahr, in dem die „Samtene Revolution“ immer wieder Thema sein wird, hat die tschechische Regierung zwar einen Kostenplan von circa 55 Millionen Kronen vorgelegt, das ist aber vergleichsweise wenig im Vergleich zu den Erinnerungsfeierlichkeiten im letzten Jahr. 2018 wurde an die hundertjährige Staatsgründung der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918 und dem 50. Jahrestag der deutschen Okkupation 1948 erinnert. Hierfür stellte die Regierung 400 Millionen Kronen zur Verfügung (Lothar 2019). In dieser Relation wird deutlich, dass die Chiffre 1989 zwar eine wichtige Zäsur für die tschechische Erinnerung darstellt, sie jedoch von anderen Erinnerungsparadigmen weit überschattet wird.



### Literaturverzeichnis:

- Assmann, Aleida: „Funktionsgedächtnis und Speichergedächtnis – Zwei Modi der Erinnerung.“ In: Platt, Kristin/Dabag, Mihran (Hrsg.), Generation und Gedächtnis. Erinnerungen und kollektive Identitäten. Opladen: Springer 1995, S. 169-185.
- Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München: C.H.Beck 2006.
- Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: C.H.Beck 1997.
- Blaive, Muriel: „The 1989 Revolution as a Non-Lieu de Memoire in the Czech Republic.“ In: Gjuríčová, Adéla (Hg.): Elektronický sborník z konference 1989-2009: Společnost. Dějiny. Politika. [Elektronischer Konferenzband 1989-2009: Gesellschaft. Geschichte. Politik], Prag: Heinrich-Böll-Stiftung 2009, online: [https://cz.boell.org/sites/default/files/downloads/http\\_\\_\\_oldmail.otoman\(1\).pdf](https://cz.boell.org/sites/default/files/downloads/http___oldmail.otoman(1).pdf), (Stand: 01.03.2019).
- Fehr, Helmut: „Lustration und Vergangenheitspolitik in der Tschechischen Republik.“ In: Großbötling, Thomas/Hofmann, Dirk (Hg.): Vergangenheit in der Gegenwart. Vom Umgang mit Diktaturerfahrungen in Ost- und Westeuropa. Göttingen: Wallstein 2008, S. 83-90.
- Hofmann, Birgitt: „Prager Frühling und Samtene Revolution: Narrative des Realsozialismus in der tschechischen nationalen Identitätskonstruktion.“ In: Fritz, Regine/Sachse, Carola/Wolfrum, Edgar (Hg.): Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa. Göttingen: Wallstein 2008, S.171-192.
- Huhold, Klaus: „Václav Klaus: 1989 war Liquidation des Prager Frühlings.“ Wiener Zeitung, 16.03.2019, online: [https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/201710-1989-war-liquidation-des-Prager-Fruelings.html?em\\_cnt\\_page=1](https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/201710-1989-war-liquidation-des-Prager-Fruelings.html?em_cnt_page=1), (Stand:18.03.2019).
- Lothar, Martin: Regierung will 2019 für Staatsfeiern 55 Millionen Kronen ausgeben, Radio Prag, 27.01.2019, online: <https://www.radio.cz/de/rubrik/nachrichten/regierung-will-2019-fuer-staatsfeiern-55-millionen-kronen-ausgeben>, (Stand:10.03.2019).
- Mládková, Jitka: Aufnahme gefunden: Havel kommentiert den Einmarsch 1968 im Radio, Radio Praha vom 31.08.2013, online: <https://www.radio.cz/de/rubrik/geschichte/aufnahme-gefunden-havel-kommentiert-den-einmarsch-1968-im-radio>, (Stand: 18.04.2019)

- Mládková, Jitka: Samtene Revolution 1989: das politische Comeback von Dubček, Radio Praha vom 17.11.2012, online: <https://www.radio.cz/de/rubrik/geschichte/samtene-revolution-1989-das-politische-comeback-von-dubcek>, (Stand: 18.04.2019)
- Pražský novoroční ohňostroj připomene sametovou revoluci. Magistrát za něj zaplatí 1,7 milionu korun Zdroj [Das Prager Neujahrsfeuerwerk wird an die Samtene Revolution erinnern. Die Gemeinde wird dafür 1,7 Millionen Kronen zahlen], Artikel in Lidové noviny, 19.12.2018, online: [https://www.lidovky.cz/domov/prazsky-novorocni-ohnostroj-pripomene-sametovou-revoluci-magistrat-za-nej-zaplati-1-7-milionu-koron.A181219\\_120223\\_In\\_domov\\_blv](https://www.lidovky.cz/domov/prazsky-novorocni-ohnostroj-pripomene-sametovou-revoluci-magistrat-za-nej-zaplati-1-7-milionu-koron.A181219_120223_In_domov_blv), (Stand:10.03.2019).
- Pražský novoroční ohňostroj připomněl sametovou revoluci [Das Feuerwerk des Prager Neujahrs erinnerte an die Samtene Revolution], ČTK, 01.01.2019, online: <https://www.ceskenoviny.cz/zpravy/prazsky-novorocni-ohnostroj-pripomnel-sametovou-revoluci/1701001>, (Stand:10.03.2019).
- Rudiš, Jaroslav: „Bier, Rock 'n' Roll und Václav Havel“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.12.2016.
- Rudiš, Jaroslav: Národní třída. Praha: Labyrinth 2013. [Deutsche Übersetzung von Eva Profusová: Nationalstraße. München: Luchterhand 2015.]
- Spiritova, Marketa: „Performing the Nation. Inszenierung des Nationalen in der Populären Kultur.“ In: Götz, Irene/Roth, Klaus/Spiritova, Marketa (Hg.): Neuer Nationalismus im östlichen Europa. Kulturwissenschaftliche Perspektiven. Bielefeld: Transcript 2017, S. 17-37.
- Spiritova, Marketa: „Das Jubiläum als Event. Die ‚Samtene Revolution‘ in der populären Erinnerungskultur.“ In: Radonic, Ljiljana/Uhl, Heidemarie (Hg.): Gedächtnis im 21. Jahrhundert. Zur Neuverhandlung eines kulturwissenschaftlichen Leitbegriffs. Bielefeld: Transcript 2016, S. 159-182.
- Spiritova, Marketa: „Gedenkfeiern zwischen Geschichtspolitik und Streetparty. Das ‚populäre Gedächtnis‘ als Forschungsparadigma in der Populärkulturforschung.“ In: Bareither, Christoph/Maase, Kaspar/Nast, Mirjam (Hg.): Unterhaltung und Vergnügen. Beiträge der Europäischen Ethnologie zur Populärkulturforschung. Mit einem Vorwort von Hermann Bausinger. Würzburg: Königshausen & Neumann 2013, S. 118-132.
- Spiritova, Marketa: „Performing Memories. Erinnerungspraktiken zwischen Geschichtspolitik und Populärkultur am Beispiel Tschechiens.“ In: Zeitschrift für Volkskunde, 1 (2014), S. 91-111.



## Zonenkinder begehren auf

### Für unteilbare Solidarität!

Von Anna Stiede, Berlin/Reggio Emilia

**30 Jahre nach dem kurzen Herbst der Utopie im Osten ist es Zeit, die verschütt' gegangenen Geschichten eines Systemzusammenbruchs hervorzuholen.**

Ab Sommer '89 nahmen für einige Monate viele Menschen im Osten ihr Geschick selbst in die Hand. Sie wollten raus aus der kleinbürgerlichen Enge des DDR-Miefs. Sie wollten die Gesellschaft umbauen und in einen undogmatischen Sozialismus von unten verwandeln. Es kam zu Selbstorganisationen in Fabriken und Schulen. Gegen die Treuhandabwicklungen

folgten Fabrikbesetzungen. In Bischofferode kam es sogar 1993 zu einem Hungerstreik. All jene Geschichten werden in der hiesigen Geschichtsschreibung nicht erzählt, weil diese von einer westdeutschen Sicht geprägt ist.

Für mich als Ostlerin, und ich weiß, ich bin damit nicht allein, gab es stets etwas Uneindeutiges in meiner Sozialisation, weil alles, womit ich als Kind und Jugendliche seit der Schulzeit geprägt wurde, nach BRD-Maßstab ausgerichtet war. Das passte oft nicht zu dem, was ich in meiner Familie und meinem

sozialen Umfeld wahrnahm. Für uns Zonenkinder, die diesen Systemzusammenbruch und die darauffolgende schwarz-rot-goldene Transformation erlebten, gab es keinerlei Bezugspersonen, egal ob Familienmitglieder, Lehrkräfte, Kindergärtnerinnen oder andere, die uns in diesen wirren Zeiten Erklärungen liefern konnten für die Geschehnisse und vor allem die Folgen des sozialen Kahlschlags und der unmittelbaren Abwertung des Ostens. Das Land, in dem wir geboren wurden, ist von der Landkarte gestrichen worden. Es wird heute so getan, als könne die Existenz dieses anderen Landes mit einem grundlegend anderen Wirtschaftssystem einfach vergessen werden. Da passiert es schon mal, dass das Bundesinnenministerium die „Wiedervereinigung“ verpennt, was schon eine Komik sondergleichen ist.

### Westler:innen: hört zu!

Dass wir jetzt beginnen Fragen zu stellen, uns selbstbewusst Gehör verschaffen, das Zuhören der Westler:innen einklagen, all das ist dem geschuldet, dass wir in ein westliches Demokratiesystem hinein gezwungen wurden, welches auf der Abwertung unserer Lebenserfahrungen und -verhältnisse beruht. So wie die 68er die familiären Verstrickungen in Faschismus und NS bearbeiteten oder sich die Kinder und Jugendlichen der migrantischen Gastarbeiter:innen der BRD Ende der 1990er Jahre begannen zu organisieren, so beginnen jetzt auch wir die gesellschaftlich notwendigen Fragen zu stellen. Es ist höchste Zeit, dass wir Ostler:innen Geschichte schreiben. Wir können und sollten unseren Erfahrungsschatz, unsere Erinnerungen, die DDR in uns wertschätzen und uns der Scham und Unsicherheit entledigen, die uns Kohl, Treuhand und die D-Mark aufgezwungen haben.

In den gängigen (Geschichts)Erzählungen fehlt, dass eine gewaltige Krisensituation in den 90er Jahren im Osten eine enorme Reservearmee an arbeitslosen Arbeitskräften freisetzte, das Wissen hochqualifizierter Arbeitskräfte massiv entwertet und soziale Infrastruktur von einem auf den anderen Tag privatisiert wurde. Zugleich profitierte die BRD von jenen Arbeitskräften und verleibte das Volkseigentum der

DDR dem bundesrepublikanischen freien Markt ein. In sämtlichen gesellschaftlichen Institutionen in Rechtsprechung, Wissenschaft, Verwaltung, Polizei oder Militär sind „Ostdeutsche in entscheidenden Positionen bis heute kaum anzutreffen“ (Hähnig/Machowecz/Schönian 2018). Gerade mal 1,7 % der Führungskräfte in der deutschen Wirtschaft haben – 30 Jahre nach der sogenannten „Wiedervereinigung“ – einen ostdeutschen Hintergrund. Den Chef der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger veranlasst das, um von einem „kulturellen Kolonialismus“ durch westdeutsche Dominanz zu sprechen. Frappierend auch wie in der BRD eisern konservative Rollenbilder beispielsweise durch das Ehegattensplitting aufrecht erhalten werden und dabei mehr Westfamilien im Gegensatz zu Ostfamilien profitieren: Das westdeutsche Alleinverdienermodell, welches steuerlich durch das Ehegattensplitting begünstigt wird, ist in ostdeutschen Familien schon allein deswegen viel weniger real, weil die Löhne viel niedriger sind und Erwerbstätigkeit notwendig ist, um eine Familie zu ernähren. „Von den etwa 22 Milliarden Euro, die der Staat Jahr für Jahr fürs Ehegattensplitting verteilt, gehen 93 Prozent in den Westen“ (Cichy 2019). Bis heute profitiert der Westen in Zeiten großer Weltwirtschaftskrisen von der Deklassierung des Ostens, was die massiven Demokratie- und Männlichkeitskrisen noch vertieft. Deswegen ist es an der Zeit für eine kollektive und in die Zukunft gerichtete Aufarbeitung der Osterfahrung. Wir werden damit brechen, uns als Ostler:innen immer zuerst rechtfertigen zu müssen, uns zwischen einer Verteidigung oder Ablehnung der DDR entscheiden zu müssen, bevor man uns möglicherweise zuhört. Die DDR ist passé, wir aber nicht. Und die DDR klebt an uns dran, ob wir es wollen oder nicht.

### Die Hoffnung stirbt zuletzt

Meine 1990er und 00er Jahre im Osten waren grau, angespannt und gewaltvoll. Für meine Erfahrungen gab es keine Erklärungen in den Geschichtsbüchern oder im Fernsehen. Im Geschichtsunterricht kam das Thema nicht vor. Erst jetzt verstehe ich, dass der Moment, als ich zu den Wenigen aus meinem Dorf gehörte, die die nächsten Jahre in die größere



Stadt fahren sollten, um das Gymnasium zu besuchen, jener Moment war, in dem ich erstmals selbst eine Rolle bei der Einrichtung der westdeutschen Klassengesellschaft zugeteilt bekam. Wir Kinder wurden getrennt: in potenzielle Aufsteiger:innen und in subalterne Abgehängte. Überall breitete sich Arbeitslosigkeit aus. Vor allem die ostdeutschen Männer stürzten in eine tiefe Krise, die sich oft in Aggressivität und Hass entlud. Was Manja Präkels in „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“ mit den immer größer werdenden Gorilla-Fascho-Banden beschreibt, die Gewalt und Totschlag mit sich brachten, ist keine Fiktion. So sah das ostdeutsche Hinterland in den 90er Jahren aus, so war der Alltag für uns, die dort bunt, unangepasst und Fragen stellend ihre Jugend verlebten. Die Angst war ein ständiger Begleiter. Heute, 30 Jahre nach '89, dürfen der Osten und dessen Geschichtsschreibung nicht den rechten Kräften überlassen werden, da es zu viele solidarische Zellen im Osten gibt, die wertvolle und

hilfreiche Erfahrungen einer Gesellschaft in der Krise in sich tragen. Als Ostfrau bin ich zwangsläufig von dem Wissen geprägt, dass ich ökonomisch unabhängig von Männern leben kann. Was sich Frauen im Westen mühsam erkämpften, war den Frauen in der DDR selbstverständlicher und staatlicherseits gegeben. Die Frauenbiografien in meiner Familie und Umfeld unterscheiden sich von jenen meiner Freundinnen aus dem Westen. Beispielhaft ist der Frauenkampftag am 8. März. Wer im Westen politisch engagiert ist, weiß schon länger, dass dies ein wichtiger feministischer Tag ist, doch im Alltagsverstand setzt sich dieser bedeutsame Tag nur langsam durch.

Was gibt es sonst noch aus dem Osten zu lernen? Dass politische Systeme nicht in Stein gemeißelt sind, sondern auch brüchig; dass die nachbarschaftliche Hilfe eine Bereicherung für alle sein kann; dass sich Häuser, Betriebe, Gesellschaft von unten gestalten

lassen, durch die Bildung basisdemokratischer Räte. Der kurze Herbst der Utopie '89 hinterlässt die Erkenntnis, wie hilfreich künstlerische Subversion sein kann; dass Basisgewerkschaften eine Alternative zu dem eingefahrenen westdeutschen (damals wie heute überwiegend männlich geprägten) Gewerkschaftsmodell sein können; dass sich Frauen unabhängig, wie in der Gründung des Unabhängigen Frauenverbandes, zusammenschließen können; dass Menschen ihr Geschick selbst in die Hand nehmen können und solidarisch wirtschaften und Gesellschaft und Politik gestalten können. Um nun der sozialen Ungleichheit, die den Osten seit 30 Jahren abwerten und Hetze und Hass vertiefen, ein Ende zu bereiten, muss endlich Schluss sein mit den Lohnunterschieden bei gleicher Arbeit, die noch anhalten zwischen der Arbeiter:in im Osten zur Kolleg:in im Westen. Die Leute im Osten haben das gleiche Recht, weniger Zeit erwerbstätig sein zu müssen und den gleichen Lebensstandard wie ihre Brüder und Schwestern im Westen erleben zu können. Es wird Zeit, uns als Menschen, die im Osten aufgewachsen sind, zuzuhören und damit gemeinsam zu ermächtigen, uns einzumischen. In einem offenen Palast der Republik 2019 heißt es endlich, ein transnationales Sprechen, Zuhören, Ansehen, Berühren zwischen Ost und West zu trainieren.

## Den solidarischen Osten stärken und gemeinsam lernen

Stets wurden Frauen\* für Empathie- und Kommunikationsarbeit in die Verantwortung genommen: Es ist auch dem Widerstand der ostdeutschen Arbeiterinnen zu verdanken, dass feministische Errungenschaften in der BRD seit den 1990ern weiter durchgesetzt werden konnten: weil Westfrauen von Ostfrauen lernen konnten, was Selbstbestimmung und ökonomische Unabhängigkeit angeht, aber auch umgekehrt. Von meinen Westfreundinnen lerne ich zum Beispiel beständig, das in der DDR sozialisierte Produktivitäts- und Leistungsprinzip abzutrainieren. Durch die Auseinandersetzung mit meinen Ostfreundinnen Renate Hürtgen und Judith Braband (2018) weiß ich, dass genau dieser Arbeits- und Leistungsimperativ der DDR kritisch zu hinterfragen ist und es sich diesem zu widersetzen gilt.

Dabei handelt sich um eine tendenzielle Leerstelle in der DDR-Oppositionsbewegung, weil auch diese eine überwiegend patriarchale Bewegung war. Wir können viel voneinander lernen, wenn wir unsere Biografien als Sozialgeschichte ernst nehmen. Gemeinsam können wir durch Schmerz und Differenzen lernen, unteilbare Solidarität zu gestalten. Ähnlich der Losung des oppositionellen Herbst '89 aus Leipzig nach „*einem offenen Land mit freien Menschen*“, so gilt es heute „*Für eine offene Welt, mit Brücken statt Mauern und mit freien Menschen*“ einzutreten, denn es gibt nur diese eine offene Welt, der lebendigen Menschen, die wir nur gemeinsam erleben und gestalten können. In diesem Sinne: Für einen solidarischen Aufbruch Ost!

### Literaturverzeichnis:

Anne Hähmig, Anne / Machowecz, Martin / Schönian, Valerie (2018): Bleibt alles anders, wie es ist? ZEIT im Osten Nr. 25/2018, 14. Juni 2018, online: <https://www.zeit.de/2018/25/ost-west-unterschiede-gehaelter-demografie-ernaehrung-wirtschaft/komplettansicht>.

Cichy, Christiane (2019): Ehegattensplitting: Warum Alleinerziehende vors Bundesverfassungsgericht ziehen, plusminus vom 20.03.2019, online: <https://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/ehegatten-splitting-als-nachteil-fuer-alleinerziehende-100.html>.

Braband, Judith / Hürtgen, Renate (2018): „Ich will nach wie vor eine Revolution“, Interview von Anna Stiede, Jungle World vom 20.12.2018, online: <https://jungle.world/artikel/2018/51/ich-will-nach-wie-vor-eine-revolution>.

# Autor:innenverzeichnis

## Klaas Anders

studiert im Master Osteuropastudien an der Universität Hamburg. Zurzeit arbeitet er als Assistenz im Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg. Er interessiert sich besonders für die Geschichte des Postsozialismus sowie für Erinnerungs- und Gedächtnistheorie.

## Pablo Dominguez Andersen

ist Kulturhistoriker und Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der postmigrantischen Initiative DeutschPlus. Seine Promotion an der HU Berlin schloss er 2013 mit einer Dissertation zum postkolonialen Starkino zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus ab. Er schreibt zu Popkultur, Migration, Rassismus und Geschlecht.

## Charlotte Gneuss

1992 geboren, lernte Buchbinden, studierte Soziale Arbeit, arbeitete in Asylbewerberheimen und am Theater. Nach mehreren Forschungsaufenthalten im postsowjetischen Raum, studiert sie derzeit am deutschen Literaturinstitut Leipzig. Div. Veröffentlichungen in Zeitschriften und Magazinen, Teilnehmerin der Schreibwerkstatt Jürgen Pronto, redaktionelle Leitung des Inhaftiertenmagazins „Aufschluss“ der JVA Torgau, Leipzig und Waldheim.

## Annika Grützner

studierte Kulturwissenschaften, Literaturwissenschaft und Kulturgeschichte in Frankfurt (Oder) und Budapest. Zusammen mit der Kultur- und Literaturwissenschaftlerin Irine Beridze gründete sie 2017 den Blog Read Ost. Dort schreiben sie über mittel- und osteuropäische Literatur und Kultur. Sie ist Redaktionsmitglied beim Ost Journal.

## Elisa Gutsche

ist in Pirna bei Dresden geboren und aufgewachsen. Sie hat Rechtswissenschaften und Politikwissenschaft in Heidelberg, Köln und Berlin studiert. Seit mehreren Jahren engagiert sie sich in der Dritten Generation Ost und hat im letzten Jahr die Studie *Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right* herausgegeben.

## Hanna Haag

wurde 1982 in Würzburg geboren und arbeitet derzeit als Soziologin an der Hochschule Zittau/ Görlitz. In ihrer Arbeit beschäftigt sie sich mit dem Erinnern in Zeiten gesellschaftlichen Wandels. Zuletzt veröffentlichte sie ihre Dissertation zur Tradierung von DDR- und Wende-Erfahrungen in ostdeutschen Familien.

## Jette Helberg

wurde 1998 in Kassel geboren. Sie studiert in Leipzig Geschichte und ist seit September 2018 bei Aufbruch Ost aktiv.

## Daniel Kubiak

wurde 1982 in Ostberlin geboren und arbeitet heute als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuletzt schrieb er seine Dissertation zur Identitätsbildung und Othring von jungen Ostdeutschen. Außerdem hat er diverse Artikel veröffentlicht und einen Sammelband zum Thema mitherausgegeben.

## Stefan Kunath

promoviert an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) über die migrations- und europapolitischen Konflikte innerhalb der Linkspartei. Das Promotionsvorhaben wird gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Chefredakteur beim Ost Journal. Seit neustem ist er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt (Oder).

## Leo Mausbach

lebt und arbeitet in Warschau. Er hat in Berlin, Breslau, Frankfurt (Oder) und Posen studiert. Sein Interessenschwerpunkt liegt auf den deutsch-polnischen Beziehungen. Zudem ist er Koordinator des Osteuropa-Netzwerks der Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung.

## Ani Menua

1983 in Jerevan/Armenien geboren, ist Philosophin und Schriftstellerin aus Berlin. Das Studium der Philosophie, Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft und Slavischer Philologie absolvierte sie an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz. Im Rahmen Deutsch-Armenischer Studien in Berlin erschien 2018 die von ihr angefertigte deutsche Erstübersetzung der altarmenischen Schrift „Kommentar zu Aristoteles' Analytik“ des Philosophen David Anhacht bei Logos Verlag Berlin. 2019 veröffentlichte Ani Menua das Lyrik- und Prosaband „Lost and Found“ bei Kocmoc Publishing Space Berlin.

## Yves Müller

ist in Ostberlin geboren und aufgewachsen. Er studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Gender Studies in Berlin und promoviert an der Universität Hamburg mit einer Arbeit zur nationalsozialistischen „Sturmabteilung“ (SA) im Zweiten Weltkrieg. Derzeit ist er Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

## David Pinzer

hat Philosophie, Geschichte und Kunstgeschichte studiert. Mittlerweile ist er freiberuflicher Fotograf und lebt in Dresden. Seine vielfältigen fotografischen Interessen wurden durch Reisen geweckt.

## Paul Rehfeld

studiert Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und interessiert sich besonders für die multiethnische und multiimperiale Vergangenheit der Ukraine und deren bis heute anhaltenden Nachwirkungen. Er lebte und arbeitete zwei Jahre im westukrainischen Tscherniwzi (Czernowitz). Die historischen Entwicklungen der Erinnerungskultur in der Satdt möchte er in seiner geplanten Masterarbeit näher untersuchen.

## Jakob Reuster

studiert Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er beschäftigt sich mit der sowjetischen Geschichte und ihren Nachwirkungen in den postsowjetischen Staaten. Als studentische Hilfskraft bei dekode.org hat er ein Auge auf das aktuelle Geschehen in Russland und seinen Nachbarländern. In seiner Masterarbeit untersucht er zionistisch-kommunistischen Bewegungen im (ehemaligen) Ansiedlungsrayon vor und nach 1917.

### Elisabeth Rosenthal

wurde 1988 im westlichen Thüringen in der Nähe von Eisenach geboren und hat nach dem Abitur in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen studiert. Derzeit arbeitet sie an einer ethnographischen Studie von Gera. Dies verbindet sie mit ihrem Engagement bei Aufbruch Ost.

### Heiner Schulze

ist in Ostdeutschland aufgewachsen und hat in Berlin, Frankreich und den USA Sozialwissenschaften studiert. Er arbeitet an der Hochschule Nordhausen und lehrt an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er beschäftigt sich wissenschaftlich und aktivistisch mit sozialer Ungleichheit, Erinnerung, kollektivem Trauma und HIV/Aids.

### Thomas Stange

ist Kulturhistoriker und hat das in Charlottenburg und in Frankfurt (Oder) studiert. Vom Zoo im KZ Buchenwald bis zur puntländischen Strandpiraterie im 19. Jahrhundert interessiert er sich für viele Aspekte des Lebens. Ohne das genauer erklären zu können, zieht es ihn immer öfter in den Osten Europas. Seit kurzem engagiert er sich in der politischen Erwachsenenbildung in Neu-Hohenschönhausen in Berlin.

### Anna Stiede

wurde 1987 in Jena geboren und lebt heute schwerpunktmäßig in Berlin. Sie studierte Politikwissenschaften in Marburg und Milano und arbeitet selbstständig als politische Bildnerin, Kommunikationstrainerin und italienisch-deutsch Übersetzerin. Ihre Themen sind die Geschichten sozialer Bewegungen, feministische Ökonomie und (digitale) Kommunikation. Sie ist Teil des Vorbereitungskreises „30Jahre Herbst ,89- Nennen wir es Revolution!?“ und des daraus in Entstehung begriffenen #Netzwerk Ost. Sie war Kuratorin im Haus der Demokratie und Menschenrechte Berlin.

### Ira Thiessen

wurde 1983 in Bishkek/Kirgisistan geboren. Im Alter von sieben Jahren wanderte ihre Familie mit ihr nach Deutschland aus. Sie wuchs in einer kleinen Stadt im nordöstlichen Nordrhein-Westfalen nahe Bielefeld auf. Ihren Abschluss in künstlerischer Fotografie machte sie 2015 an der Ostkreuzschule in Berlin. Für ihre Arbeit „Privet Germania“ erhielt sie 2017 den Lotto Brandenburg Förder/Kunstpreis Fotografie und stellte ihre Arbeit unter anderem in der Schweiz, Deutschland, Frankreich und Peking aus.

### Friedemann Wiese

ist in Leipzig geboren und Offenbach aufgewachsen. Er hat Politikwissenschaft und Psychologie in Frankfurt am Main studiert und absolviert derzeit seinen Master in Sozial- und Kulturanthropologie in Berlin. Er studierte, forschte und arbeitete außerdem in Ostafrika, Nord- und Mittelamerika und dem Basenland. Er ist Redaktionsmitglied beim Ost Journal.

## Impressum

**Herausgeber:** Ost Journal GbR

**Redaktion:** Dorothee Theresa Adam, Wenke Christoph, Annika Grütznier, Eduard Josif Kosminski, Thomas Stange, Lee Wiegand, Friedemann Wiese

**Chefredaktion: (V.i.S.d.P.)** Stefan Kunath

**Kontakt:**  
**Adresse:** Straße der Befreiung 46  
D-15324 Letschin  
**Telefon:** +49 (0)15778946744  
**Webseite:** www.ost-journal.de  
**E-Mail:** mail@ost-journal.de

**Abo:**  
**Aktuelle Angebote:** ost-journal.de/abonnement

**Fotoreihe:** Ira Thiessen, David Pinzer

**Titelcover:** Настя Maklakova

**Lektorat:** Stefan Kunath

**Layout:** Daniel Triebke, www.3BKE.de,

**Druck:** WIRmachenDRUCK GmbH, Backnang

**Umsatzsteuer-ID:** 064/161/01742

**Wir bedanken uns bei:**  
Evrin Sommer, Stefan Liebich, André Hahn, Matthias Höhn

**Copyright:**  
Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Beiträge, Abbildungen etc. ist unzulässig. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet und die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-Rom, DVD-Rom etc. nach vorheriger Zustimmung von Ost Journal GbR. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen.

Ost Journal GbR wird vertreten durch Stefan Kunath und Eduard Kosminski

Ost Journal erscheint zweimal im Jahr.  
Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2019.



# ကျွန်ုပ်တို့ | ၂၀၂၀

 /OstJournal

 /OstJournal

 /OstJournal